STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19040324

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 71. 18. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Donnerstag, den 24. März 1904.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet. Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Baumwollfrage und Kolonialpolitik.

Eine Frage von hoher wirtschaftlicher Bedeutung, die Baumwollfrage, erörtert der Verband deutscher Baumwollgarn-Konsumenten in einer Eingabe an den Reichstag. Diese Frage begreift sich in folgenden Tatsachen:

Der stetig gestiegene Weltbedarf an Baumwolle konnte in den letzten Jahren selbst bei normalen Welternten nicht gedeckt werden. Die Trustbildungen und Kapitalkonzentrationen haben sich in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits auch auf den Baumwollhandel und den Baumwollvertrieb erstreckt, so daß zwei Gesellschaften die Kontrolle über zwei bis drei Millionen Ballen der nordamerikanischen Ernte in die Hände gegeben ist. Die Entwicklung und Ausdehnung der Baumwollindustrie in den nordamerikanischen Staaten verringert immer mehr die für die übrigen Baumwolle verbrauchenden Länder und insbesondere für den europäischen Kontinent zur Verfügung stehende Menge an Rohbaumwolle. Diese industrielle Entwicklung in den südlichen Staaten der Union prägt sich in folgenden Ziffern aus. Es betrug dort 1879/80 die Zahl der Spindeln 561 300, die der Stühle 12 329, der Verbrauch an Baumwolle in Ballen 188 748; 1901/1902 die Zahl der Spindeln 6 408 974, die der Stühle 142 009, der Verbrauch an Baumwolle in Ballen 1 912 000. In den nördlichen Distrikten der Vereinigten Staaten hat sich folgende Entwicklung vollzogen: 1879/80 waren vorhanden 10 950 000 Spindeln, es wurden verbraucht 1 375 000 Ballen Baumwolle; 1901/1902 zählte man 15 150 000 Spindeln und war die Menge der verbrauchten Baumwolle auf 1 996 000 Ballen gestiegen.

In den südlichen Staaten ist also in zwei Dezennien der Baumwollverbrauch um das zehnfache gestiegen, wohingegen er in den nördlichen Staaten nur eine Vermehrung um knapp die Hälfte erfahren hat. Während 1879/80 von dem gesamten Baumwollverbrauch auf die südlichen Territorien nur 12 pZt., auf die nördlichen dagegen 88 pZt. entfielen, hat in den letzten Jahren durch die Erbauung weiterer Baumwollspinnereien und -Webereien in den südlichen Staaten der Verbrauch von Baumwolle die Hälfte des Gesamtverbrauchs der Union erreicht. In welch großem Maßstabe die Entwicklung der Baumwollindustrie in den Vereinigten Staaten vor sich geht, zeigt u. a. die Anlage einer riesigen Spinnerei und Weberei in Canfas mit 500 000 Spindeln und 12 000 Webstühlen, welche allein jährlich 170 000 Ballen Baumwolle verbraucht. Von der gesamten Welternte von zirka 17½ Millionen Ballen, im Werte von za. 3400 Millionen Mark, entfallen auf die Vereinigten Staaten durchschnittlich etwa 11 Millionen Ballen, welche mit rund 2200 Mill. Mark zu bewerten sind, also zwei Drittel der Weltproduktion. Da nun aber aus einer Reihe von Produktionsgebieten, wie China, Korea, Persien und Zentralasien, auch einigen Gebieten Afrikas, Mittel- und Südamerikas 2c. überhaupt keine oder nur verschwindend kleine Mengen Baumwolle auf den deutschen Markt kommen, ist der prozentuale Anteil der amerikanischen Baumwolle für die deutsche Industrie noch ein weit stärkerer. In den letzten Jahren war die deutsche Baumwollindustrie regelmäßig fast zu 80 Prozent ihres Bedarfs an Baumwolle auf die Vereinigten Staaten angewiesen.

Diese Verhältnisse nun sind nach der Schilderung des Verbandes deutscher Baumwollgarn-Konsumenten höchst gefahrdrohende für die kontinentale, insbesondere auch für die deutsche Baumwollindustrie. Es wird ausgeführt: Die Möglichkeit einer Abschneidung der Zufuhr von Baumwolle bei eventuellen politischen Verwicklungen brauche gar nicht einmal ins Auge gefaßt zu werden; die wirtschaftliche Entwicklung allein sei „gefahrdrohend genug, um der deutschen Baumwollindustrie die unbedingte Notwendigkeit vor Augen zu führen, eine größere Selbständigkeit in der Beschaffung des nötigen Rohstoffes zu erlangen“. Das Drängen nach einer Emanzipation vom amerikanischen Baumwollmarkt beherrscht jetzt fast alle Kreise der Baumwollindustrie; nicht allein die garnerzeugenden Branchen, sondern ebenso auch die garnverbrauchenden und weiterverarbeitenden Zweige hätten in den letzten Jahren erfahren müssen, „daß eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung nur möglich ist, wenn auch Vorsorge für eine ausreichende Deckung des Bedarfs an Baumwolle besteht“.

Die Nachteile eines Baumwollmangels stellt die Eingabe dahin fest:

„Erstens wird der Baumwollpreis und demzufolge auch die Garne und die Warenpreise derart in die Höhe getrieben, daß ein Massenverbrauch der Baumwollartikel nicht möglich ist. Die an sich schon hohen Betriebskosten namentlich in allen Branchen, welche Musterwaren herstellen, steigern sich in relativer Hinsicht bei geringer Produktion, verringern damit die Rentabilität und demzufolge auch die Steuerkräftigkeit der Betriebe und die Möglichkeit eines Steigerns der Lohnsätze.

„Zweitens werden durch den Rückgang des Verbrauches an Baumwollwaren Arbeitskräfte frei. An Stelle einer normalen Beschäftigung treten Arbeiterentlassungen und Schädigungen unserer gesamten Volkswirtschaft.“

Es wird auf die planmäßigen Arbeiten zur Ausdehnung der Baumwollkultur in Russisch-Zentralasien verwiesen:

„Diese Arbeiten haben im Laufe von 25 Jahren dahin geführt, daß fast die Hälfte des gesamten russischen Baumwollbedarfes durch inländische Baumwolle gedeckt werden kann. Ein so glänzender Erfolg konnte nur durch die weitgehende Begünstigung und Förderung dieser Arbeiten durch die russische Regierung erzielt werden. Diese hat durch Bewässerungsanlagen, durch Organisation der Kreditentnahme, durch Musterpflanzungen und ganz besonders durch Ausbau der Eisenbahnen die Baumwollkulturen ausbreiten helfen.“

Ueber die Vorarbeiten für Baumwollkultur in den deutschen Kolonien, soweit diese sich zum Anbau von Baumwolle eignen, wird gesagt, sie seien außerordentlich befriedigende. Dazu heißt es:

„Dies gilt insbesondere von Togo und Deutsch-Ostafrika. Die hier gewonnenen Baumwollqualitäten befriedigen zum Teil schon die Ansprüche der deutschen Baumwollspinnerei, zum Teil sind sie einer wesentlichen Verbesserung noch fähig. Nachdem nun auch das Privatkapital in Togo sich dem Anbau von Baumwolle zugewandt hat, sieht man mit großer Erwartung den Ernten künftiger Jahre entgegen, in der Hoffnung, daß diese relativ beträchtliche Mengen Baumwolle auf den Markt führen werden.

„Die unbedingte Voraussetzung für eine dementsprechende Ausdehnung des Baumwollbaues ist aber die Entscheidung der Frage, ob baldigst Verkehrswege geschaffen werden, um die Baumwolle zu niedrigeren Transportsätzen als bisher aus dem Innern der Kolonien an die Küste zu bringen. Dies wird nur dann möglich sein, wenn durch Eisenbahnen vom Innern der Kolonien nach der Küste die Transportmöglichkeit erleichtert wird. Alle Hoffnungen der deutschen Baumwollindustrie auf eine größere Emanzipation von den Vereinigten Staaten und auf eine Ausdehnung der Baumwollkultur in Togo und in Ostafrika basieren daher auf dem Bau der Eisenbahnen in diesen beiden Kolonien.“

Die Eingabe fordert vom Reichstage, daß er

1. die Zustimmung zum Baue einer Bahn im Schutzgebiete Togo von Lome nach Palime und
2. die Zustimmung zu einer Zinsgarantie für eine Bahn in Deutsch-Ostafrika von Dar-es-Salaam nach Mrogoro gebe.

Was hier gefordert wird, ist eine nicht unerhebliche Reichshülfe für die deutsche Baumwollindustrie. Die Petenten glauben ihrem Begehren durch folgende Bemerkungen einen besonderen Nachdruck zu geben:

„Es handelt sich hier vornehmlich um die Entscheidung, ob die deutsche Baumwollindustrie und die übrigen ebenfalls auf den Konsum von Baumwolle angewiesenen Zweige der Textilindustrie, wie die Leinen- und Seidenindustrie mit ihren zahlreichen Hülfsindustrien in Zukunft leistungsfähig sowohl im Inlande, wie auf dem Weltmarkte bleiben sollen und namentlich, ob sie auch mit der mächtig aufstrebenden nordamerikanischen Industrie in aller Zukunft wetteifern können. Diese Leistungsfähigkeit wird zu einem großen Teil davon abhängen, ob unsere Industrie durch eigene Baumwollländereien gedeckt ist an dem ihr nötigen Rohstoff. ....

„In den nächsten Jahrzehnten wird auf dem baumwollindustriellen Absatzgebiete der Staat im Wettkampfe die Oberhand behalten, der seinen Bedarf durch eigene Baumwollproduktion, sei es ganz, sei es wenigstens zu einem wesentlichen Teile, befriedigen kann. Die Baumwollfrage wird sich mehr und mehr zu einer wirtschaftlichen Machtfrage ausgestalten. Es erscheint als eine kluge Pflicht, schon jetzt für die Zukunft vorzusorgen, nachdem die deutsche Baumwollindustrie bereits hart genug ihre Abhängigkeit von dem nordamerikanischen Markt empfinden muß.“

Auch mit den Interessen der Arbeiter wird das Begehren in Verbindung gebracht. Die Petenten behaupten:

„Den größten Nutzen würden davon besonders auch die in der Baumwollindustrie und damit zusammenhängenden Erwerbszweigen beschäftigten Arbeiter haben, weil nur dann die Industrie diesen eine stetige Beschäftigung bieten kann, wenn die Preise nicht hin und her geworfen und durch den Mangel an Baumwolle die Preise für die Halb- und Fertigfabrikate in die Höhe getrieben werden, sondern wenn vielmehr ein genügender Vorrat an Baumwolle eine gleichmäßige Beschäftigung und einen möglichst großen Massenverbrauch an Baumwollwaren gewährleistet.“

Die Eingabe dürfte demnächst im Plenum des Reichstages eine kritische Erörterung erfahren.

Der Krieg in Ostasien.

Ein neuer Angriff auf Port Arthur ist von der japanischen Flotte unternommen worden. Die erste Nachricht (aus russischer Quelle) kommt über Mukden (Mandschurei) und lautet: In der Nacht vom 21. auf den 22. März erschienen vor Port Arthur von neuem japanische Torpedoboote. Die russischen Wachtschiffe und Batterien eröffneten das Feuer, das 20 Minuten anhielt. Um 4 Uhr Morgens wiederholten die japanischen Torpedoboote den Angriff. Um 7 Uhr Morgens erschien das feindliche Geschwader, dem vier Avisos vorauffuhren. Um 9 Uhr wurde das Feuer gegen die Innenreede eröffnet, das von den russischen Schiffen erwidert wurde.

Ein amtliches Telegramm des Statthalters Alexejew an den Kaiser aus Mukden vom 22. März besagt: Der Kommandant der Flotte berichtet heute aus Port Arthur: Um Mitternacht näherten sich zwei feindliche Torpedoboote der äußeren Reede, wurden aber durch die Scheinwerfer der Batterien entdeckt und mit Feuer von den Batterien und drei Kanonenbooten empfangen. Die Japaner zogen sich infolgedessen zurück. Um 4 Uhr wurde ein zweiter Angriff von drei feindlichen Tropedobooten ebenfalls zurückgewiesen. Bei Tagesanbruch näherten sich von allen Seiten drei feindliche Detachements, sechs Panzer, sechs Kreuzer zweiter und dritter Klasse und acht Torpedoboote. Um 7 Uhr früh begann unser Geschwader die Innenreede zu verlassen, als erster der „Askold“ mit meiner Flagge. Feindliche Panzer näherten sich Liautischan und feuerten etwa 100 Schuß auf Port Arthur und etwa die gleiche Zahl auf die Umgegend. Unsere Schüsse fielen trotz der Entfernung sehr gut ein. Gegen 10 Uhr früh traf eine Granate einen japanischen Panzer, der sich entfernte. Nachdem das Bombardement gegen 11 Uhr Vormittags aufgehört hatte, entfernten sich die feindlichen Schiffe, ohne unser Geschwader anzugreifen.

Nach einem Bericht des General Stössel bestand das feindliche Geschwader, das vor Port Arthur erschien, aus sechs Panzern und zwölf Kreuzern. Gegen 9 Uhr früh teilte sich das Geschwader. Die Panzer und Torpedoboote nahmen Stellung zwischen Liautischan und der Golobinabucht (Pigeonbai) während die Kreuzer in zwei Gruppen nach dem Süden und Südosten von Port Arthur gingen. Um 3 Uhr 20 Minuten eröffnete „Retwisan“ das Feuer über Liautischan hinweg gegen die feindlichen Panzer, die antworteten und auf die Stadt zielten. Inzwischen ging das russische Geschwader auf die Außenreede und formierte sich in eine Linie. Gegen 11 Uhr schwächte das Feuer ab. Das japanische Geschwader vereinigte sich, dampfte langsam nach Südosten ab und war um Mittag verschwunden. 5 russische Soldaten wurden während der Beschießung getötet, 9 verwundet und einer leicht verletzt.

Ein Telegramm des Statthalters Alexejew an den Kaiser aus Mukden besagt: General Mischtschenkow berichtet, daß am 17. März russische Patrouillen bei der Annäherung an Andschu auf dem linken Ufer gegenüber der Stadt Tschintschangkang feindliche Erdwerke bemerkten. In Jöngpiöng war der Feind noch nicht erschienen. Man glaubt, daß sich in Andschu eine japanische Division und in Pjöngjang der übrige Teil der ersten japanischen Armee befinden. Als wir den Bericht über die Ankunft zweier feindlicher Schwadronen in Paktschön erhielten, schickten wir dahin 200 Reiter, um den Feind am Ueberschreiten des Paktschöngang zu verhindern. Unsere Reiter bemerkten auf dem linken Ufer drei Schwadronen, die sich bei der Ankunft unseres Detachements ohne Gefecht nach Andschu zurückzogen. Die Schwadronen der Japaner bestehen aus 190 Pferden. Nach einer Meldung vom 18. März besetzten an diesem Tage 300 japanische Reiter Jöngpiöng. Material für Feldbrücken südlich und nördlich von Andschu ist bereitgestellt.

Aus Petersburg meldet der „Lok.-Anz.“: Die Zahl der bisher in Tschimulpo und den benachbarten Ausschiffungspunkten gelandeten Japaner beträgt 52 000 Mann. Weitere Transporte stehen in den Heimathäfen bereit. Die Armeepferde sind in schlechtem Zustande, viele gehen zu grunde. In Korea macht sich Mangel an umlaufendem Geld bemerkbar, die von der japanischen Regierung versuchte Ausgabe kleinerer Kreditscheine ist erfolglos geblieben.

Wie den „Times“ aus Tokio telegraphiert wurde, wurden 300 aufständische Koreaner aus Hamheung von Japanern, die von Gensan aus anrückten, angegriffen. Zwei Koreaner wurden getötet, 20 verwundet, 36 gefangen genommen. Die Gefangenen geben an, sie seien von den Russen aufgestachelt worden.

Die koreanische Regierung hat sich entschlossen, Yongampo dem fremden Handel zu öffnen.

Zwei japanische Kaufleute und fünf flüchtige Frauen, die vom 7. Februar bis 21. März in Port Arthur gefangen gehalten wurden, sind auf die Vorstellungen Amerikas freigelassen worden. Die Kaufleute waren verhaftet worden, weil sie Karten von der Küste von Dalny besaßen. Sie berichteten, daß sie sehr freundlich behandelt worden seien, namentlich im militärischen Gefängnis am Goldenen Berge.

Wie der Zeitung „Ruß“ aus Werchne Udinsk telegraphiert wird, vollzieht sich der Truppenübergang über den Baikalsee in bester Ordnung. Das für Ostasien nötige rollende Material ist nun vollständig über den Baikalsee geschafft. Die letzte Lokomotive ist gestern auf das jenseitige Ufer befördert worden. Der Verkehrsminister Chilkow, der bisher alles persönlich geleitet hat, reist von dort in den nächsten Tagen ab.

Dan „Times“ wird aus Tokio berichtet, daß beide Häuser des Parlaments eine warme Dankeskundgebung für die Marine beschlossen haben. Beide politischen Körperschaften sind einig darin, die Regierung in ihrem Programm bezüglich der Kriegssteuern zu unterstützen, abgesehen von einigen Aenderungen, nach denen die veranschlagten Einkünfte aus den Steuern um annähernd eine Million Pfund Starling herabgesetzt werden. Ferner soll die Bestimmung getroffen werden, den Zeitraum für die Erhebung der erhöhten Steuern nicht über ein Jahr nach Beendigung des Krieges hinausgehen zu lassen. Diese Maßregel bedeutet insofern eine einschneidende Aenderung, als die erhöhte Steuereinkunft dadurch nicht mehr für den Dienst der neuen Schuld verfügbar sein würde.

Bürgerschaftswähler des 3. Bezirks!

Wählt am Freitag, 25. März,
den sozialdemokratischen Kandidaten

Paul Hoffmann!

Stärkt die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft, damit sie nachdrücklichst die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Hamburgs vertreten kann.

Zur Entgegennahme der Stimmzettel wird das Wahllokal:

Schweinemarkt 8, bei Röver,
von 9 bis 6 Uhr geöffnet sein.

Zur Ausübung des Wahlrechtes sind nur diejenigen Wähler befugt, welche am Tage der Wahl in den Wählerlisten eingetragen stehen (§ 5 des Wahlgesetzes). Vor Abgabe des Stimmzettels hat der Stimmende seinen Namen den anwesenden Mitgliedern der Wahlkommission anzugeben und, falls er denselben nicht persönlich bekannt ist, sich über seine Person auszuweisen. Jeder Wähler hat seinen Zettel, auf welchem die Person, der er seine Stimme geben will, namhaft zu machen ist, nachdem derselbe verdeckt gestempelt worden, persönlich in den verschlossenen Zettelbehälter zu legen. Der Stimmzettel muß von weißem Papier, ohne äußere Kennzeichen und derart zusammengefaltet sein, daß der auf demselben verzeichnete Name verdeckt ist. Stimmzettel, welche diesen Erfordernissen nicht entsprechen, werden zurückgewiesen (§ 21 des Wahlgesetzes).

Wählt Paul Hoffmann!

Von der Weltbühne.

Die Osterferien und die Geschäftslage des Reichstages werden in der Presse noch immer lebhaft erörtert. Eine nationalliberale Korrespondenz schreibt: „Protest gegen die frühe Vertagung war bereits von Dr. Sattler im Reichstage erhoben worden, und auch von konservativer Seite wurde erklärt, daß man die Gründe des Präsidenten für frühzeitige Osterferien zwar billige, aber nicht kenne. In der Geschäftslage („kein weiteres Material“) waren sie leider nicht begründet. Noch niemals war der Reichstag mit seinen Arbeiten so zurück wie diesmal, und wenn er nach Ostern ebenso redefreudig und tatendürftig ist, wie bisher, dann kommt außer dem Etat überhaupt kaum noch etwas zu stande. Denn die zwei Dutzend Plenarsitzungen bis Pfingsten werden natürlich ohne besondere Anstrengungen zum größten Teil für den Etat aufgebraucht werden. Was in aller Welt mag nun den Grafen Ballestrem bestimmt haben, die Arbeitszeit des Reichstages noch um eine halbe Woche zu kürzen? Im Seniorenkonvent war man darüber nicht unterrichtet. Zentrumsleute wollten nach Hause, hieß es, und diesem Wunsche hätten sich die übrigen nicht so maßgebenden fügen müssen. Das reicht kaum aus, denn ob die Beschlußunfähigkeit einige Tage lang noch etwas größer gewesen wäre, hätte man nach allem Bisherigen auch noch verschmerzen können. Graf Ballestrem drückte sich sehr geheimnisvoll aus. Er habe sich pflichtgemäß nach allen Seiten orientiert; aber die Gründe für seinen Entschluß, die er sich da geholt, eigneten sich nicht für den stenographischen Bericht. Das mußte also etwas ganz Besonderes sein, was außerhalb der gewöhnlichen geschäftlichen Rücksichten lag. Die Beratung des Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes stand bevor — und so kam man denn bald auf die Erklärung, daß von dem hier Nächstbeteiligten der Wunsch ausgedrückt sei, die da unvermeidlichen Erörterungen über die Fragen der großen Politik, den russisch-japanischen Krieg, den Aufstand in Südwestafrika, auch wohl die Bearbeitung der Bundesstaaten in Sachen des § 2, noch einige Wochen zu vertagen.“

Der parlamentarische Berichterstatter der „Frankf. Zeitung“ meint, es sei kein ausreichender Grund dafür bekannt, weshalb der Reichstag sich bereits am Sonnabend vertagt hat und nicht noch wenigstens diese Woche oder auch die ersten Tage der nächsten Woche an die Beratung des Etats gesetzt hat. Die vorausgesehene Beschlußunfähigkeit sei kein Grund, denn fortgesetzte Pflichtvernachlässigung begründe doch nicht mit der Zeit einen Rechtstitel, und beschlußunfähiger, als er Wochen und Monate gewesen ist, wäre der Reichstag auch diese und die nächste Woche nicht.

Aus einer Betrachtung der Geschäftslage nach Ostern zieht der Berichterstatter den Schluß:

„Sehr wahrscheinlich werden die paar gesetzgeberischen Aufgaben, die der Reichstag in dieser Session wirklich zu erledigen hatte, vor lauter langen Reden und Debatten nicht zu stande kommen. Der Reichstag hat zwischen Ostern und Pfingsten 25 Sitzungstage zur Verfügung. Sie gelten zunächst der Fortsetzung der Etatsberatung; die wird den größeren Teil von ihnen, manche behaupten alle, in Anspruch nehmen, denn es sind in zweiter Lesung noch elf Spezialetats zu beraten, darunter der des Reichskanzlers, des Auswärtigen Amtes, der Expedition nach Ostasien, der Kolonialverwaltung, des Reichsmilitärgerichts, des Reichsinvalidenfonds, bei denen allen ausgedehnte Debatten zu erwarten sind. Es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß damit die Zeit zwischen Ostern und Pfingsten ausgefüllt wird, zumal dann noch 30, sage dreißig Resolutionen beraten werden müssen, die zum Etat gestellt sind und die man vorläufig ausgeschieden hat. Die dritte Lesung des Etats nimmt auch 2—3 Sitzungen in Anspruch, bei diesem Reichstag vielleicht noch mehr und so wird vor Pfingsten wenig oder gar keine Zeit übrig bleiben, um die gesetzgeberischen Entwürfe zu erledigen, die außer dem Etat vorhanden sind, nämlich die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft, die Kaufmannsgerichte, die Neuregelung des Servistarifs, die Reichsfinanzreform, die ostafrikanische Zentralbahn, das Militärpensionsgesetz, das noch erwartet wird, und die Novelle zum Börsengesetz. Vor Pfingsten wird davon sehr wenig oder gar nichts fertig werden, und nach Pfingsten, im Juni, oder gar im Juli? Wer glaubt denn, daß dieser Reichstag, der sich in den Wintermonaten so wenig arbeitsfähig und beschlußfähig gezeigt hat, im Frühjahr oder Sommer arbeiten werde? So rechnet man jetzt schon damit, daß ein Teil dieser Gesetzentwürfe, unglaublich aber wahr, unter den Tisch fallen wird.“

Die Reichstagsstichwahl im 20. sächsischen Wahlkreis (Marienberg-Zschopau) ist auf Freitag, 25. März anberaumt worden.

Die Reform des Börsengesetzes behandelt eine von den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft an den Reichstag gerichtete Eingabe. Dieselbe enthält u. a. folgende Ausführungen über das Verbot des Börsenterminhandels in Getreide- und Mühlenfabrikaten:

„Das Verbot des Getreideterminhandels beruht auf einer Verkennung der wirtschaftlichen Bedeutung des Terminhandels. Mit dem Zeitpunkt, wo der Getreideterminhandel an der Berliner Börse vernichtet wurde, hat Berlin seine ehemalige hervorragende Bedeutung auf dem Getreideweltmarkt verloren. Die Umsätze sind derartig zurückgegangen, daß die Deckung des inländischen Bedarfes bei etwaigen Störungen des Wirtschaftslebens, in Kriegsfällen usw. gegenwärtig nicht mehr ausreichend gewährleistet ist.

Die Bedeutung des Terminhandels für den Effektivverkehr besteht darin, daß der Effektivhandel durch Benutzung des Terminhandels die Gefahr der Preisschwankungen vermeiden kann und dadurch in die Lage gesetzt wird, sowohl bei seinen Einkäufen von Produzenten wie bei seinen Verkäufen den Konsumenten große Vorteile zu gewähren. .....

Von der Unterdrückung des Geschäftes im Inland haben die amerikanischen Getreidebörsen den größten Vorteil gehabt. Es ist bezeichnend, daß gerade durch die deutschen Ordres das Termingeschäft in Chicago und New-York außerordentlich gewachsen ist und der Terminhandel in Amerika sich neuerdings sogar auch auf andere Plätze, wie Duluth, St. Louis, San Francisco, Toledo 2c. ausgedehnt hat. Das Ausland hat auf diese Weise, ganz abgesehen von den hohen Summen an Kommissionen 2c., die ihm zum Nachteil unseres National-Wohlstandes zufließen, nunmehr auch einen wesentlich stärkeren Einfluß auf unsere Preisgestaltung gewonnen. In richtiger Erkenntnis der Sachlage tragen die amerikanischen Getreidebörsen dafür Sorge, daß täglich ihre Preisnotierungen in ganz Deutschland verbreitet werden, so daß ohne Berücksichtigung der amerikanischen Tendenz kaum ein größerer Abschluß in Deutschland zu stande kommt.“

Schließlich wird ausgeführt:

„Im heutigen Wirtschaftsleben ist das Bestehen eines leistungsfähigen Zentralmarktes einer der ersten Faktoren, von denen die Wohlfahrt und die Machtstellung eines Landes abhängt. Schon im Jahre 1886 bestand in Preußen nach einer Berechnung ein Viertel des gesamten Nationalvermögens in Papieren, deren Wert von der Börse festgestellt wird, und die Zahl der Effektenbesitzer betrug schon um jene Zeit in Deutschland 1½—2 Millionen. Für alle diese Personen, Leute aus allen Schichten der Bevölkerung, hängt der Wert ihres Besitzes an der jederzeitigen Veräußerlichkeit ihrer Papiere. Alle diese Personen haben ein vitales Interesse an einer leistungsfähigen Börse, die die jederzeitige Möglichkeit des Geschäftsabschlusses und eine richtige Preisbildung gewährleistet. Die Börse hat der Industrie die zu ihrer Entfaltung erforderlichen Mittel zu gewähren, sie hat das Anleihebedürfnis des Reichs, der Bundesstaaten und der Gemeinden zu befriedigen. Gerade in der letzten Zeit ist die Schwäche des inländischen Kapitalmarktes an dem Rückgang der 3proz. Reichsanleihe besonders anschaulich hervorgetreten. Wir verweisen hierüber auf das, was wir in unserem Berichte über das Jahr 1903 (Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie, Berlin, Verlag von Georg Reimer, Bd. I, S. 125) ausgeführt haben. Das Deutsche Reich bringt große pekuniäre Opfer, um seine Wehrkraft zu Wasser und zu Lande kriegsbereit zu halten. Gleichzeitig aber wird das inländische Kapital an die ausländischen Börsen getrieben und der inländische Kapitalmarkt, dessen Leistungsfähigkeit in politischen und wirtschaftlichen Krisen eine entscheidende Rolle spielen wird, durch Entziehung der Rechtsgrundlage und Belastung mit im Vergleich zu anderen Staaten unverhältnismäßig hohen Steuern auf jede mögliche Weise desorganisiert. Nicht bloß im Interesse unseres Standes also, sondern zugleich im Interesse der heimischen Wirtschaft und der Machtstellung Deutschlands stellen wir an die gesetzgebenden Faktoren den Antrag, durch eine grundlegende Reform des Börsengesetzes dem deutschen Kapitalmarkt die Rechtssicherheit, den deutschen Börsen die Unabhängigkeit vom Ausland und ihre nationale Bedeutung wiederzugeben.“

Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen im Jahre 1902. Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt eine Zusammenstellung über die im Jahre 1902 wegen Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen verhängten Strafen unter Zugrundelegung der seinerzeit dem Reichstage darüber zugegangenen Denkschrift. Danach betrug die Gesamtzahl aller Zuwiderhandlungen 5621, wegen deren 5943 Personen, unter ihnen 611 Angestellte, bestraft wurden. Nur in vier Fällen wurde auf Gefängnisstrafe erkannt, in allen übrigen Fällen dagegen Geldstrafen verhängt. Diese beliefen sich in 3030 Fällen bis auf M. 3, in 1815 auf M. 20 bis 50. 68 Personen wurden mit einer Geldstrafe von über M. 50 bis zu M. 100, 14 mit einer solchen bis zu M. 200 und vier mit einer noch höheren belegt. Die größte Zahl der erkannten Strafen entfiel auf die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel, nämlich 1532, d. i. 27,2 v. H. aller, ferner 718 auf das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, 605 auf die Industrie der Steine und Erden, 503 auf das Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe, 475 auf die Metallverarbeitung usw. Unter den Verstößen gegen die Schutzbestimmungen waren die betreffs der Arbeitsbücher am zahlreichsten. Abgesehen von 256 Fällen unzulässiger Eintragung wurden 1869 Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Arbeitsbücher gezählt. Wegen Zuwiderhandlungen gegen die zum Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit erlassenen Bestimmungen wurden in 1055 Fällen 1101 Personen bestraft, darunter drei mit Gefängnis. Sehr hoch ist auch der Anteil der wegen Uebertretung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe verhängten Strafen, die 838 Personen betrafen.

Die „Enthüllung“ über Bebels Tätigkeit für die Arbeiterbildungsvereine, welche wir in voriger Nummer kurz besprachen, gibt Bebel Anlaß zu folgender Erklärung:

Die Nr. 286 der „Kölnischen Zeitung“ vom Sonntag, den 20. März, veröffentlicht unter der Ueberschrift „August Bebel und der Nationalverein“ einen Artikel, in dem sie zwei Briefe zum Abdruck bringt, die ich im Jahre 1865 an den Nationalverein geschrieben haben soll, um Geld für die Agitation zu Gunsten der Arbeiterbildungsvereine zu erhalten.

Den ersten sehr überschwänglich gehaltenen Brief vom 24. Juli 1865, angeblich von Fr. Weithmann, Dr. phil. Wolfgang Eras und mir unterzeichnet, begleitet die „Kölnische Zeitung“ selbst mit den Worten:

„Die drei Unterschriften dieses Briefes rühren anscheinend sämtlich von Bebel her, während damals wohl Bebel noch nicht in der Lage war, die gewandt stilisierte von anderer Hand geschriebene Eingabe selbst zu verfassen.“

Demgegenüber erkläre ich, daß ich jenen Brief weder geschrieben noch unterschrieben habe, dessen Inhalt ich erst aus dem Abdruck in der „Kölnischen Zeitung“ erfahre.

Die Anregung zu jenem Schritt bei dem Nationalverein ging von dem Dr. phil. Eras aus, der später Sekretär der Breslauer Handelskammer wurde, der vermutlich auch den Brief verfaßte, obgleich die Ueberschwänglichkeit in den Ausdrücken mehr für Weithmann spricht. Eras gehörte damals mit Weithmann zur äußersten Linken des Nationalvereins, ich selbst war ein Mitglied desselben.

Was die Sache selbst betrifft, so ist richtig, daß ich im Sommer 1865 nicht 300, sondern 200 Taler aus der Kasse des Nationalvereins zur Agitation für die Arbeiter-Bildungsvereine erhielt. Diese Tatsache ist nicht nur bekannt geworden durch die von mir veröffentlichten Abrechnungen, sondern auch durch die Kämpfe, die ich in späteren Jahren mit dem Dr. jur. Hans Blum führte, in welchen dieser Vorgang wiederholt eine Rolle spielte.

Der zweite Brief, den die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht, kann wohl von mir geschrieben sein; er sticht auch nach Ton und Form so sehr von dem ersten ab, daß der „Kölnischen Zeitung“ selbst der Gedanke kommen mußte, daß dieser erste Brief nicht von mir herrühren konnte.

Die „Notlage der Landwirtschaft“, die nach der Behauptung unserer Agrarier besteht und die diese Herren mit Brotwucherzöllen bekämpfen wollen, erfährt durch folgende Tatsache eine drastische Beleuchtung:

Die Landwirtschaft blickt auf zwei gute, zum Teil vorzügliche Ernten zurück. Sie erfreute sich zugleich lohnender oder bedeutender Preise. Je schwieriger sich der Zustand des Getreidehandels erweist, um so ergiebiger ist die Landwirtschaft geworden. Zwar ist das Erträgnis an Weizen im Jahre 1903 hinter dem von 1902 zurückgeblieben, aber es ist immer noch erheblich höher als 1901. Es beziffert sich auf 3 555 064 To. gegen 3 900 396 und 2 498 851 in beiden Vorjahren. Sehr beträchtlich ist die Zunahme des Ertrages bei der wichtigsten Brotfrucht, dem Roggen. Er stieg von 8 162 660 To. im Jahre 1901 auf 9 494 150 im Jahre 1902 und 9 904 493 im Jahre 1903, ist also im letzten Jahre um 1 741 833 To. höher als zwei Jahre zuvor. Dazu aber kommt, daß nicht nur die Quantität gestiegen, sondern auch die Qualität zum großen Teil ausgezeichnet und daneben die Welternte in Roggen um drei Millionen kleiner als im Jahre 1902 ist. In Weizen wie in Roggen ist die Einfuhr im Jahre 1903 gegen 1902 gesunken und die Ausfuhr gestiegen. Auch Sommergerste und Hafer verzeichnen einen namhaften Mehrertrag. Das Kaiserliche Amt erklärt auf Grund seiner Feststellungen, daß die Fruchtbarkeit aller Getreidearten mit Ausnahme des Winterweizens seit 1893, dem ersten

Jahre der Ernteermittlung nach Berichtsbezirken, noch niemals so groß wie im Jahre 1903 gewesen sei. Mit Fug heißt es in dem Bericht der Berliner Handelskammer: „Erwägt man, daß Ernteresultate, wie sie jetzt gezeigt werden, auch vor 1893 ganz unbekannt waren, so wird man nicht zu weit gehen, wenn man behauptet, daß die Ernte, die Deutschland im Jahre 1903 eingebracht hat, früher nie erreicht worden ist." Der Durchschnittsertrag auf den Hektar ist durchweg bedeutend gestiegen, so bei Sommerweizen auf 2,17 Tonnen gegen 1,74, bei Winterroggen auf 1,66 gegen 1,45, bei Sommergerste auf 1,95 gegen 1,80, bei Hafer auf 1,84 gegen 1,68 in den Jahren 1899 bis 1901. Die Handelskammer fügt hinzu:

„Angesichts so glänzender Resultate, deren Bedeutung durch gute Qualitäten noch erhöht wird, ferner angesichts der erzielten hohen Preise für Kartoffeln und der günstigsten Verwertung der Nebenprodukte, wie Spiritus und Stärke, wird man gegenwärtig von einer Not der Landwirtschaft füglich nicht sprechen dürfen. Es wäre nur zu wünschen, daß diejenigen, welche den Handel von landwirtschaftlichen Produkten und deren Verarbeitung betreiben, nicht fortdauernd unter Berufung auf die Notlage der Landwirtschaft durch Maßnahmen bedroht werden, die ihre Existenz gefährden und der Landwirtschaft selbst keinen Gewinn bringen."

Aus unterrichteten Kreisen wird versichert, daß ein großer Teil der Landwirtschaft aus den Ueberschüssen der letzten beiden Jahre in weitem Umfange Schulden zurückzuzahlen oder beträchtliche Summen in Reserve zu stellen vermocht habe. Infolgedessen seien die Besitzer beim Verkauf von den Gläubigern unabhängig geworden und in der Lage, sich den besten Käufer frei zu suchen; nicht selten würden förmliche Verdingungen unternommen. Das in der Landwirtschaft angelegte Kapital verzinse sich so hoch, daß die Güterpreise bereits in einem Maße steigen, wie die Preise städtischer Grundstücke nur in Zeiten der höchsten Baulust.

Nichtsdestoweniger wird das demagogische Geschrei über die „Notlage der Landwirtschaft" unablässig wiederholt. Und mit der „Not der Landwirtschaft" wird die Forderung der Agrarier begründet, daß alsbald die Handelsverträge gekündigt werden, damit die erhöhten Zölle in Kraft treten. Der neue Zolltarif beruht auf der völlig unbegründeten Voraussetzung, daß die Landwirtschaft ohne stärkeren Schutz durch den Staat nicht bestehen könne, daß, wenn sie nicht höhere Schutzzölle erhält, ihr Untergang unvermeidlich sei!

Die Agrarier an der Arbeit. Ueber eine neue Art der Agitation des Bundes der Landwirte wird der „Frankf. Ztg." aus Nassau berichtet. Danach werden seit einiger Zeit im Wahlkreise Wiesbaden die bündlerischen Versammlungen nicht bekannt gemacht, sondern die einzelnen Personen erhalten von der Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte besondere Formulare. Damit der kleine Bauersmann Zutrauen fasse zu den Agitatoren des Bundes, wird dann, wie ein Teilnehmer einer solchen Versammlung mitteilt, auf die „Agrarier mit den dicken Bäuchen und weißen Westen" weidlich geschimpft. Zum Schluß zirkuliert die Liste, in welche sich die Anwesenden als Bundesmitglieder und Abonnenten eben des Organs der Herren mit „den dicken Bäuchen und weißen Westen" einzeichnen sollen.

„Ganze Arbeit" hat jüngst in Dirschau auf der Bezirksversammlung des Bundes der Landwirte ein Redakteur Hartmann aus Berlin verlangt. Nach dem Bericht der „Dirschauer Ztg." forderte er als erstes Hülfsmittel für die Besserung der Lage der Landwirtschaft, daß der Bund der Landwirte nicht bloß 250 000 sondern 6 Millionen Mitglieder zählen müsse. Sodann müßten zur materiellen Aufbesserung der Landwirtschaft zunächst alle Gesetze abgeschafft bezw. abgeändert werden, die geeignet seien, die Landwirtschaft, den Mittelstand zu schädigen. Vorläufig wünscht Herr Hartmann eine Abänderung des Börsengesetzes, eine „Verbesserung" des Fleischschaugesetzes und der ganzen Tarifgesetzgebung.

Das einfachste wäre, die Agrarier forderten für sich eine obsolutistische Machtbefugnis, im Reiche alles so einzurichten, wie sie es für gut halten.

Vorarbeiten für die einer Reichstagsauflösung folgende Neuwahl sind trotz der Dementis doch gemacht worden. Die in Heilbronn erscheinende „Neckar-Zeitung", Amtsblatt für die württembergischen Oberamtsbezirke Heilbronn und Neckarsulm, erklärt gegenüber den Dementiversuchen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", auch sie habe von authentischer Seite folgende Tatsachen erfahren:

„Es ist Tatsache, daß die Anfertigung von zehn Millionen Wahlkuverts von Berlin aus bestellt wurde. Es ist Tatsache, daß die Herstellung des hierzu nötigen Papiers in der Papierfabrik in Penig in Sachsen in Arbeit gegeben wurde. Es ist Tatsache, daß besondere Diskretion für diese Bestellung zur Pflicht gemacht wurde. Diese Tatsachen werden uns von bestunterrichteter Seite verbürgt. Fragt sich nun: wozu diese Bestellung, die in der Tat als eilig bezeichnet wurde?"

Und weiter sagt die „Neckar-Zeitung":

„Beteiligte Kreise hatten und haben die Auffassung, daß eine Auflösung des Reichstages an höchster Stelle ins Auge gefaßt wurde in Hinsicht auf die erheblichen Abstriche, welche die Budgetkommission am Militäretat vornahm, und bringen auch den plötzlichen Fall des § 2 des Jesuitengesetzes just in diesem Augenblick damit in Zusammenhang: Der Reichskanzler habe diesen Ausweg vorgezogen."

Außer dem Militäretat kann auch eine neue Flottenvorlage in Frage kommen. Die „Berl. Neuest. Nachr.", die im Panzerplattengeschäfte heimisch sind, bemerken über die Flottenabsichten der Regierung: „Als sicher kann man bisher nur zweierlei ansehen: erstens, daß nach früheren Erklärungen des Staatssekretärs v. Tirpitz ein Ersatz für die im Flottenplan von 1900 abgelehnten Auslandsschiffe bis zum Jahre 1905 gefordert werden muß; zweitens, daß die maßgebenden Stellen von dem Plane, Ausland-Kreuzer zu beschaffen, mehr abgekommen sind, und schwerere Schlachtschiffe für angebrachter halten."

Schutz der Arbeitgeber vor Arbeitgebern. Die nationalliberalen Abgeordneten Müller und Dr. Buff haben der zweiten hessischen Kammer einen Antrag unterbreitet, die Regierung zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen eine Gesetzesvorlage einzubringen oder anzuregen zum Schutze von Arbeitgebern, welche die ihnen aus der sozialpolitischen Gesetzgebung erwachsenden Verpflichtungen erfüllen, gegenüber denen, die ihren aus jener Gesetzgebung erwachsenden Verpflichtungen nicht nachkommen und sich ihnen entziehen.

Zur Verschlechterung des Reichstagswahlrechts hat der bekannte Dr. Giesebrecht allerlei Pläne geschmiedet. Wie sich jetzt herausstellt, handelt es sich dabei keineswegs um Privatliebhabereien des Wahlrechtsdoktors, sondern um bestellte Arbeit. Das kam bei einer dieser Tage gegen den Genossen Riem von der „Sächs. Arbeiter-Zeitung" stattgehabten Gerichtsverhandlung ans Licht. Genosse Riem hatte Dr. Giesebrecht als Zeugen laden lassen. Dieser war auf Anordnung des Meißner Gerichts vor dem Amtsgericht Kellheim, in dessen Nähe der Wahlrechtsdoktor ein Landgut bewohnt, kommissarisch vernommen worden. Aus seinen Aussagen ist als besonders wichtig hervorzuheben folgendes: „Ich habe das genannte Zirkular (die Firma Biesolt u. Locke zeichnete darauf M. 50. D. Ver.) nicht aus eigenem Antriebe, sondern auf Veranlassung von verschiedenen Herren verfaßt und versandt, welche seit langen Jahren mit mir in Verbindung stehen und von der Verbreitung der grundlegenden Ideen der Schriften einen Umschwung der öffentlichen Meinung über das gleiche Wahlrecht erwarten. Das Wesen der erstrebten Reform ist die Ersetzung der Wahlgleichheit durch ein Pluralwahlsystem, abgestuft nach dem Stande der Bildung, dem Lebensalter und der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Wahlberechtigten".

Man weiß jetzt also mit Gewißheit, um was es sich handelt — um eine „Reform" fast nach sächsischem Muster.

Nationalliberale Wahlrechtsreform. Die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hat folgenden Antrag vereinbart:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen: 1. baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen a) eine anderweite Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen erheblichen Vermehrung der Bevölkerung herbeigeführt, die Gesamtzahl der Abgeordneten und die Wahlorte neu bestimmt werden; b) § 4 des Gesetzes vom 29. Juni 1893 aufgehoben und die gemeindeweise Bildung der Abteilungen wieder hergestellt wird; c) die Abteilungen in der Art gebildet werden, daß von der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fünf Zwölftel auf die erste Abteilung, vier Zwölftel auf die zweite Abteilung und drei Zwölftel auf die dritte Abteilung entfallen; 2. für die Wahlhandlung sowohl bei den Wahlen der Wahlmänner wie bei denen der Abgeordneten neue, dem Verfahren bei den Stadtverordneten-Wahlen in den östlichen Provinzen entsprechende Bestimmungen zu treffen."

Diese „Reform"-Vorschläge lassen den Charakter des preußischen Landtagswahlrechts, nach Bismarcks Zeugnis selbst das „elendeste aller Wahlsysteme" darstellend, unberührt.

Ueber „zu milde Gerichtsurteile" schreibt die „Deutsche Tageszeitung" folgendes:

„Kürzlich berichteten wir über eine Gerichtsverhandlung, in der ein Urteil gefällt wurde, das dem Volksempfinden nicht im mindesten entsprach. Ein Bauarbeiter und seine Geliebte lebten beide von ihren rechtmäßigen Ehegatten getrennt und führten gemeinschaftlichen Haushalt. Der Mann hatte sein Töchterchen bei sich, und dieses unglückliche Geschöpf mußte bei ihm eine entsetzliche Leidenszeit durchmachen. Es wurde tagtäglich in der empörendsten Weise gemißhandelt und oft blutig gepeitscht. Die Schilderung der Mißhandlungen läßt das Herz erbeben und die Haare sich sträuben. Eine polizeiliche Verwarnung, die dem Manne zu teil wurde, hatte nur den Erfolg, daß die Mißhandlungen sich verschlimmerten. Schließlich kam es zur Anzeige. Der Staatsanwalt beantragte gegen den unnatürlichen Vater 6 Wochen, gegen das Weib 2 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte aber nur auf je zwei Wochen Gefängnis. Ein liberales Blatt fügt dem Berichte über die Gerichtsverhandlung hinzu, es sei die Pflicht der Presse, Urteile, die zu dem Volksempfinden in einem so schroffen Gegensatze stünden, öffentlich hervorzuheben; die Strafe, die das saubere Paar für seine heillose Roheit erhalten habe, könne das Verständnis für die Worte erschließen, die Hebbel den Meister Anton sagen läßt: „Ich verstehe die Welt nicht mehr." Das Blatt hat recht. Aber was hilft es, wenn man solche Urteile hervorhebt und trotzdem aus dem unseligen Humanitätsdusel nicht herauskommt? Für solche Scheusale hat das Gefängnis nichts Abschreckendes mehr. Wenn der Gerichtshof dem Antrage des Staatsanwalts gefolgt wäre, würde das auf die Angeklagten keine besondere Wirkung geäußert haben. Ganz anders, wenn sie gewußt hätten, daß für ihre unmenschlichen Roheitstaten ausgiebige Prügelstrafe sie erwarten würde! Das und nur das würde abschreckend gewirkt haben. Das wilde Tier schont und schützt sein Junges. Wenn ein Mensch sich unter das Tier erniedrigt, so hat er ein unbestreitbares Anrecht darauf, wie das Tier behandelt zu werden."

Es ist nicht das erste Mal, daß das Organ des Bundes der Landwirte in solcher Weise sich „sittlich entrüstet" über Gerichtsurteile, die gegen sogenannte gewöhnliche Leute, Arbeiter 2c., ergingen, welche eines Roheitsverbrechens sich schuldig gemacht. Da ist nun aber sehr charakteristisch, daß dasselbe Blatt noch niemals sittliche Entrüstung bekundet hat über die oft geradezu unerhört milden Urteile, die von Kriegsgerichten gegen Scheusale in Uniform, gegen Unteroffiziere und Offiziere wegen Soldatenschinderei erlassen worden sind. Es gibt kein schamloseres, sowie gemeineres, kein niederträchtigeres Roheitsverbrechen, als solcher Mißbrauch der Disziplinargewalt, als die Mißhandlung von Leuten, die sich nicht wehren dürfen, die im Namen der „Disziplin" zum Kadavergehorsam verpflichtet sind. Wir hätten nichts dagegen, wenn die in uniformierter Menschengestalt so oft vor den Kriegsgerichten erscheinenden Bestien als solche behandelt würden. Ist das Bündlerorgan damit einverstanden?

„Nationale Zuverlässigkeit" verschafft dem „Ostmärker" das Anrecht auf eine besondere Zulage; Rheinbaben hat's gesagt. In der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses teilte der Finanzminister beim Titel Ostmarkenzulagen — der mit zwölf gegen sechs Stimmen angenommen wurde — mit, daß die Zulage 8220 Beamten bewilligt sei, während 322 Beamte sie nicht erhalten, teils wegen mangelhafter Dienstführung, teils wegen nationaler Unzuverlässigkeit.

Aus dieser Verteilung geht hervor, daß die Zulage nur eine widerwärtige Streberei großziehen kann, die sich als „nationale Zuverlässigkeit" ausspielt. Als „national zuverlässig" wird in den Augen der Beherrscher des Korruptionsfonds vermutlich derjenige erscheinen, der in den Verpreußungskünsten am skrupellosesten ist.

Der österreichische Reichsrat ist durch den Ministerpräsidenten Körber vertagt worden. Eine Verständigung zwischen den Nationalitätsparteien, insbesondere zwischen Deutschen und Tschechen, ist nicht zu stande gekommen. In der Antwort auf die Erklärung des deutschen Vollzugsausschusses lehnen es die tschechischen Parteien aufs entschiedenste ab, ir Verhandlungen mit den Deutschen über die innere tschechische Amtssprache und die Errichtung einer tschechischen Universität in Mähren zu treten. Sie erklären sich dagegen gern bereit, die übrigen Fragen des nationalen Zusammenlebens, die Minoritätsschulen, die Sprache der autonomen Körperschaften und die Landtagswahlordnung, sowie die Frage wegen besserer Einrichtung der öffentlichen Verwaltung zum Gegenstande der gegenseitigen Aussprache mit den Deutschen zu machen, namentlich sind sie nicht abgeneigt, über die Wiedereinführung der Kreisverfassung, aber nur vom Standpunkte der berechtigten Forderung nach einer besseren Einrichtung der Verwaltung, Verhandlungen zu pflegen. Die tschechischen Parteien erklären offen und freimütig, daß sie einen ehrlichen und gerechten Frieden aufrichtig wünschen und daß ihnen nichts ferner liegt, als durch den Anschein von Friedensliebe einen anderen Zweck zu erreichen.

Das heißt: Wir sind friedliebend, aber wir wollen alle unsere Ansprüche erfüllt sehen.

Island und die Engländer. Aus Kopenhagen wird geschrieben:

„Der Isländer H. Jonasson, Mitglied des Althings, macht in einer dänischen Zeitschrift Mitteilungen über isländische Verhältnisse, die den Dänen höchst unangenehm sein werden. Jonasson zufolge läuft nämlich Island Gefahr, eine englische Kolonie zu werden. Die Handelsverbindungen Englands mit Island werden immer lebhafter. Die Engländer kaufen Land an und bieten die einzelnen Stücke davon abgabefrei an diejenigen aus, die das Land bebauen. Durch den Handelsverkehr kämen die Isländer in so nahe Beziehungen zu England, daß ihr Selbsterhaltungstrieb den Wunsch hervorrufen werde, unter die Verwaltung der Engländer als des verständigsten und humansten Handelsvolkes zu kommen. Jonasson macht daher die Dänen auf diese Gefahr aufmerksam. Bisher hat sich die dänische Geschäftswelt allerdings um Island ebenso wenig gekümmert wie um die Antillen. — Die Auswanderung von Island nach Kanada, die 1903 die unverhältnismäßig hohe Zahl von gegen 2000 Personen erreichte, scheint in diesem Jahre noch stärker zu werden. Kanada hat einen seiner energischsten Einwandereragenten, W. H. Paulson, nach Island gesandt, der, mit reichen Geldmitteln ausgestattet, um einen Teil der Reiseunkosten der Auswanderer zu bezahlen, sicher einen guten Erfolg haben wird."

Den neuen Fall Millerand beurteilt der Pariser Korrespondent des „Vorwärts" in genau derselben Weise wie wir:

„Millerand konnte leicht den schlüssigen Nachweis erbringen, daß die Regierung besonders in der Frage der Alterspensionen eine systematische Verschleppungstaktik befolge — in Verletzung ihres ursprünglichen Programms. Combes und der einzige Verteidiger der Regierung gegen den gefährlichen Angriff, Jaurès, vermochten nicht den dokumentarischen Nachweis Millerands zu entkräften. Dafür aber dienten sie dem Ueberläufer mit wirksamen Retourkutschen: Hat denn das Kabinett Waldeck-Millerand nicht die Alterspensionen-Vorlage mitten in der Debatte wieder fallen lassen? Ferner schleuderten sie Millerand seine eigene bisherige Argumentation ins Gesicht, die nie versagende und nie versiegende Argumentation des ganzen „Blocs": Ein Republikaner dürfe nicht die klerikal-nationalistischen Waffen gegen das Ministerium schwingen — im gegebenen Falle mit der reaktionären Opposition die antiklerikale Politik namens der Sozialreform denunzieren. Combes sprach in seiner derben Art von einer „Diversion", von einem Ablenkungsmanöver zu Gunsten des Klerikalismus. Jaurès hielt seinem „langjährigen Kampfgenossen" die bisherige Richtschnur seiner, Millerands, eigenen Politik vor, d. i. die alleinseligmachende reformerische Kraft des seit fünf Jahren bestehenden bürgerlich-sozialistischen Kartells: Wie könne man eine sozialreformerische Politik von der Zersetzung der bisherigen Mehrheit, von ihrer Ersetzung durch eine notwendig nach rechts verschobene Mehrheit erwarten? Darauf blieb Millerand die Antwort schuldig. Er war aber trotzdem seinerseits im Recht, als er die reformerische Ohnmacht der bestehenden Mehrheit betonte und die verblendet-einseitige antiklerikale Aktion als eine Gefahr für die „republikanische Partei" kennzeichnete. Mit einem Wort, Angreifer und Angegriffene haben recht gegen einander. Millerands angegebener Zweck müßte durch die notwendige Wirkung seines Angriffes vereitelt werden, wie anderseits die Herrschaft der bisherigen Mehrheit immer mehr ihre eigenen Lebenswurzeln untergraben muß. Das Ergebnis der Dreimännerschlacht hat die weitere Zersetzung des „Blocs" offenbart. In der entscheidenden Prioritäts-Abstimmung wurde das Ministerium mit einer Mehrheit von bloß 10 Stimmen gerettet, die dann in der sachlichen Abstimmung über die Vertrauensformel auf ganze 19 Stimmen gestiegen ist. Dabei verdankt das Ministerium seine Rettung den 12 Stimmen der zum „Bloc" nicht gehörenden revolutionären Sozialisten."

Im neuen Dreyfus-Prozeß vernahm die Strafkammer des Kassationshofs in Paris am Dienstag als ersten Zeugen General Gonse über die vom Obersten Henry gefälschten Rechnungen, wodurch die an den früheren spanischen Militärattaché Val Carlos bezahlten Beträge verheimlicht werden sollten. Das Verhör dauerte von 1 bis 6½ Uhr. Gonse erklärte u. a., daß er eine richtige Rechnungslegung für die aus dem geheimen Fonds ausgegebenen Beträge nicht aufstellen könne. Außerdem wurden an ihn Fragen über verschiedene als gefälscht angesehene Schriftstücke gerichtet.

Auf der Balkanhalbinsel sind mit dem Frühlingsbeginn prompt die landesüblichen Unruhen wieder ausgebrochen, und zwar zunächst im Gebiet der Albanesen. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Saloniki vom 22. d. M.: Gestern sind wiederum zwei Bataillone über Perissowitsch nach Albanien abgegangen, weitere drei Bataillone in Monastir haben Befehl erhalten, sich marschfertig zu machen.

Oeffentliche Bürgerschaftswahl-Versammlung

für den **3. Bezirk** am **Donnerstag, 24. März 1904, Abends 8½ Uhr,** in dem Lokale des Herrn Pfeffer, Rosenstraße 40. Tages-Ordnung: Die Bürgerschaftswahl. Referent: Der sozialdemokratische Kandidat Paul Hoffmann. Jedermann hat Zutritt. Redefreiheit ist jedermann zugesichert.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 23. März.

Hamburg.

Volksschulbauten in München und in Hamburg. Bei den Bürgerschaftswahlen spielten Schulfragen eine große Rolle in der Erörterung zwischen unseren Parteigenossen und den Gegnern. Nach den Wahlen wurden diese Debatten in der Bürgerschaft fortgesetzt, indem der Pastor Strasosky bestritt, daß man in Hamburg das Volksschulwesen sträflich vernachlässigt habe. Genosse Stolten ewiderte dem erbosten Pastor damals u. a., daß z. B. beim Bau und bei der Ausstattung von Volksschulen Hamburg sehr hinter vielen anderen Städten zurückstehe. Ein recht drastisches Beispiel zum Beweise dieser Behauptung bringt jetzt nach dem „Schulhaus" die „Pädagogische Reform". In München ist am Elisabethplatz eine Volksschule gebaut. Die Schule liegt nach drei Seiten frei. Sie ist für Knaben und Mädchen bestimmt, und zwar hat sie zehn Klassen für Knaben und elf für Mädchen. Der Bauplatz betrug 4640 qm, die bebaute Fläche 1840 qm, so daß ein großer Spielplatz übrig blieb. Ein Brausebad hat anschließenden Ankleideraum. Ferner sind vorhanden: 4 Schülerwerkstätten, 2 für Holz- und 2 für Metallbearbeitung, 9 Zeichensäle, 1 Raum für die Arbeitslehrerin, 2 Turnsäle, 16,45 m lang, 11 m breit und 5 m hoch. Der Spielplatz mißt za. 560 qm, der Turnplatz za. 320 qm. Die Bedachung besteht aus Ergolsbacher Tonplatten. Die Fassadenflächen sind geputzt, die Erker und einzelne Fensterbrüstungen sind mit figürlichem Schmuck (Mädchendarstellungen), durch Putzauftrag hergestellt, versehen. Die Wände sind mit Kalkfarbe weiß getüncht und erhielten einen 1,50 m hohen grünen Oelfarbensockel in allen Räumen. Zungenmauer und Stufen der Treppe sind aus Beton, als Belag dient Terralith. Die Decken sind unverbrennliche Betondecken mit Eiseneinlagen, die Fußböden bestehen aus Linoleumbelag auf Zementestrich, die Fenster sind in Oelfarbe gestrichen, die Türen lasiert und lackiert. Als Schutz gegen die Sonnenstrahlen sind gebleichte Stoffvorhänge verwendet. Die Heizung erfolgt durch Niederdruckdampf. Für die Ventilation wird die frische Luft durch Rabitzschächte in die Säle eingeführt, die schlechte Luft dagegen entströmt durch Abzugskamine im Speicher und findet durch Jalousien in einem Turm ihren Abzug. Als künstliche Beleuchtung dient Gasglühlicht. Die Eingänge sind für Knaben und Mädchen getrennt, die Korridore teils Mittelgänge, teils einseitig angebaut. Die Klassenzimmer sind 11,00 lang, 6,40 breit, 4,00 hoch, für höchstens 60 Schüler bestimmt, die Schulbänke zweisitzig nach System Rettig. Die Zeichensäle erhielten Holzsessel mit Lehnen, in drei verschiedenen Sitzhöhen. Da die Gesamtbaukosten M. 573 000 exkl. der für Inventar ausgegebenen M. 87 000 betrugen — der Bauplatz war Eigentum der Stadt — so stellt sich die in diesem Falle von der Stadt München für Schulbauzwecke — bei der in Aussicht genommenen Maximalschülerzahl von 1260 — gemachte Aufwendung auf M. 454,76 pro Kind. Man vergleiche hiermit die Baukosten des um dieselbe Zeit in Hamburg entstandenen Volksschulhauses Barmbeckerstraße, dieselben betrugen M. 339 000 oder M. 226 pro Kind. Da bei dem Münchener Schulhause die Turnsäle eingebaut sind, so ist auch bei dem Hamburger Schulhause die für die Errichtung der Turnhalle aufgewandte Summe den Baukosten des Schulhauses selbst zugelegt worden. Die gewählten Schulbauten sind für Hamburger und Münchener Schulbauverhältnisse typisch, zeigen also, daß München mehr als das Doppelte für seine Volksschulhäuser aufwendet als Hamburg.

Im Submissionswege ist übertragen worden: Die Ausführung der Tischlerarbeiten mit zugehörigen Beschlägen für das neu zu erbauende Badehaus des Allgemeinen Krankenhauses St. Georg an H. C. Bredow.

Vorlesungswesen der Oberschulbehörde. Donnerstag, 24. März. Literatur. Professor Dr. Erich Schmidt (Berlin): Heinrich Heine. 2. Vortrag: In Frankreich. Pariser Prosa. Von 8—9 Uhr Abends in der Aula des Johanneums. Die Einlaßkarten zu diesen Vorträgen sind sämtlich ausgegeben.

w. **Vom Hafen und von der Schifffahrt.** Die französische Viermastbark „Atlantic", Kapitän Gouyet, mit einer Ladung Salpeter von Iquique nach hier bestimmt, geriet, wie mitgeteilt, bei Nieuwediep auf Grund fest. Der belgische Schleppdampfer „Director Gerling", welcher das Schiff im Tau hatte, machte vergebliche Abbringungsversuche. Man mußte dann von der Ladung in Küstenfahrzeuge leichtern, worauf die Schleppdampfer „Hercules", „Simson" und „Cyclop" herbeikamen, denen es gelang, die Bark abzubekommen. Der Schleppdampfer „Director Gerling" brachte sie dann nach der Elbe, worauf die Schleppdampfer „Goliath" und „Thor" das Schiff bei Cuxhaven ins Tau nahmen und nach hier schleppten. Heute Morgen traf das Schiff hier im Hafen ein. Ob die „Atlantic" Schaden erlitten hat, muß nach der Entlöschung im Dock festgestellt werden. Die gelöschte Ladung ist in Nieuwediep eingebracht worden. — Das französische Schiff „Pacifique", Kapitän Bernard, welches mit einer Ladung Salpeter von Pisagua kommend auf der Elbe eintraf, kam im Tau des Schleppdampfers „Ajax" nach hier. Das Schiff hat auf der Reise nach hier bei Juist mit der holländischen Kuff „De Hoop" kollidiert. Dem französischen Schiffe ist die Verschanzung und Reeling eingedrückt worden. Welchen Schaden die Kuff erlitten hat, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden. — Der Hamburger Dampfer „Anna Woermann", welcher in Afrika beim Uebernehmen eines schweren Blocks den Mast brach, hat an der Werft von Blohm u. Voß einen neuen Mast erhalten. Der Dampfer ist gestern Abend nach dem Petersenkai, Schuppen 26, verholt und dort in Ladung gelegt worden. — Der schleswigsche Dampfer „Schlei", welcher auf der Unterelbe auf einem Stack fest war und nach der Werft von H. C. Stülcken Sohn zur Reparatur kam, ist bedeutend schwerer beschädigt, als man anfangs annahm. Der Dampfer hat acht Bodenplatten gebrochen, die sämmtlich erneuert werden müssen. Auch müssen einige neue Spanten eingesetzt werden. — Der Hamburger Dampfer „Altona", welcher vor einigen Tagen, von England kommend, bei Terschelling mit dem Fischdampfer „Ocean II" in Kollision war, ist nach seiner Entlöschung nach der Werft von H. C. Stülcken Sohn gekommen und dort ins Dock genommen worden. Der Dampfer hat Schaden im Boden erlitten und erhält einige neue Bodenplatten. — Der Hamburger Dampfer „Entrerios", der bekanntlich von der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft an die Woermannlinie verchartert ist, erhält, wie mitgeteilt, an der Reiherstieg-Schiffswerft und Maschinenfabrik die Stallungen für Pferde. Jetzt hat man dem Dampfer einen grauen Anstrich, wie ihn die Woermann-Dampfer haben, gegeben und außerdem erhält er die Woermannmarke am Schornstein. — Der Hamburger Dampfer „Ambria" hat vor einiger Zeit auf Grund gestoßen und dadurch Schaden im Boden erlitten. Jetzt, nachdem der Dampfer eine Reise nach Ostasien gemacht hat und entlöscht ist, hat man ihn ins Reiherstieg-Dock geholt, woselbst der Schaden beseitigt werden soll. — Der neue Dampfer „Cap Blanco", welcher auf der Reiherstieg-Schiffswerft und Maschinenfabrik für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft erbaut ist, hat einige Maschinenproben unternommen. Am 25. d. M. soll die offizielle Probefahrt des Dampfers erfolgen, die sich nach der Unterelbe erstrecken soll. — Der Schleppdampfer „Vorsetzen" rannte gegen den östlichen Ponton der St. Pauli Landungsbrücken und beschädigte denselben. — Mit dem Dampfer „Olivia" trafen hier fünf mittellose Auswanderer von London kommend ein. Die Aermsten wurden mit der Bahn nach ihrer Heimat weiterbefördert.

w. **Diebstähle am und im Hafen.** Vom Lagerplatz der Firma Albrecht u. Co. am Stillhörnerdamm sind in letzter Nacht 12 bis 15 leere Oelfässer entwendet worden. — Auf dem Dampfer „Entrerios" sind dem Zimmermann drei wollene Decken aus seinem Logis abhanden gekommen. — Dem Ewerführerbas M. F. Artus ist seine im Deichstraßenfleet liegende Spitzgatt-Jolle abhanden gekommen. Das Fahrzeug ist innen und auswendig geölt, hat drei braun und grün gemalte Duchten, eine Kettenfangleine und vorne am Steven die Buchstaben F. W. E.

w. **Erkrankt** ist auf dem hier eingetroffenen Dampfer „Wotan" der Schiffskoch Albert Behn. Derselbe ist durch die Sanitätskolonne nach dem Eppendorfer Krankenhause gebracht worden.

Altona.

h. **Eine Geschichte der Stadt Altona.** Der Magistrat der Stadt Altona ist seit einigen Jahren mit der Herausgabe eines Verwaltungsberichtes der Stadt Altona beschäftigt. Das Werk ist eine Fortsetzung des schon früher unter dem Oberbürgermeister Adickes herausgegebenen größeren Werkes über die Geschichte der Stadt Altona. Das Werk wird, wie wir bestimmt versichern können, in diesem Sommer das Licht der Welt erblicken, und damit der Wunsch vieler, eine zusammenfassende Darstellung der Entwicklung unserer Stadt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu haben, in Erfüllung gehen. Es wird in zwei Bänden erscheinen und, wie das bei einem so angelegten Werke ja auch nicht anders sein kann, mit einer großen Zahl Tabellen versehen sein. Jedoch werden auch durch die Behandlung der Zahlen diese Tabellen für den Leser, der zahlenscheu ist, genußreich gemacht. Besonderes Interesse dürften die Abschnitte über die Entwicklung des Armen- und Schulwesens für alle Gemeindeglieder haben, ist doch der Zustand dieser beiden kommunalen Institutionen geradezu maßgebend für die Beurteilung des kommunalen Körpers überhaupt. Der Umstand, daß das Werk bis zum Jahre 1900 fortgeführt wird, macht es geeignet, auch die Wirkung der sozialen Gesetze im Gemeindegebiet einer Würdigung zu unterziehen, wie es ebenso von Vorteil sein wird, die Arbeiterbewegung, Lohnkämpfe, Streiks, Aussperrungen 2c. zu berücksichtigen. Von besonderem Interesse wird auch die Schilderung über das Verkehrswesen in Altona selbst, sowie auch mit Hamburg, zu Wasser als auch zu Lande sein. Kommen wir ja doch hier auf ein Gebiet, welches ein großer Teil unserer Bevölkerung selbst aus eigener Erfahrung beurteilen kann. Wir können da die ersten Droschken, die ersten Omnibusse sehen, die sich entwickeln zu verschiedenen Linien, um dem Beförderungsbedürfnis Rechnung zu tragen, ferner die aus den älteren Beförderungsmitteln entstehenden Straßenbahnen, um überzugehen in den modernsten Betrieb städtischer Verkehrsverhältnisse. Für den Kommunalpolitiker, und speziell für unsere Partei, dürfte dieser Teil des Werkes von besonderem Interesse sein, weil aus ihm wohl ohne weiteres die Begründung unserer Forderung: Kommunalisierung öffentlicher Verkehrsinstitute, hervorgeht. Die Geschichte der Torsperre, hervorgegangen aus der Nähe Hamburgs, dürfte manchem bejahrten Mann, der sich dieser Zeit noch entsinnen kann, das Bewußtsein beibringen, daß „alles, was entsteht, wert ist, daß es zu grunde geht". So wollen wir dies Werk mit Freuden erwarten.

Auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 in Verbindung mit Artikel IV Abs. 4 des Abänderungsgesetzes vom 25. Mai 1903 ist der Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse „Phönix" (E. H.) zu Altona von neuem die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügt.

h. **Die Auslosung der Geschworenen** für die am 11. April d. J. beginnende zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode fand heute unter dem Vorsitze des Landgerichtspräsidenten Dr. Friedberg statt. Als Geschworene wurden ausgelost die Herren: W. Hecht, Hufner, Havekost; Joh. Wessel, Rentner, Wewelsfleth; Emil Möller, Kaufmann, Altona; Dr phil. Hinneberg, Altona; Heinrich Wilhelm Meyer, Eigentümer, Altona; Nordwald, Schiffsmaler, Altona; Büttner, Rentner, Lauenburg; August Kayser, Privatier, Wandsbeck; Karl von Eicken, Fabrikbesitzer, Lokstedt; C. von Dungeln, Hofpächter, Schadehorn; L. Sagebiel, Restaurateur, Blankenese; Fritz Piel, Hofbesitzer, Josenburg; Heinrich Meyforth, Rentner, Büttel; Karl Meyer, Eigentümer und Schlossermeister, Altona; Otto Meßtorf, Eigentümer und Drogist, Altona; Lippert, Hofbesitzer, Poppenbüttel; Ernst Borchert, Hüfner, Bertelsdorf; L. von Leesen, Ingenieur, St. Margarethen; Albert Dibbern, Kaufmann, Altona; Adolf Piening, Hemdingen; Ferdinand Peters, Hofbesitzer, Ammersworth; Georg Hormann, Bankdirektor, Itzehoe; August L. H. Schreck, Rentner, Quickborn; Magnus, Buchhalter, Altona; Martens, Prov.-Steuersekretär, Altona; C. Säumenicht, Direktor, Lägerdorf; Johannes Beran, Kaufmann, Wandsbeck; Robert Heß, Kaufmann, Blankenese; Adolf Mackel, Kaufmann, Itzehoe; Wilhelm Andresen, Hofbesitzer, Friedrichskoog.

h. **Die bayerische Militärverwaltung** scheint eine Vorliebe für schleswig-holsteinische Pferde zu haben. Die Provinz wird jetzt von ihr zu diesem Zwecke bereist, um Pferdematerial herbeizuschaffen. Am 5. April findet das diesjährige Remontegeschäft für Altona statt, wozu 150 Pferde gebracht werden.

h. **Unfälle.** Ein Matrose von einem Fischdampfer wollte von seinem Schiff einen Steg an Land legen, wobei er mitsamt dem Steg in die Elbe fiel. Er wurde von am Ufer befindlichen Leuten aufs Trockene gezogen und mit anderen Kleidern versehen. — In einer Kesselfabrik in Ottensen wollte ein Arbeiter in einen Kessel steigen, wobei er hinfiel und sich das linke Bein brach. — Dasselbe Malheur hatte ein Bierführer in Ottensen, der vom Platze seines Prinzipals wegfahren wollte. Beim Aufsteigen auf den Wagen zogen die Pferde an, der Mann fiel herab und brach ein Bein.

h. **Ein qui pro quo.** Die Kriminalpolizei in Hamburg glaubte dieser Tage, daß sich unter den im „Ostfriesischen Hof" in St. Pauli unter dem Namen Paul ins Fremdenbuch eingetragenen drei Fremden Personen befinden könnten, auf die sie gern ihre Hände gelegt hätte, denn sie vermutete unter den drei Pauluffen nicht diejenigen, welche sich diese Namen zugelegt hatten. Als man nach längerem Warten die drei hatte, stellte es sich heraus, daß es der Henker Engelhardt mit seinen zwei Leuten war, die des Mailau wegen nach hier gekommen und sich in obigem Gasthof einlogiert hatten.

h. **Vom Schlage getroffen** wurde heute Vormittag der Lagerstraße 11 wohnende bejahrte Arbeiter Voß. Er verstarb sofort.

Hamburger Staats- u. Gemeinde-Angelegenheiten.

14. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft.

Mittwoch, 23. März, Abends 7½ Uhr.

Vorsitzender: Vizepräsident Dr. Wex.

Eingegangen ist ein Antrag Harten (LZ.) u. Gen.: Wir beantragen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat um eine Vorlage, betreffend den Ausbau der Volksschule durch versuchsweise Einrichtung dreistufiger Selekten für das siebte bis neunte Schuljahr.

Der Vorsitzende verliest die Antwort des Senats auf die Anfrage der Bürgerschaft, betreffend die **Abstimmung des Bundesratsvertreters in Sachen § 2 des Jesuitengesetzes.** Dieselbe geht dahin, daß, nachdem der Reichstag wiederholt um Aufhebung des Gesetzes bezw. des § 2 ersucht, der Vertreter Hamburgs im Bundesrat gegen Aufhebung des Gesetzes und für Aufhebung des § 2 des Gesetzes gestimmt habe. (Bewegung.) Nebenbei bemerkt, sei letzterer Paragraph in Hamburg nie zur Anwendung gelangt.

Damit ist **Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.**

Die deutsch-nationalen Handlungsgehülfen fordern den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht während der Tagesstunden in einer ausführlich begründeten Eingabe.

1. Wahlen:
   a) eines Mitgliedes der Baudeputation.
   Gewählt wird Hellmuth Otto Johann Harms.
   b) eines Ausschusses von zehn Mitgliedern zur Prüfung der Frage der Errichtung weiterer Oberrealschulklassen im Anschluß an bestehende Realschulen.
   Gewählt werden: Dr. Bagge, Bunzel, Garrels, Patow, Röske, Rohde, Seemann, Dr. Troplowitz, Wolfhagen, Dr. Zacharias.
   c) eines Mitgliedes des Ausschusses, betreffend das Landschulwesen, an Stelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Kupsch.
   Gewählt wird Findeisen.
   d) eines Mitgliedes des Ausschusses zur Prüfung des Antrages des Senats, betr. Abänderung der Aerzteordnung vom 21. Dezember 1894 und Bildung eines ärztlichen Ehrengerichts, an Stelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Dr. H. Bauer.
   Gewählt wird Dr. Blunck.
2. Antrag des Senats, betreffend den Ankauf des an der Hermann- und Knochenhauerstraße belegenen Grundstücks von Johann Heinrich Kraemer.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle es mitgenehmigen, daß das Johann Heinrich Kraemer gehörige, an der Hermannstraße und an der Knochenhauerstraße belegene Grundstück, Altstadt Nord, Band XXII Blatt Nr. 1088, unter dem im Vertrage vom 17. Februar d. J. enthaltenen näheren Bedingungen staatsseitig angekauft und die Finanzdeputation ermächtigt werde, die erforderlichen Geldmittel bestmöglichst anzuleihen und dem Stadterweiterungs- und Grunderwerbsfonds zur Verfügung zu stellen.

Rohde (L.) beantragt: Den Senatsantrag Nr. 52, betreffend den Ankauf des an der Hermannstraße und Knochenhauerstraße belegenen Grundstücks von Johann Heinrich Kraemer, an einen Ausschuß von 9 Personen zur Prüfung zu verweisen.

Rohde (L.): Eine Prüfung ist wünschenswert. Im Ausschusse wird man die Gründe für den Ankauf klarlegen. Das Grundstück ist erst 1903 teuer, für M. 502,000 gekauft Man kann nicht verantworten, dafür jetzt M. 600 000 auszugeben. Der Bevölkerung sind wir es schuldig, die Sache genau zu untersuchen.

Riege (LZ.): Der Käufer hat nicht gewußt, daß das Grundstück für die Durchlegung der Straße gebraucht werde. (Zwischenrufe: Na! na!) Warum wollen Sie gerade etwas Schlechtes von dem Manne glauben? (Heiterkeit und Unruhe.) Der Finanzdeputation ist es nicht gelungen, einen billigeren Preis mit dem Herrn zu vereinbaren. Der Mann hat doch auch Ausgaben gehabt. (Andauernde Unruhe.) Gegen den Ausschuß habe ich nichts einzuwenden; ich beantrage aber zehn Personen, um auch der äußersten Linken eine Vertretung zu sichern. (Bravo!)

Rohde (L.): Ich wünsche Vertretung der äußersten Linken, nicht aus Gnade und Barmherzigkeit (Oho! große Unruhe), wie die Rechte. Das ist im Seniorenkonvent ausgesprochen worden. Ich verlange prozentuale Beteiligung der Sozialdemokraten. Herr Riege hatte keinen Grund, die garnicht von mir angegriffene Finanzdeputation zu verteidigen. Wer sich entschuldigt, klagt sich an. Auch gegen die Person des Inhabers habe ich nichts gesagt, obwohl sein Verhalten mindestens eigentümlich war. Riege schilderte es so, als hätten wir in Hamburg so einen Klub der „Harmlosen". (Große Heiterkeit.) War etwa der verhandelnde Makler so harmlos, nichts von der Bestimmung des Grundstücks zu wissen. Das Grundstück, an sich nichts wert, ist überteuert; der Quadratmeter soll mit M 2400 bezahlt werden. Das ist ein unerhörter Preis! Soll es wieder heißen: Dem Großen wird das Geld in den Beutel geschüttet, dem Kleinen wird die Kehle zugeschnürt?

Strack (R.): Für einfache Sachen werden 9 Personen für die Ausschüsse genügen, eventuell auch 7 Personen. Es war bisher nicht üblich, über die Seniorenverhandlungen von der Tribüne zu sprechen. (Sehr richtig.) Die Rechte ist der Ansicht, daß die äußerste Linke in der Regel in allen Ausschüssen vertreten sein soll.

Fischer (SD.): Wir sind für Beratung durch Ausschuß von 10 Personen. Wir sind der Meinung, daß unsere Vertretung in den Ausschüssen geregelt werden muß. Es liegt im Interesse der Bürgerschaft selbst, uns eine Vertretung einzuräumen, da wir sonst gezwungen sein würden, manches im Plenum vorzubringen, was sich andernfalls in den Ausschüssen erledigen ließe. (Sehr richtig! rechts.)

Dr **Eddelbüttel** (LZ.): Von dem Gesichtspunkte der Gnade und Barmherzigkeit aus haben wir die Frage nie betrachtet, sondern vom Standpunkte der Billigkeit und der Erwägung, daß die Heranziehung der Herren zu praktischer Arbeit notwendig ist.

Patow (R.): Riege hat die Finanzdeputation nicht verteidigt, sondern einfach ihr Verhalten tatsächlich erläutert. Für die Beteiligung der Sozialdemokraten sind wir aus denselben Gründen, die Herr Fischer hier erläutert hat. Im vorliegenden Falle beantrage ich sieben Personen zu wählen, neben je zwei Personen von den alten Fraktionen einen Sozialdemokraten.

Rohde (L.): Ich bestreite, bezüglich des Seniorenkonvents einen Vertrauensbruch begangen zu haben. Wo es sich um Sachen handelt, werde ich niemals Geheimkrämerei betreiben. Herr Riege hat tatsächlich die Finanzdeputation verteidigt, die ich nicht angegriffen hatte.

Heubel (LZ.): Der Ausschuß wird wenig mehr bei der Sache tun können. Ersuchen wir lieber den Senat, einen Expropriationsantrag einzubringen.

Redner stellt entsprechenden Antrag.

Ueber die Art der Abstimmung entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, an der sich Rohde, Dr. Wex und Dr. Mönckeberg beteiligen.

Der Antrag wird an einen Ausschuß von 7 Personen verwiesen, der sofort gewählt und von der schriftlichen Berichterstattung entbunden wird.

3. Erwiderung und Antrag des Senats, betr. Verstaatlichung der Hansaschule in Bergedorf.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle es mitgenehmigen, daß für die Hansaschule in Bergedorf in das Staatsbudget für 1904, Art. 43 (Oberschulbehörde)

und Art. 97 (Oberschulbehörde, Sektion für das höhere öffentliche und das nichtöffentliche Schulwesen) nachträglich die in der Anlage enthaltenen Posten eingestellt werden.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

4. Beschluß der Bürgerschaft über den Antrag des Senats, betr. Bewilligung von M. 5000 für die Gewerbeschulandachten. (Zweite Lesung.)

Der Beschluß erster Lesung lautet: Die Bürgerschaft beschließt, daß für die Abhaltung von Schulandachten in den Sonntagsgewerbeschulen M. 5000 bewilligt und nachträglich in das Budget für 1904 unter Art. 100 eingestellt werden.

Dr. **Braband** beantragt 1. Bewilligung nur für 1904—06, 2. Untersuchung darüber, wie der Unterricht ohne staatliche Aufwendungen aufrechterhalten werden könne.

Dr. **Engel** (LZ.): Die Ablehnung des Antrages würde eine schwere Schädigung des einstweilen noch unentbehrlichen Unterrichts bedeuten. Nur Herr Fischer hat neulich dagegen gesprochen. Es ist nicht logisch, wie Fischer deduzierte, daß Interessenten, die eine Gesetzesbestimmung durchsetzen, auch für die Kosten zu sorgen haben. Es liegt mindestens eine Irrung auf dem Gebiete der Logik vor. In Wirklichkeit haben Bundesrat und Reichstag die in Frage kommenden Bestimmungen geschaffen und dadurch die Einzelstaaten verpflichtet. Die Gewerbeschulverwaltung hat den Unterricht für notwendig gehalten in der jetzigen Form und ist an die Kirche herangetreten. Die kirchlichen Behörden haben ein Opfer gebracht; ihr Vorwürfe zu machen, ist die Sozialdemokratie, die überhaupt gegen diesen Unterricht ist, am wenigsten berechtigt. Man sollte ihnen vielmehr dankbar sein für das von ihnen Geleistete, das in Wirklichkeit gar nicht so geringfügig ist und obendrein am Sonntag verlangt wird. Die Geistlichen wären froh, wenn sie den Zehnstundentag hätten. (Heiterkeit. Der Präsident ersucht um Ruhe.) Die Opferfreudigkeit der Geistlichkeit muß erlahmen, wenn ihrem Streben kein Verständnis (Zuruf: Geld!) entgegengebracht wird. Der in dem Antrage vorgesehene Ausweg ist ein sehr glücklicher. Auch der Einwand, daß die Kirche selber zahlen könne, ist nicht stichhaltig. (Andauernde Unruhe, in der die Ausführungen des Redners durchweg unverständlich bleiben.) Ich bitte um Annahme nicht im Interesse der Geistlichkeit, sondern in Anerkennung ihrer Verdienste und im Interesse des Gewerbestandes.

Hennicke (R.): Auch die Gewerbeschulverwaltung wünscht die Annahme des Antrages. Die Andachten sind sehr schlecht besucht gewesen; dadurch wird den Geistlichen die Lust zu der Sache vergangen sein. Die Schüler zu zwingen, ist nicht möglich. Eine Pflicht der Geistlichen liegt nicht vor. Es handelt sich um rund 400 Andachten.

Dr. **Braband** (R.): Die Motivierung des Senatsantrags war eine recht dürftige; es schien, als sei der Senat kühl bis ans Herz hinan an die Vorlage gegangen. Acht Jahre hat die Sache funktioniert, jetzt plötzlich nicht mehr? Hinzukam, daß Dr. Rode die Geistlichkeit in Schutz nahm gegen die Vermutung, als wolle sie künftig nur gegen Bezahlung arbeiten. Bereits seit Jahren hat sich die Geistlichkeit gesträubt, diesen Unterricht zu erteilen. Die Sache liegt so, daß die Verwaltung, wenn sie den Unterricht aufrechterhalten will, zahlen muß. Ich bin überzeugt, daß wir spätestens in drei Jahren den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht haben werden. Bis dahin reicht mein Antrag aus. Man kann der Kirche nicht zumuten, eine Tätigkeit unentgeltlich auszuüben, an der nicht sie, sondern andere ein Interesse haben.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Fischer (SD.): Ich bitte um Ablehnung des Antrages. Die Sachlage ist so verworren, wie möglich. Dr. Rode erklärte, daß die Geistlichen nicht auf Bezahlung dringen. Dr. Sthamer stellte die Sache schon ganz anders dar, heute hören wir die verschiedenartigsten Ansichten. Der Besuch der Andachten wird durch die M. 5000 nicht gehoben; er beweist höchstens die Ueberflüssigkeit der Andachten. (Sehr richtig!) Der Senat hat den Geistlichen mit dem Antrage einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Auf die Bevölkerung wird die Forderung der Bezahlung einen merkwürdigen Eindruck machen. Es liegt also die Ablehnung im Interesse der Geistlichen. Der Sonntagsunterricht an sich läßt sich nach Lage der Dinge nicht vermeiden. Bei Beratung unseres Antrages auf Reorganisation des Gewerbeschulwesens wird sich die Sache regeln lassen. Ein Streik der Geistlichen ist nicht so schlimm. Dr. Engel hat Juristenlogik gegenüber der Logik des gesunden Menschenverstandes vertreten. (Heiterkeit.) Die Vertreter der Kirche haben die Bestimmungen geschaffen, es ist also nur logisch, daß sie hilft sie durchzuführen, zumal sie täglich beim Staate zu Gaste sitzt und viele Gefälligkeiten erhält. Auch junge Theologen werden keinen Gefallen daran finden, in leeren Räumen zu predigen. (Heiterkeit.) Sie können übrigens dankbar sein, daß ihnen Gelegenheit gebtoen wird, sich auszubilden. (Heiterkeit.) Für die intensive Sonntagsarbeit haben die Geistlichen Ruhe genug in der Woche. (Heiterkeit.) Ich bitte, den verworrenen Senatsantrag abzulehnen.

Dr. **Rode** (R.): Die Sache liegt einfach so, daß man nach Schaffung der Bestimmung sich an die Geistlichkeit als Korporation gewandt und daß diese die Sache korporativ geregelt hat. Es hat sich bald gezeigt, daß die Sache nicht richtig funktionierte. Auch wir wünschen die obligatorische Fortbildungsschule. Ich bin Gegner des Sonntagsunterrichts, sehe aber auch ein, daß es sich einstweilen nicht ändern läßt. Die Meister hätten die Lehrlinge wohl früher von Hause fortschicken können. Es handelt sich um ein Provisorium, das ich, in meiner Eigenschaft als Bürgerschaftsmitglied, anzunehmen bitte. Es handelt sich hier um Leistungen, wie sie die Geistlichen an staatlichen Anstalten liefern. Entsprechend muß auch hier der Staat die Verpflichtung zur Sustentation des Gottesdienstes auf sich nehmen.

Der Beschluß erster Lesung wird gegen eine starke Minorität bestätigt unter Ablehnung der Anträge Dr. Braband.

Heubel (LZ.) beantragt, wie oben bereits berichtet, einen Expropriationsantrag vom Senate zu fordern.

Blinckmann u. Gen. (L.) beantragen, den Ausschuß, betr. Krankenversicherung der Hafenarbeiter, um zwei Personen zu verstärken.

Beide Anträge werden genügend unterstützt und kommen auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung.

In den Ausschuß (Antrag 2) werden gewählt: Strack, Dr. Knauer, Gérard, Kehrhahn, Rohde, Seemann und Ehlers (SD.)

5. Antrag des Senats, betr. die Herstellung der Stützenfundamente für die künftige Vorortsbahn auf der Strecke Johannisbollwerk—Vorsetzen im Zusammenhang mit dem in Ausführung begriffenen Stammsielbau.

Der Senat ersucht die Bürgerschaft mit der Bitte um tunlichst beschleunigte Beschlußfassung, es mitzugenehmigen, daß für die Herstellung von Stützenfundamenten für die künftige Stadt- und Vorortsbahn nach Maßgabe der vorgelegten Zeichnung unter Vorbehalt etwaiger, bei der Ausführung sich als zweckmäßig ergebender Aenderungen M. 67 000 bewilligt und daß die Finanzdeputation ermächtigt werde, diesen Betrag durch Anleihe bestmöglichst zu beschaffen.

Rohde (L.): Behaglich ist mir der Antrag nicht, da es sich um Bewilligung von Einzelheiten eines großen Werkes handelt, um ein unbedeutendes Stück der Vorortsbahn. Trotzdem will ich nicht gegen den Antrag sprechen, da es sich um eine ernste Frage handelt. Es darf aber kein Präjudiz für die künftige Gestaltung der Vorortsbahn werden.

Wilkens (LZ.) beantragt Vergebung der Arbeiten im Submissionswege.

Persiehl (LZ.) ist aus praktischen Gründen gegen diesen Antrag, ebenso **Rump** (LZ.), der auf die Gefahren hinweist, die es mit sich bringe, wenn zwei Unternehmer an dem Siele arbeiten.

Wilkens (LZ.): Das kommt öfters vor.

Rump (LZ.): Es ist größte Eile erforderlich; daher müssen wir Submission ausschließen.

Der Antrag Wilkens wird abgelehnt. Der Senatsantrag wird angenommen.

6. Antrag des Senats, betreffend Vergrößerung des Kohlenschiffhafens auf Kuhwärder.

Der Senat richtet das Ersuchen an die Bürgerschaft, es mitzugenehmigen: daß für die Vergrößerung des Kohlenschiffhafens auf Kuhwärder die Summe von M. 1 410 000 bewilligt und die Finanzdeputation ermächtigt werde, diesen Betrag bestmöglichst im Anleihewege zu beschaffen.

Sievers (L.) wünscht Einrichtung von Geschirrplätzen für die Stauer, damit beim Defektwerden von Winschvorrichtungen nicht die Jumpvorrichtungen von St. Pauli geholt zu werden brauchen. Weiter äußert er Wünsche bezüglich der Beförderung der Arbeiter.

Der Antrag wird angenommen.

7. Antrag des Senats, betreffend Nachbewilligungen auf das diesjährige Budget der Zollverwaltung.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle ihre Mitgenehmigung dazu erteilen:

1. daß das Personal der Zollverwaltung verstärkt werde um 1 Oberkontrolleur, 4 Zollamtsassistenten I. Klasse, 1 Zolleinnehmer I. Klasse, 7 Zollamtsassistenten II. Klasse, 4 Zollaufseher, 1 Zollamtsdiener, sowie daß die bezüglichen Gehaltsbeträge und zwar für 1 Oberkontrolleur zu M. 3400 jährlich, auf 10 Monate M. 2833,33, 4 Zollamtsassistenten I. Klasse zu je M. 2200 jährlich, auf 10 Monate M. 7333,32, 1 Zolleinnehmer I. Klasse zu M. 2560 jährlich, 7 Zollamtsassistenten II. Klasse, 1 zu M. 2280, 6 zu M. 2100 jährlich M. 14 880, 4 Zollaufseher zu je M. 1600 jährlich, auf 10 Monate M. 5333,32, 1 Zollamtsdiener zu M. 1300 jährlich, auf 10 Monate M. 1083,33, im Gesamtbetrage von M. 34 023,30 auf Artikel 143 Rubr. 1 des diesjährigen Budgets nachbewilligt werden;

2. daß für Ausbildung von Supernumeraren auf Artikel 143 Rubr. 5 der Betrag von M. 7500 nachbewilligt werde.

Der Antrag wird debattelos genehmigt.

8. Antrag des Senats, betreffend die Errichtung und den Betrieb der chemischen Untersuchungsstation für Fleisch und Fett an den Kuhwärderhäfen.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle ihre Mitgenehmigung dazu erteilen, daß in dem Budget des Medizinalkollegiums für 1904, Art. 122

1. in Rubrik 7, Gehalte, nachträglich eingestellt werde: 1 Kanzlist (Klasse 4) für 6 Monate . . . . . . M. 850
2. die Rubrik 8, Hülfskräfte, erhöht werde um „ 4 100
   für 2 Chemiker für 6 Monate . . . M. 3000
   „ 2 Laboratoriumsdiener für 6 Monate . . . . „ 1100
3. die Rukrik 9, Sonstige Ausgaben, erhöht werde um . . . . „ 2 500
   für Betriebskosten der Station Kuhwärder für 6 Monate:
4. als Rubrik 9a hinzugefügt werde: Erste Ausrüstung der chemischen Untersuchungsstation für ausländisches Fleisch und Fett auf Kuhwärder . . . „ 15 000

Der Antrag wird debattelos angenommen.

9. (Eventuell.) Antrag von Dr. Rode und Genossen, betr. Abgabe der Stimme des hamburgischen Bevollmächtigten zum Bundesrat bei der Abstimmung über den § 2 des Gesetzes vom 4. Juli 1872, betr. die Gesellschaft Jesu.

Die Bürgerschaft hat am 25. März v. J. den Senat ersucht, den hamburgischen Bevollmächtigten zum Bundesrate dahin instruieren zu wollen, daß die Stimme Hamburgs gegen die Aufhebung des § 2 des Gesetzes vom Juli 1872, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu, abgegeben werde. Am 8. März d. J. hat der Bundesrat einem Beschlusse des ehemaligen Reichstages entsprochen und den angeführten Paragraphen aufgehoben. Die Bürgerschaft ersucht den Senat um Auskunft darüber, „ob die Stimme Hamburgs im Bundesrat für oder gegen diesen Beschluß abgegeben ist“ und bezeichnet dieses Auskunftsersuchen als dringlich.

Ist erledigt. (Siehe oben).

10. Antrag des Ausschusses zur Prüfung des Antrages des Senats, betr. Anstellung eines Schulinspektors für das Gewerbeschulwesen.

In der Erwartung, daß bis zum 1. April eine Einigung über diese Frage zwischen Senat und Bürgerschaft herbeigeführt, das Gehalt für den neuen Beamten somit noch für neun Monate erforderlich sein wird, beantragt der Ausschuß: Die Bürgerschaft wolle es mitgenehmigen, daß ein Inspektor für das Gewerbeschulwesen mit einem Jahresgehalt von M. 5400, das nach je drei Jahren um M. 600 steigt bis zum Höchstbetrage von M. 7800, angestellt und daß in das diesjährige Staatsbudget, Art. 99 (Verwaltung des Gewerbeschulwesens) unter Rubr. 1 neu eingestellt werde: Schulinspektor für neun Monate M. 4050, und zwar unter der Bedingung, daß bei etwaiger Reorganisation des Gewerbeschulwesens der Inspektor sich die Versetzung in eine andere Stellung gefallen lassen muß, auch dem Senat diesen Bericht zu überreichen.

Friedr. J. C. Bartels (SD.) und Genossen beantragen, dem Ausschußantrage als dritten Absatz anzufügen: Die Bürgerschaft ersucht ferner den Senat um eine Vorlage zur Reorganisation des Fortbildungsschulwesens in dem Sinne, daß der Fortbildungsunterricht obligatorisch eingeführt wird.

Dieser Antrag ist als selbständiger eingebracht, findet die nötige Unterstützung und wird in nächster Versammlung behandelt.

Th. Menzel (L.): Wer die Verhältnisse nur aus der Presse kennt, erhält einen falschen Begriff. Der Mann am Steuer hat die Macht verloren. Anträge der Innungen, auch wohlbegründete, werden abgelehnt; man muß häufig erst an die Verwaltung herantreten, wenn man etwas durchsetzen will. — Redner führt Beispiele bezüglich Fachschuleinrichtungen der Tischler- und der Schlosserinnung an. — Ohne eine Reorganisation der Gewerbeschule werden wir zu nichts kommen. Im übrigen bitte ich, dem Antrage zuzustimmen.

Hennicke (R.): In der Verwaltung sind wir bestrebt, die Reorganisation durchzuführen; dazu gebrauchen wir gerade eine tüchtige Kraft. Der Inspektor wird auch künftig verwendbar sein, wenn er eine tüchtige Kraft ist.

Persiehl (LZ.) für den Antrag.

Heubel (LZ.): Was man künftig mit dem Inspektor machen soll, hat noch keiner zu sagen gewußt.

Th. Menzel (L.): Ursprünglich wurde gar kein Inspektor verlangt. Daß man für ihn künftig einen geeigneten Platz finden wird, ist für mich nicht fraglich, zumal, da die Klausel da ist.

Dr. **Wolffson** (R.) beantragt ein Amendement, wonach der Inspektor sich Versetzung in eine andere, seiner bisherigen entsprechende Stellung gefallen lassen muß. Das werde die vorhandenen nicht von der Hand zu weisenden Bedenken beseitigen.

Th. Menzel (L.) stimmt dem zu. Anders habe er es gar nicht aufgefaßt.

Der Antrag wird mit dem Amendement Dr. Wolffson angenommen.

11. Antrag des Senats, betr. den ersten Bericht der Senats- und Bürgerschafts-Kommission zur Beratung des Projekts einer Sielkläranlage auf der Großen und Kleinen Dradenau und der damit zusammenhängenden Fragen.

Der Senat richtet das Ersuchen an die Bürgerschaft, es mitzugenehmigen: 1. daß das von der Dradenau-Kommission vorgelegte Projekt für die Befestigung des südlichen Elbufers, vorbehältlich einzelner, sich bei der Ausführung als wünschenswert ergebender Aenderungen, genehmigt und die dafür erforderlichen Mittel in der Höhe von M. 2 240 000 der 1. Sektion der Baudeputation zur Verfügung gestellt werden; 2. daß für die Ausführung von Grundbohrungen und Terrainaufnahmen auf der Dradenau M. 20 000 und 3. für sonstige Vorbereitungsarbeiten, für Instruktionsreisen und ähnliches M. 18 000 bewilligt werden; 4. daß die Beträge unter 2. und 3. im diesjährigen Budget der 1. Sektion der Baudeputation zur Verfügung der Dradenaukommission gestellt werden; 5. daß die Finanzdeputation ermächtigt werde, den unter 1. genannten Betrag bestmöglich im Anleihewege zu beschaffen.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

12. Antrag von Dr. Eddelbüttel und Genossen auf Ergreifung von Maßregeln zur Abstellung der Ausdünstung der auf der Uhlenhorst belegenen Fabriken.

Mit Rücksicht darauf, daß die an der Außenalster belegenen Stadtteile, besonders Uhlenhorst, Winterhude und Harvestehude, andauernd unter den Ausdünstungen der auf der Uhlenhorst belegenen Fabriken empfindlich leiden, ersucht die Bürgerschaft unter Bezugnahme auf den von ihr am 15. Oktober 1902 gefaßten Beschluß den Senat wiederholt um alsbaldige Ergreifung von Maßregeln zur Abstellung der herrschenden Mißstände.

Dr. **Eddelbüttel** (LZ.): Ganze Stadtteile an der Außenalster werden durch die Ausdünstungen belästigt; diese lassen sich bei ernstem Willen des Staates beseitigen. Es muß energisch eingeschritten werden; dann lassen sich die Mißstände auf ein Minimum herabdrücken.

Rambatz (LZ.): Die Ansiedelung der Industrie ist erfolgt mit Rücksicht auf das günstige Terrain. Es müssen aber neue Fabrikterrains erschlossen und namentlich für solche Schienenstränge geschaffen werden.

Rosenbaum (L.): Ich verspreche mir wenig Erfolg von der Sache. Vor Anlage von Fabriken hat man das Recht zu Einwendungen. Es genügt, die einzelnen Fabriken der Baupolizei namhaft zu machen.

Dr. **Eddelbüttel** (LZ.): Die Nennung der Etablissements ist aus Gründen des Takts unterblieben. Die Beschwerden, welche zahlreich erhoben sind, haben das befolgt.

Der Antrag wird angenommen.

13. Antrag von Georg Kehrhahn u. Gen. auf Regulierung der Eimsbütteler Chaussee.

Die Bürgerschaft wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, die Regulierung der Eimsbütteler Chaussee baldtunlichst in die Wege zu leiten.

Kehrhahn (LZ.): Ein ähnlicher Antrag lag schon vor fünf Jahren vor. Inzwischen ist die Bevölkerung Eimsbüttels ganz rapide gewachsen, ein neues Stadtviertel ist entstanden. Es ist dringend nötig, im Interesse des Verkehrs die Verbreiterung vorzunehmen und angesichts der exorbitanten Forderungen der Anlieger die Expropriation in die Wege zu leiten.

Röske (SD.): Ich schließe mich dem Antrage an. Die Zustände in der Eimsbütteler Chaussee sind nachgerade unerträglich und die Verkehrsverhältnisse gefährliche geworden. Es handelt sich zwar um 250 m Front, um rund 1000 qm Terrain, die anzukaufen wären. Das darf uns aber nicht abhalten, einzugreifen. Ich bitte deshalb, dem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag wird angenommen.

14. Antrag des Senats, betreffend Erlaß eines neuen Hundesteuergesetzes.

Der Senat beantragt unter Bezugnahme auf die der Vorlage beigegebene Begründung, die Bürgerschaft wolle dem Gesetzentwurfe ihre Mitgenehmigung erteilen.

Paul Gontard beantragt den Senatsantrag Nr. 35, betreffend Erlaß eines neuen Hundesteuergesetzes, an einen Ausschuß von 9 Personen zur Prüfung zu verweisen.

Dr. **Cohen** (L.) und Genossen beantragen: im § 3 die unter Ziffer 2 enthaltenen Bestimmungen — betr. die Ketten- und Hofhunde — zu streichen und dagegen den ersten Absatz des § 5 folgendermaßen zu fassen: „Von der Steuer gänzlich befreit sind: 1. Hunde, welche an Bord von See- oder Flußschiffen gehalten werden, so lange sie an Bord bleiben; 2. Hunde, welche ausschließlich zur Bewachung von Gebäuden, Hofräumen oder anderen Plätzen verwandt werden, sofern sie im Freien auf ringsum eingefriedigten Grundstücken oder an der Kette gehalten werden. Für diese Hunde tritt jedoch die gewöhnliche Steuer ein, wenn sie öffentlichen Grund betreten, es sei denn, daß der Halter des Hundes glaubhaft macht, daß weder er, noch die mit der Beaufsichtigung des Hundes beauftragte Person dies durch Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt haben verhindern können.“

H. **Stubbe** (SD.) und Genossen beantragen: den ganzen § 3 zu streichen und dem Antrage Dr. Cohen und Genossen als Absatz 2 einzufügen: 2. Hunde, welche ausschließlich bei Ausübung eines Gewerbebetriebes als Zugtiere gehalten und benutzt werden; Absatz 2 des Antrages von Dr. Cohen und Genossen wird Absatz 3.

Paul Gontard beantragt als § 17: § 17. Die Polizeibehörde ist befugt, an blinde, taubstumme oder alte, gebrechliche Personen, welche nicht in der Lage sind, die Hundesteuer zu bezahlen, aber eines Hundes zu ihrer Sicherheit, Führung und Bewachung oder ihrem Erwerb nicht entbehren können, die Steuer ganz oder teilweise zu erlassen. § 17 der Senatsvorlage wird § 18.

Stubbe (SD.): Die Begründung, daß durch die Steuererhöhung die Hunde mehr auf die Höfe gebannt seien, dürfte nicht ganz zutreffend sein. Es ist mancher gezwungen, hohe Steuern zu zahlen, der den Hund nicht entbehren kann. Die Steuer für Ziehhunde ist eine harte Ungerechtigkeit, weil sie fast nur wirtschaftlich schlecht gestellte Leute trifft. Falsche Angaben sind so leicht nicht zu befürchten. Noch schwerer werden die Leute auf dem Landgebiete getroffen, die nach Lage der Dinge den Hund gar nicht entbehren können und durchweg von der Hand in den Mund leben. Die Steuer auf Ziehhunde und Kettenhunde bitten wir daher nicht einführen zu wollen.

Falckenberg (L.) erzählt von schlechten Erfahrungen, die ein Hamburger Hundebesitzer mit der Altonaer Behörde gemacht hat, die ihn in Strafe nahm, weil sein versteuerter Hund am hellen Nachmittage in Altona auf der Straße umherlief und nach Hundeart Visiten machte. (Heiterkeit.)

Rafflenbeul (LZ.): Im allgemeinen schließe ich mich Herrn Stubbe an. Am liebsten möchte ich das ganze Gesetz ablehnen. Ich bin aber für Ausschußprüfung.

Dr. **Cohen** (L.) meint, daß durch seine Anträge die Ausschußberatung sich erübrige, wenn man ferner die Anträge Stubbe und Gen. und Gontard (zweiter) annehme. Gegen den Einwand, daß Hof- und Kettenhunde häufig und laut zu heulen pflegten, wendet Redner unter großer Heiterkeit des Hauses ein, daß sie das auch nach erfolgter Versteuerung tun würden.

Es wird ein Schlußantrag angenommen.

Gontard (LZ.) zur Begründung seines Antrages meint, daß vieles gegen Dr. Cohens Auffassung spreche. Deshalb empfehle er Ausschußberatung.

Es wird Verweisung an einen Ausschuß von 10 Personen beschlossen.

15. Antrag von Caesar Ehlers auf Niedersetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Feuersicherheit in den hiesigen Theatern.

Caesar Ehlers beantragt die Niedersetzung eines Ausschusses von 9 Personen zur Prüfung der Feuersicherheit in den hiesigen Theatern.

Heßlein (L.): Es genügt nicht, mehr Beleuchtung an Ein- und Ausgängen anzubringen, sondern Hauptsache sei, dem Publikum die Notausgänge auch bekannt zu machen.

Dr. **Wolffson** (R.): Es ist die letztwillige Verfügung eines früheren Fraktionskollegen. (Große Heiterkeit.) Herr Ehlers hat anscheinend nur vergessen, den Antrag, dem ich widersprechen muß, zurückzuziehen. Es handelt sich um einen unzulässigen Eingriff in die Verwaltung. Der Ausschuß würde ein ganz ungeeignetes Organ zur Prüfung der Frage sein. Die Bürgerschaft würde eine schwere Verantwortung der Behörde abnehmen und sich aufladen. (Sehr richtig!)

Rambatz (LZ.) wendet sich gegen Heßlein.

Th. Meyer (SD.): In den hiesigen Theatern (Thalia-, Stadt-Theater) sind geradezu Mausefallen vorhanden, aus denen es unter Umständen kein Entrinnen gibt, sogar in den Sperrsitzen. Ich bin gern erbötig, den Herren, die es angeht, diese Art Plätze zu zeigen. Ich kritisiere das öffentlich, damit die Behörde einschreiten kann.

Dr. Semler (LZ.): Zu solcher öffentlichen Kritik lag kein Anlaß vor; die Verwaltung des Stadt-Theaters hat alles getan, was erforderlich war. (Oho! links.)

Th. Menzel (L.): Dr. Semler ist sicher über Parterre und Sperrsitz hinausgekommen, sonst würde er sich nicht in dieser Weise gegen wirklich berechtigte Kritik wenden.

Th. Meyer (SD.) wendet sich gegen Semler, dem es freistehe, sich die Plätze anzusehen.

Dr. Semler (LZ.): Enge Plätze haben mit der Feuersicherheit nichts zu tun. (Oho!)

Rambatz (LZ.): Ein behördliches Versehen und Uebersehen liegt nicht vor. Es ist nicht anzunehmen, daß den sachverständigen Kommissionsmitgliedern wirklich schwere Mängel entgangen sein könnten.

Rohde (L.): Die Behörde hat m. E. nichts versäumt und den Direktionen der Theater große Pflichten auferlegt. Was Dr. Semler sagte, darf nicht unwidersprochen bleiben. Feuersicherheit und enge Plätze stehen in sehr nahem Zusammenhange, da es sich dreht um die rasche Entleerung der Häuser. Solche Anregungen sind durchaus am Platze; im übrigen sind unsere Theater gut.

Th. Menzel (L.): Die Zustände sind tatsächlich unhaltbar.

Der Antrag wird abgelehnt.

Um 10½ Uhr tritt Vertagung ein.

Vereine und Versammlungen.

Mauersteinarbeiter. Versammlung am 8. März bei O. Friedemann. Sallm erstattet den Bericht von der Generalversammlung und erklärt, daß, wenn nach den neuen Statuten die Mitglieder etwas mehr belastet würden, sie dagegen aber auch wieder Vergünstigungen hätten. Er bemerkte, daß die Auszahlung des Sterbegeldes rückwirkende Kraft hätte. Von verschiedenen Seiten wird betont, daß den Mitgliedern mit der Unterstützung zu wenig geboten würde, da verschiedene kleine Unterstützungsklubs in dieser Sache mehr leisten. Darauf wird der Anhang zum Statut, wie er auf der Generalversammlung angenommen ist, verlesen. Der Vorsitzende berichtet, daß in der letzten kombinierten Vorstandssitzung der Antrag, betreffend die Hauskassierung, auf der Tagesordnung war, derselbe aber noch nicht zum Abschluß gekommen ist, und ersucht die Vorstandsmitglieder, zu der nächsten Sitzung alle zu erscheinen. Filter wird als Kartelldelegierter wiedergewählt, zum Revisor H. Decher, zum Obmann für Eppendorf J. Steenbuck. Die Abrechnung ergibt für Februar einen Kassenbestand von M. 187,94. Auf Antrag Filter wird den Delegierten, welche auf der Schifferversammlung anwesend waren, pro Mann und Tag M. 10 bewilligt. Wegen Eintritt der Polizeistunde wird die Versammlung abgebrochen und soll demnächst eine Extra-Mitgliederversammlung stattfinden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 23. März. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Das Haus setzt die Beratung des Kultusetats fort. Die Zentrumsredner brachten eine Reihe von Beschwerden über die Inparität bei der Besetzung der Schulinspektoren- und Lehrerstellen vor. Regierungsseitig wird auf die stets wachsende Zahl der Inspektoren und Lehrer verwiesen und bemerkt, daß etwaigen Verschiebungen in der Bevölkerung allerdings nicht immer gleich Rechnung getragen werden könne. Gaigalat (Lithauer) wünscht in Zweiklassenschulen Religionsunterricht der lithauischen Kinder in lithauischer Sprache. Kultusminister Dr. Studt erkennt die loyalen Ausführungen des Vorredners an, bedauert aber, auf die Wünsche nicht eingehen zu können, die erstens dem Gesetz widersprechen, zweitens aber wegen Mangels an geeigneten lithauischen Lehrern unerfüllbar seien. Dann sei das Verhältnis der lithauischen Bevölkerung und der Regierung so gut, daß er bitte, dies nicht durch Anregung unerfüllbarer Wünsche zu trüben. Die weitere Debatte wendet sich der Zulage für die Lehrer in polnischen Landesteilen zu. Kreth (K.) beantragt, die Zulagen auch auf Ostpreußen und Schlesien auszudehnen. Frhr. v. Zedlitz (FK.) beantragt, an Stelle der Zulage lieber höhere Remunerationen zu gewähren. Ein großer Teil der Redner warnt vor dem Antrag Kreth, der zu weit gehe, erklärt sich dagegen mit dem Antrage Zedlitz einverstanden. Andere Redner sprechen sich gegen die Zulage in jeder Form aus, weil das zur Korrumpierung führen müsse. Im Laufe der Debatte wird die schwierige Stellung der Lehrer, die das erste Bollwerk gegen die großpolnische Agitation seien, von allen Seiten gewürdigt. Beide Anträge werden schließlich an die Budgetkommission verwiesen.

Beim Eintritt in die Beratung der Kapitel „Kultus“ und „Unterricht“ wird der gemeinsame Vertagungsantrag abgelehnt. Dippe (NL.) wünscht eine Erhöhung des Anfangsgehalts der Geistlichen. v. Wartensleben (K.) wünscht die Verteilung von Staatszuschüssen an Geistliche nach Bedürfnis. Kreitling (FVp.) spricht gegen die Staatsrente an den Lehrer-, Witwen- und Waisenfonds, die eine einseitige Begünstigung der evangelischen Geistlichen darstelle. Gamp (FK.) und v. Wartensleben (K.) treten für Erhöhung der geistlichen Gehälter und namentlich zunächst für die Vermehrung des Unterstützungsfonds ein. Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Um 5 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung des Kultusetats auf Dienstag, den 12. April.

Berlin, 23. März. (H. C.) Nach den letzten in London aus Kamerun eingetroffenen Nachrichten soll eine deutsche Garnison von 40 Mann unter einem weißen Offizier vernichtet worden sein. Eine gegen Batschima entsandte Abteilung, einen Häuptling, der sich geweigert hatte, eine gelinde Strafe zu zahlen, und eine freche Botschaft geschickt hatte, wurde von den Eingeborenen umringt und niedergemacht. Bewaffnet mit den eroberten Gewehren, marschierten 1000 Eingeborene gegen die Stadt Nsanakang. Die weißen Händler steckten, nachdem sie ihre letzten Patronen abgeschossen hatten, die Fabrik in Brand und gelangten auf Canoes nach Alt-Calaba, und damit auf englisches Gebiet.

Berlin, 23. März. (W. T. B.) Nach einer Meldung des Gouverneurs v. Puttkamer breitet sich der Aufstand am Croßfluß auf englisches Gebiet aus. Die englische Zollstation Obokum wurde am 10. März angegriffen. Oberst Müller mit zwei Kompagnien beherrscht vom Croßfluß aus die Lage.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Gegenüber unserer Feststellung, daß es sich bei der Bestellung der Wahlkuverts für Preußen einfach um die ordnungsmäßige Ergänzung der bei den vorjährigen Reichstagswahlen verbrauchten Bestände handelte, zieht sich der „Vorwärts“ auf die Behauptung eines württembergischen Blattes zurück, wonach für die fragliche Bestellung eine besondere Diskretion zur Pflicht gemacht sein soll. Diese „Tatsache“ sei von der „Nordd. Allg. Ztg.“ vertuscht und verleugnet worden. — Wir haben die angebliche Tatsache einfach deshalb nicht erwähnt, weil es der preußischen Regierung gar nicht in den Sinn gekommen ist, für die Lieferung der Wahlkoverts „eine besondere Diskretion“ zur Pflicht zu machen. Zu einer geheimen Behandlung der Angelegenheit war bei der ganzen Sachlage für die Regierung auch gar kein Grund vorhanden“.

Berlin, 23. März. (W. T. B.) Die „Berliner Korrespondenz“ meldet: Der Staatssekretär des Innern ersuchte die Bundesregierungen, durch Gewerbeaufsichtsbeamten eingehende Erhebungen über die Gesundheitsfragen, insbesondere über die Bleivergiftungs- und Staubgefahr, anstellen zu lassen, denen die Arbeiter der keramischen Industrie und der Emaillierwerke ausgesetzt sind.

Budapest, 23. März. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus nahm das Budgetgesetz pro 1903 in der General- und in der Spezialdebatte an.

Christiania, 23. März. (W. T. B.) Auf den Lofoten wütete fünf Tage lang ein überaus heftiger Sturm, der große Verkehrsstörungen verursachte. Zahlreiche Boote gingen verloren oder wurden beschädigt. Auch mehrere Menschen sind umgekommen.

Drontheim, 23. März. (W. T. B.) Bei Oernaes ist bei dem heutigen Sturm ein Boot untergegangen. Die aus fünf Mann bestehende Besatzung ertrank; ein Haus, in dem drei Personen sich befanden, wurde ins Meer geschleudert, die Insassen ertranken. Durch einen Schneesturm wurde ein Haus, in dem sich mehrere Kinder befanden, zertrümmert; ein Kind wurde getötet, die anderen kamen mit dem Leben davon.

London, 23. März. (W. T. B.) Unterhaus. Trevelyan fragt an, ob die Tibetmission im Begriff ist, vorzurücken oder ob Widerstand zu erwarten ist. Brodrick, Staatssekretär für Indien, antwortet, mir ist nichts von einer Aenderung der Sachlage bekannt, die Tibetmission wird bald weitergehen. Es bestand immer die Absicht, daß sie bis Guangtre vorrückt, um dort den chinesischen Kommissar zu treffen. Es ereignete sich nichts, was den Vormarsch hindern könnte. Lyttleton, Staatssekretär für die Kolonien, antwortet auf eine Frage bezüglich der Pest in Johannesburg und führt Telegramme Milners an, die besagen, die Krankheit beschränke sich auf das asiatische Viertel. Es bestehe begründete Hoffnung, daß der Ausbreitung energisch Einhalt getan werde. Die Minengegend sei bisher nicht berührt.

Lüttich, 23. März. (W. T. B.) Die Urheber des anarchistischen Attentats sind nunmehr festgenommen, sie legten bereits ein Geständnis ab. Es sind zwei französische Anarchisten namens Lambin, gen. Beaumanois, 1883 in St. Gilles-les Reims (Marne) geboren, und P. R. Gudefin, geb. in Paris im Jahre 1881. Lambin erlitt schon in Frankreich verschiedentliche Vorstrafen wegen Beschädigung öffentlicher Denkmäler. Er war auch 1903 an dem Bombenanschlage in Belleville beteiligt. In derselben Angelegenheit fand die Verhaftung eines gewissen Modeste Boutet aus Jemeppe-les-Liège statt. Boutet gewährte den beiden Anarchisten Unterkommen, bei ihm wurden auch die Bomben angefertigt. Nach ihren Angaben waren beide nach Lüttich gekommen, um Arbeit zu suchen. Das Attentat wollten sie begangen haben, um Rache für die Ausweisung der Anarchisten aus Belgien zu nehmen.

Pretoria, 23. März. (W. T. B.) Heute ist ein Kaffer an der Pest gestorben.

Der Krieg in Ostasien.

Tokio, 23. März. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Das Parlamentsmitglied Akiyama, Herausgeber eines die Regierung heftig bekämpfenden Blattes, ist wegen verräterischen Verkehrs mit Rußland angeklagt. Die Angelegenheit wurde einer Kommission des Abgeordnetenhauses zur Untersuchung übergeben.

Berlin, 23. März. (H. C.) Aus London meldet der „Lok.-Anz.“: Nach einer Meldung des „Daily Chronicle“ aus Niutschwang wurden bei der Beschießung der Forts von Port Arthur am letzten Donnerstag zwei Kanonen demontiert. Fünfzig Russen sollen gefallen sein.

Berlin, 23. März. (H. C.) Eine russische Militärkommission soll einer Nachricht aus Paris zufolge die an der Grenze des Kriegsgebietes aufgestellten chinesischen Truppen beobachten, um zu erfahren, ob Rußland auf die Neutralität dieser Truppen, die fast alle europäisch geschulten Abteilungen der chinesischen Armee umfassen, bauen kann. Ihre Zahl an der Westgrenze der Mandschurei und westlichen Mongolei beträgt 20 000 Mann. Die Pekinger Regierung hat die Ankündigung dieser geplanten russischen Mission bisher unbeantwortet gelassen.

Briefkasten.

F. R. Sie müssen sich danach bei dem Einwohner-Meldeamt im Polizeiamt, Königstraße, erkundigen.

Ein Scholeser Die Herrschaft darf nur für die jeweilig letzten beiden Monate die Beiträge für Kranken- und Invaliditätsversicherung abziehen.

Scholeser L. O. 16. 1. Verklagen Sie Ihren Auftraggeber auf Abnahme des Stuhles gegen Zahlung Ihrer Forderung. Dann, wenn Zahlung nicht erfolgt, lassen Sie den Stuhl durch den Gerichtsvollzieher pfänden und machen sich aus dem Erlös bezahlt, notabene — wenn soviel dabei herauskommt. Sie können auch ein Jahr warten und den Stuhl dann als herrenloses Gut und als Ihr Eigentum betrachten. 2. Die Forderung ist verjährt, wenn die Verjährung nicht durch Anerkenntnis der Schuld unterbrochen wurde. Vom letzten Anerkenntnis erfolgt Verjährung in vier Jahren.

F. 10, Barmbeck. 1. Geben Sie Ihre Adressen an und wiederholen Sie die Anfrage. 2. Der Speisewirt ist selbstverständlich zum Ersatz der Sachen verpflichtet.

Alter Scholeser. Wenn die Armenverwaltung zu der Beerdigung Beiträge leistete, kann sie das Sterbegeld mit Beschlag belegen, sonst nicht.

J. C. Skepsis heißt Zweifel.

Zwei Streitende. Darüber sind sich auch die Gelehrten noch nicht einig; doch neigt man allgemein der Anschauung zu, daß ein Wilhelm Tell in Wirklichkeit nicht gelebt habe.

Im Jahre 2000. Der Roman von Bellamy: „Rückblick auf das Jahr 2000“ erschien in der „Neuen Welt“.

H. Lau. Für Mitglieder des Vereins für Feuerbestattung kostet letztere M. 80, für Nichtmitglieder M. 120.

Zwei Streitende in Luthers „Wartburg“, Es heißt: Herzlichen Glückwunsch sendet . . .

Frau C. V., Geibelstraße. Wenden Sie sich an Frau Fenge, Langergang 56.

Ein alter Abonnent. Ihrem Wunsche, das Schema eines selbstgeschriebenen Testaments zu veröffentlichen, können wir nicht entsprechen, da die Schemata verschieden sind, je nachdem noch Eltern oder Kinder vorhanden sind, ob die Ehe vor oder nach dem 1. Januar geschlossen wurde. Interessenten können solche Schemata bei uns einsehen.

E. Dircksen. Wenden Sie sich an die Behörde für Invalidenversicherung, Altona, Rathaus.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Heinrich Markus Johannes Osbahr mit Frieda Elisabeth Collmorgen. — Friedrich Hermann Hinrich Habenicht mit Minna Lina Marie Galenholz. — Heinrich Johannes Nicolaus Hartje mit Anna Maria Neher. — Hans Heinrich Adolph Schmidt mit Anna Katharina Maria Klockmann. — Bernhard Carl Friedrich Schultz mit Rosa Bertha Auguste Hauck. — Otto Fritz Joachim Zarpentin mit Martha Helene Minna Marie Cordes. — Friedrich Ernst Bernhard Ahrendt mit Emma Catharina Friederike Barg. — Johannes Joachim Bolten mit Elise Hortense Laetitia Josephine Eugenie, geb. Meyer, verw. Mirow. — Emil Hagedorn mit Metta Christine Adelheid Offermann. — Peter Christian Wilhelm Hachmann mit Anna Marie Dettloff. — Heinrich Wilhelm Joachim Johann Schumacher mit Caroline Wilhelmine Dorothea, geb. Schröder, gesch. Waldmann.

Standesamt Nr. 2.

Peter Karl Wilhelm Zitzler mit Engelke Johanna Auguste Krümling. — Friedrich Wilhelm Tamcke mit Margaretha Dorothea Wilhelmine Wübbe. — Johann Heinrich Bebensee mit Ida Katharina Elisabeth Stange. — Henry Friedrich Möller mit Alice Frieda Mary Rode. — Heinrich Alfred Kröplien mit Anna Elisabeth Libeau. — Fritz Wilhelm Georg Richter mit Minna Louise Hawranek. — Carl Heinrich Louis Schwieger mit Dorothea Wilhelmine Henriette Dammann. — Ferdinand Josef Pribyla mit Marie Catharine Elisabeth Bering.

Standesamt Nr. 3.

Friedrich Erdmann Hans Fürst mit Margaretha Maria Barthels. — Gustav Adolf Werner Schmidt mit Katie Rodier. — Johann Friedrich Dittmer mit Minna Catharina Friedericke Düwel. — Willy Emil Heinrich Ludwig Engelmann mit Paula Auguste Wilhelmine Schröder. — Carl Schneider mit Dorothea Adolfine Johanna Herwig. — Max Johannes Ernst Pfundheller mit Marie Köck. — Wilhelm Hugo Hermann Metze mit Amanda Therese Rühmann.

Hamburg, den 22. März 1904.

Standesamt Nr. 9.

Hermann Gustav Kroll mit Martha Maria Brunkhorst.

Moorburg, den 21. März 1904.

Standesamt Nr. 19.

August Baumann mit Heinriette Kulnus.

Fuhlsbüttel, den 21. März 1904.

Standesamt Nr. 20.

Wilhelm Johann Friedrich Döscher mit Catharina Caroline Conradine Bolte. — Carl Gustav Ludwig Heinrich Mein mit Amalie Wilhelmine Friederike Kuhn. — Heinrich Hermann Gustav Belhe mit Johanna Lucile Ella Jürgens. — Heinrich Hans Christian Maaß mit Catharina, geb. Schierhorn, verw. Westfehling, früher verw. Bahlhorn. — Carl Arnold Wilhelm Moritz Ernst Boye mit Auguste Martha Ganzlin. — Reinhold Waldemar Richard Bruno Eichner mit Bertha Margaretha Metzger.

Hamburg, den 22. März 1904.

Standesamt Nr. 21.

Stefan Karl Csánki mit Hedwig Wilhelmine Lucie Heuer. — Conrad Heinrich Theodor Timmann mit Hedwig Katharina Scholz.

Standesamt Nr. 22.

Hermann Heinrich Brökel mit Anna Dorothea Schirner — Johann Friedrich Carl Hentschel mit Emma Behr. — Robert Gustav Max Christian Stahl mit Emma Pauline Hedwig Bradhering. — Leopold Wilhelm Johannes Rehder mit Henriette Anna Albertine Ritzer. — John Ernst August Harms mit Karoline Marie Dorothea Beese.

Hamburg, den 21. März 1904.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 23. März, 12 Uhr Mittags.

Thermometer (C.) Mittags	Maxim.	Minim.	Barom. (mm)	Wind	Atmosph.
+ 6.2	+ 10.4	+ 4.7	760,0	ONO	bedeckt

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg am 24. März:

Flut: 5 Uhr 15 Min. | Ebbe: 9 Uhr 45 Min.

Mutmaßliche Witterung am 24. März.

Nordwestdeutschland: Etwas kälteres, vorwiegend trübes Wetter mit schwachen bis mäßigen Winden aus nördlichen Richtungen. Vielfach Niederschläge.

Versammlungs-Anzeiger.

Donnerstag, den 24. März, Abends 8½ Uhr: **Lokalverein der Zimmerer,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Volksversammlung in Altona,** in den „Blumensälen“, Gr. Freiheit. — **Modelltischler,** bei Dehling, Eimsbüttelerstr. 12. — **Fabrikarbeiter, Eimsbüttel,** bei Struck, Fruchtallee 70. — Abends 9 Uhr: **Transportarbeiter, Hammerbrook-Rotenburgsort,** bei Speicher, Grünerdeich 165.

Anzeigen.

(Für den Anzeigenteil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Am Dienstag Morgen, den 22. d. M., entschlief durch plötzlichen Tod mein lieber Mann

Max Ott

im 24. Lebensjahre.

Tief betrauert von seiner **Frau u. Kind.**

Beerdigung findet am Freitag, den 25. März, Nachm. 2½ Uhr, v. d. Leichenhalle, Altona, statt.

Sparklub „Endlich präzise“ v. 1904.

Den Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß unser Mitglied

Peter Vieth

am 21. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. März, Nachmittags 3 Uhr, von der Altonaer Leichenhalle aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Die Beerdigung der Frau Mager findet nicht 3 Uhr, sondern 2½ Uhr statt.

Danksagung.

Für die uns anläßlich der Konfirmation von zwei unserer Kinder (Johann und Minna) so reichlich bewiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit allen Nachbarn und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

H. Giffey und Frau
nebst Sohn u. Tochter.

Bramfeld, im März 1904.

„Eureka“ ist und bleibt die Krone aller Waschmittel.

Ueberall erhältlich. — General-Vertreter: **Gebr. Bruhn,** Schweinemarkt 13, Telephon I, 1281 und 637.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes **W. Eckhoff** sage hierdurch allen lieben Verwandten und Bekannten, seinen Mitarbeitern, seinem Arbeitgeber **C. Rindelaub,** den Arbeitern der Wandsbecker Lederfabrik A.-G., den Kutschern von **J. Albers** und der Kakao-Kompagnie **Th. Reichard,** sowie Herrn Pastor **Heuer** für die am Grabe gesprochenen Worte meinen innigsten Dank.

Frau A. Eckhoff, geb. Jacobs, nebst Kindern.

Mitglied gesucht vom Beerdigungsverein „St. Anschar“.
Offerten a. d. Filiale E. Grosskopf, Lehmweg 51.

Zum bevorstehenden Umzug

ersuchen wir diejenigen unserer Abonnenten, welche ihre Wohnungen wechseln, ihre neuen Adressen **rechtzeitig und schriftlich** ihrem bisherigen Austräger oder einem der unten verzeichneten Filialleiter mitteilen zu wollen, damit in der pünktlichen Zustellung des „Hamb. Echo“ keine Unterbrechung eintritt.

Im Interesse einer geordneten Buchführung müssen wir dringend darum ersuchen, daß diejenigen Abonnenten, welche das „Echo“ wochenweise beziehen, auch **jede Woche den fälligen Betrag entrichten.**

Ferner ersuchen wir die Monats- oder Quartals-Abonnenten, mehr denn je darauf zu achten, daß den Austrägern der Abonnementsbetrag in der **ersten Hälfte des Monats** ausgehändigt wird.

Die Adressen der Filialleiter sind folgende:

Süd-St. Pauli bei
Carl Lementzow, Davidstraße 35.
Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei
Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsb.
Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und **Winterhude** bei
Ernst Grosskopf, Lehmweg 51, Eppendorf.
Barmbeck, Uhlenhorst bei
Theodor Petereit, Bachstraße 12, Barmbeck.
St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und **Schiffbeck** bei
Carl Ortel, Baustraße 26, Borgfelde.
Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und **Veddel** bei
Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook.
Eilbeck, Wandsbeck u. **Hinschenfelde** bei
Franz Krüger, Steinstr. 36, Wandsbeck.
Altona bei
Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona.
Ottensen, Bahrenfeld bei
Johannes Heine, Bahrenfelderstraße 140, Ottensen.

Die Exped. des „Hamb. Echo“.

Arbeitsmarkt

Schuhwaren.

Mehrere tüchtige
Verkäuferinnen
zum sofortigen Antritt gesucht.
Waarenhaus Hermann Tietz,
Gr. Burstah 12/14.

Mehrere tüchtige Former

gesucht.
J. C. Brandt Söhne,
Eisengiesserei, Schwerin.

Gesucht noch **2 tüchtige Vorrichter und Stepperinnen, 1 tüchtiger Putzer** als Nachputzer. **K. J. Oldhafer,**
Schuhfabrik, Cuxhaven.

Tapeziergehülfe, tüchtiger Polsterer, für dauernde Stellung gesucht.
Pedersen, Lindenstr. 52, St. G.

Marmorschleifer od. j. M., d. s. einarb. w., ges. **Frisoni,** Langereihe 108. 10-12 od. 5-7.

Gesucht tüchtige Marmorschleifer.
H. Stoop, Kl. Schäferkamp 38.

Hüte und Putz.

Mehrere tüchtige
Verkäuferinnen
zum sofortigen Antritt gesucht.
Waarenhaus Hermann Tietz,
Gr. Burstah 12/14.

Gesucht
mehrere tüchtige Rockarbeiter
auf Werkstätte.
Meyer & Ihde, Börsenbrücke 2, I.

Schneider k. h. Platz erh. Rostockerstr. 12, IV.

Ges. Schneidergesellen auf kleine Arbeit.
Gebr. Krogmann,
Lübeckerstraße 59, Wandsbeck.

Ges. tüchtige Rockarbeiter.
Isaacs, Altona, Kl. Elbstr. 14—16.

Tagschneider nur für Aenderungen gesucht.
Bär & Poszwa, Neuerwall 50.

Gesucht tüchtige Rockschneider.
Gr. Johannisstr. 17, I.

Hell. Fensterpl. f. Schneider. Hohe Bleichen 22, IV.

Tücht. Rockschneider a. Werkstatt sucht Heinr. Kolbe, Alterwall 12.

Rockschneider k. h. Platz erh. Anscharplatz 1, III.

Ges. Zurichterin M. 11. v. Bargenstr. 41, I., Wandsb.

Hamburg.

Zuricht. a. ½ Tage. Daselbst k. Zur. u. Wickelm. erlernt werden. Friedenstr. 15, 3. r., Eilbeck.

Ges. Zig.-Arb. a. Penn. M. 17. Marthastr. 48, pt. l.

Ges. 3 Zig.-Arb. a. Penn. M. 16. Schwenckestr. 31, 1.

Ges. Zur. a. ½ T. M. 5. Emilienstr. 12, 1. l.

Altona.

Gj. Zig.-Arb. a. H. M. 14, 25. Gählerstr. 28, Hs. 4, 2. r.

Ges. Z.-A. a. Penn. M. 18. Langenfelderstr. 12, Hs. 1.

Ges. Zig.-Arb. a. H. Schl. M. 18. Oeversee str. 16, 3. r.

Gj. Rapperstr. g. T. M. 11. Sommerhuderstr. 23, 1. r.

Arbeiter-Sekretär gesucht.

Für das am **1. Juli 1904** zu errichtende **Arbeiter-Sekretariat** für **Bremerhaven und Umgegend** suchen wir einen **Sekretär.** Selbiger muß vollständig seinem Amt vorstehen können. Anfangsgehalt nicht unter M. 1800. Bewerber, die mit den Verhältnissen in Hafenstädten vertraut sind, werden bevorzugt. Reflektanten wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit sowie unter Einsendung eines selbstgeschriebenen Aufsatzes, die Aufgabe eines Arbeiter-Sekretärs behandelnd, bis **spätestens den 1. Mai d. J.** beim Unterzeichneten melden. Gefällige Offerten sind mit der Aufschrift **„Arbeiter-Sekretär betr.“** zu versehen.

Das Gewerkschaftskartell von Bremerhaven und Umgegend.
J. A.: **Gust. Schröder,**
Bremerhaven, Am Hafen 83.

!? SCHIFFBECK ?!

und umliegende Ortschaften Horn, Billwärder, Steinbeck, Oststeinbeck, Oejendorf, Boberg und Habighorst — mit za. 15000 Einwohnern — bilden das ausschließliche Verbreitungsgebiet des „Lokal-Anzeigers“, Schiffbeck, Möllnerlandstraße 5; Fernsprecher: Amt Schiffbeck Nr. 6. — Insertionspreis pro 5gespaltene Petitzeile 15 ₰, auswärts 20 ₰. Abonnementspreis mon. nur 30 ₰. Proben. grat. u. franko.

LOKAL-ANZEIGER

Zahn-Atelier Heinrich Stemmann,

Neuer Steinweg 96, I.

Bei Kasse 10 pZt. Anfertigung von Zahnersatzstücken mit und ohne Gaumen. **Schmerzlose Behandlung wird zugesichert.** Preis pro Zahn M. 3. Plomben von M. 1,50. Zahnziehen mit Betäubung des Zahnfleisches M. 1. Umarbeiten schlechtsitzender Gebisse billigst. Reparaturen b. M. 1. **Teilzahlung gestattet, wöchentl. M. 1 oder monatl. M. 4.** Anzahlung nur M. 3. 5 Jahre schriftliche Garantie.

Zur gefälligen Kenntnis! Minderwertiges Material, sowie Zähne M. 1 resp. M. 1,50 werden in meinem Atelier nicht angefertigt.
Sprechstunden von 9 Uhr Vorm. bis 7 Uhr Abds., Sonntags von 9 bis 2 Uhr.

Ottensen.

Ges. Zig.-Arb. a. H. M. 19. Arnoldstr. 54, 2. r.

G. Z.-A. kl. Schr. Penn. 15. Karl Theodorstr. 20, Hp.

Ges. Zig.-Arb. a. Penn. M. 15. Roonstr. 9, 2. r.

Ges. Rapperstr. a. ½ T. u. 11 ₰. Rothestr. 105, 1. r.

Rohtabak-Lager.
Große Auswahl. — Billige Preise.
Wilh. Hain, ABC-Straße 12.

Domingo
pr. verz. 90 ₰, 95 ₰, rein Umbl. M. 1, 1,10.
Ottensen, Bismarckstraße 28.
Altona, Große Freiheit 22.
Hamburg, Schweinemarkt 27.

Raucht
Herbstoli Zigaretten
Pikant! * Aromatisch!

Rat u. Auskunft.
Anfertigung schriftlicher Arbeiten jeder Art.
Steinstr. 70, I. l. Täglich von 9—8 Uhr.

Auktion in St. Pauli.

Freitag, den 25. d. M., Nachmittags 3 Uhr, sollen **Erichstraße 37, Hinterhaus 10,** die zum J. D. H. Derheiber'schen Nachlaß gehörenden Gegenstände, wobei:
Sopha, Tische, Stühle, 2 Kommoden, Bettstellen, Betten, Kleiderschrank, Bücher, Herrenkleidungsstücke, Haus- und Küchengeräte usw. usw.
gegen gleich bare Zahlung verkauft werden.

Adolph Heilbut,
Taxator u. beeidigter Auktionator.
Altona, Hochstraße 32, II.

Prachtv. Säul.-Plüschgarn. M. 100, Tascheng. 130, Trumeau m. Stufe **35, Phantasieschrk.** m. Säul. **40, Muschelbettst.** m. ff. Fdr. **28,** Waschtisch m. Marmor u. Spieg. **20,** stark. Kleiderschrk. **22,** ff. eichene **Dielengarderobe 35, seidene Salongarnitur 375, Buffet 128.**
Pedersen, Lindenstr. 52, St. G.

Umst. halb. eleg. **Garnitur,** Phantasie- u. Kldrschr., 2 eleg. Bettst., Trum., spottbillig zu verk. **Lübeckerstr. 131, part. l.**

Eleg. neuer Hausst. m. engl. Bettst. weg. rückg. Heirat f. M. 200. **Lindenallee 54, I. r.**

Spottb. Sofa, Trum., 2 engl. Bettst., wie neu. Rosenhofststr. 7, pt. r. Vize.

Bettstelle m. Federr. M. 25, 1tür. Kleiderschrk. M. 28, 2tür. Kleiderschrank M. 40, Moquette-Garnitur u. Ausziehtisch bill. zu verk.
Schleusenstraße 15, part.

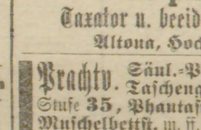
Hochfeine Singer-Nähm. zum Treten f. M. 20 zu verk. Steinstr. 40, Hs. 1, I. l.

Billig zu verk. e. eleg. Taschengarnitur, Jugendstil. Schleusenstr. 19, pt. l.

Pfandgeschäft, Pumpen Nr. 1,
geöffnet bis Abends 9 Uhr.
Vorschuß auf Fahrräder und Nähmaschinen.

St. Georg Pfand-Leihhaus
Brennerstraße 31.
Höchster Vorschuß auf Wertgegenstände aller Art, auch auf Mobilien, Pianos 2c.

Möbelstoff, Behrend,
Hamburg, Grossneumarkt 11.
En gros. En détail.



Urania-Fahrräder
feinste Marke, ff. Qualität.
Preise enorm billig.
Ebenso alle Fahrrad-Zubehör- und Einzelteile. X
Vertreter gesucht. — Katalog gratis.
Urania-Fahrradfabrik, Cottbus.

Für Herren!
Westen, Stück 75 ₰, M. 1, M. 1,25.
Sommer-Paletots, St. M. 6, 9, 12,
sowie sonstige Garderoben und Schuhwaren aller Art.
Der weiteste Weg lohnt sich nach
Kattrepel 2, zwischen Stein- u. Niederstraße.
Große Auswahl. Haltbare Sachen.

Möbeltransporte übernimmt zu den billigsten Preisen H. Santen,
Kl. Kielort 11, I.

Ganze Umzüge billigst, von M. 5 an.
Stelling, H. d. Landwehr 19, K.

Lager aller Sorten neuer
Bettfedern,
Daunen u. Eiderdunen.
Reine, reell gehaltene Waren.
Neue Federn von 40 ₰ pr. ℔ an.
Johann Feigl,
Gr. Bäckerstr. 13/15.

Rabatt-Bücher,
volle,
wie auch zur Hälfte gefüllte,
werden für den
vollen Wert
in Zahlung genommen.
Auch werden Rabattmarken aller Systeme ausgegeben.
Falk & Mengers,
Manufaktur und Konfektion,
Alter Steinweg 30/32.

Neue und elegante getragene
Herren-, Damen- und Kinder-Garderoben aus herrschaftl. Häusern, wie: Herren-Jacketts, Röcke u. Hosen v. M. 1,50 an, Herrenanzüge v. M. 5, 6, 7, 8 an, Sommerpaletots v. M. 4, 5, 6, 7 an, Radfahrerhosen v. M. 2 an, Westen v. 60 ₰ an, Hüte 50 ₰, gr. Auswahl in Fracks v. M. 4, 5, 6 an. Große Partie neue mod. Herren-Anzüge v. M. 15, 18, 20, 25, 30. Partie neue Jünglings-Anzüge, sowie Sommerpaletots, engl.-leb. Hosen und sonstige Arbeiter-Artikel. Große Auswahl in neuen Knaben-Anzügen v. M. 2,50 an, einz. Knabenhosen, Jacken und Blusen. Eleg. Damen-Straßen- und Ballkleider in Seide, Sammet, Wolle u. Kattun v. M. 3, 4, 6, 8 an, Damenröcke u. Sommer-Jacketts v. M. 1,50 an, Blusen v. 50 ₰ an, Kragen-, Staub- u. Regenmäntel v. M. 1,50 an, auch neue Kostümröcke u. Damen-Jacketts, Partie neue Kinderkleider u. -Jacketts. Einen guten neuen Herren-Anzug verkaufe ich immer M. 9 billiger.
Gr. Auswahl in Konfirmanden-Anzügen.
Hier kauft man alles billiger.
Alles zu billigen Preisen.

Das größte Lagerhaus
hier am Platze in dieser Branche.
Es lohnt sich der Weg von weit und breit nach **Vennsberg 22,** 3 Minuten vom Zeughausmarkt, und **Bartelsstraße 47,** Ecke Susannenstraße.

W. Schwarz, Reinigungs-Anstalt.

Hiermit erkläre ich, daß Herr Lindgard ein ehrlicher und rechtschaffener Mann ist. C. Hahn.

Halbfettes Kalbfleisch zu jeder Tageszeit. Idastr. 28, im Keller.



Hierdurch mache ich einem geehrten Publikum von Altona, Eimsbüttel und Umgegend, sowie allen meinen Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, daß ich das unter dem Namen

Storchnest,

Altona, Eimsbüttelerstraße Nr. 100,

allbekannte Tanzlokal mit Garten übernommen habe und lade zu recht zahlreichem Besuch freundlichst ein.

Hochachtungsvoll
H. Sielk.

NB. Halte mein Lokal zur **Abhaltung von Vergnügungen u. Versammlungen** unter **kulanten** Bedingungen **bestens empfohlen.**

Den verehrten Klubs und Vereinen

die gefl. Mitteilung, daß meine Lokalitäten, zwei schöne Säle, großer prachtvoller Garten und eine geschützte Doppel-Kegelbahn, noch für folgende Sonntage frei sind: am 1., 8. und 29. Mai, 19. Juni, 3. und 24. Juli.

Hochachtungsvoll
F. Schaafberg, „Schwarzer Walfisch“, Sande bei Bergedorf.

Auf Abzahlung
von M. 1 an,
Kleiderschrank od. Bettstellen,
Teppiche, Gardinen, Tischdecken.
117, I. Steinstr. 117, I. u. II.

Auf Abzahlung
von M. 1 an,
Mobilien u. Betten,
Herren- u. Damengarderoben.
117, I. Steinstr. 117, I. u. II.

Die köstlichsten
Speisen munden erst dann richtig, wenn sie in einem behaglichen, gemütlichen Heim genommen werden. Ich liefere komplette
Wohnungs-Einrichtungen
Einzelne Möbel und Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken
auf bequeme Teilzahlung,
die jeder Käufer selbst bestimmt.
Herren- und Damen-Konfektion
in reichster Auswahl auf
Kredit.



Reeperbahn 143.

Franz
Brück,
St. P., Reeperbahn 143,
gegenüber Carl Schultze-Theater.
Bitte Adresse genau zu beachten.

Zum Schutze des wirklich Guten

machen wir darauf aufmerksam, daß **unser** echtes Australisches Eukalyptusöl nur in **weissen Porzellanflaschen** à M. 1 in allen Apotheken und Drogerien zu haben ist. — Tausendfach bewährt bei Gicht, **Rheumatismus,** Asthma, Husten usw.
Mumm & Frerichs, Hopfenmarkt 26 u. Banksstr. 4.
Man achte auf die Firma.
Nachahmungen weise man zurück.

Strickmaschinen. Teilzahlung gestattet, Unterricht frei. **Leifermann, Stadthausbrücke 19.**

Nach 30tägiger Probe Retourwahme.
Neuheit! Gesetzlich geschützt.
Blitz-Börse
mit 4 Zahlstellen
übertrifft Alles.



Frei ins Haus gegen Einsendung von **M. 1,20** (auch Briefmarken). Nachnahme 20 ₰ mehr.

Nur bei uns zu haben.

Blitz-Börse führt die Geldstücke selbsttätig vor Augen, ein Herausfallen oder Verwechseln des Geldes rein unmöglich. Nur einen Druck und das gewünschte Geldstück kommt automatisch heraus. Dieser kleine **Geldautomat,** welcher überall die größte Bewunderung hervorruft, ist nicht größer wie obige Zeichnung, aus Messing, fein vernickelt, also bequem in der Westentasche zu tragen.

Katalog über Stahlwaren, Waffen, Haushaltungs-Artikel, Lederwaren, optische Waren, Spielwaren, Gold- und Silberwaren, Bürstenwaren, Musikwaren, Rauchutensilien, Schirme, Stöcke, Toilettenartikel und viele Neuheiten, versenden an jedermann umsonst und franko.

Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
Aeltestes Fabrikations-Geschäft Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Private.
Wiederverkäufer hohe Provision.

Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“.

Zucker.

Perlzucker, gemahlen	à ℔	19	₰
Kristallzucker, gemahlen	„ „	20	„
Raffinade, gemahlen	„ „	20	„
Farinzucker, do. (gelb)	„ „	19	„
Würfelzucker, I	„ „	23	„
Würfelzucker, II	„ „	21	„
Brodenzucker	„ „	23	„
do. im Ganzen	„ „	21	„

Früchte.

Scheibenäpfel	à ℔	40	₰
Stückenäpfel	„ „	40	„
Birnen	„ „	56	„
Apricosen, neue	„ „	62	„
Pflaumen, bosn.	„ „	28	„
do. calif.	à ℔ 40 u.	32	„
Mischobst	à ℔	40	„
Kirschen, saure, gest.	„ „	54	„
Bickbeeren	„ „	54	„
Hagebutten	„ „	70	„
Zitronen	3 Stück	10	„
Maggi, Suppenwürze	Flasche	35	₰
do.	„	65	„
do. **Nachfüllung,** Fl. 25 resp.		45	„
do. im Ganzen	Flasche	600	„

Größerer Verein,

za. 100 Personen, sucht für ein Vergnügen im Juni, Juli od. August e. Lokal in der Umgeg. von Hamburg. Off. m. Bedingung erb. Möhring, Sandweg 5, Hamb.

---

140 Bahrenfelderstr. 140.
Filiale des „Hamburger Echo“.
Zu dem bevorstehenden Schulwechsel zu Ostern empfehle ich meine **Buch- und Papierhandlung.** Lieferung sämtlicher **Schulbücher** und **Schulutensilien.** Große Auswahl in **Ränzeln, Fröbelmappen** u. **Reißzeugen.** Gr. Auswahl in **Ansichts- u. Gratulationskarten, Konfirmationskarten in Buchform mit Spruch** von **10** ₰ an. Bestellungen auf sämtl. **Mode-Journale** und sonstige **Zeitschriften** werden umgehend besorgt und zu **Originalpreisen frei ins Haus geliefert.**
Annahme von Buchbinder-Arbeiten.
Bestellungen von **Visit-** und **Verlobungskarten** werden **sauber** u. **prompt** ausgeführt.
J. Heine, Filialleiter des „Hamb. Echo“.

Thüringer Kräuterbitter
aus **Philipp Dressel's Destillation,**
gegr. 1807
Hildburghausen (Thüringen).
Wirksamster, prämiierter **Magenlikör.**
Hochfein! Aromatisch-bitter!

Liedertafel der Schiffszimmerer „Fortschritt“ v. 1890.
Sonnabend, 26. März 1904:
14jähr. Stiftungsfest
im Lokale des Herrn **Springborn**
(Tütges Etablissement).
Saalöffnung 8 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Succi
kommt.

St. Pauli Konzerthaus
vorm.
Hornhardt.
Der Affe
ADAM
aus Nordamerika als Gast.
Ausserdem
Lotte Mende
in ihrem Repertoire
und das erstklassige
März-Programm.
Vorverkauf bei **H. Bayer & Co., Oscar Wichers** u. an der Theaterkasse.

Theater.

Donnerstag, den 24. März:

Stadt-Theater. **Benefiz für Herrn Max Lohfing. Der Wildschütz,** Große Preise. Anfang 7½ Uhr.

Thalia-Theater. **Zapfenstreich,** Drama in 4 Aufzügen, von Beyerlein. Anfang 7½ Uhr.

Altonaer Stadt-Theater. **Die Anna-Lise,** Schauspiel in 5 Akten, von Hermann Hersch. Hierauf: **Wie die Alten sungen,** Lustspiel in 4 Akten, von Karl Niemann. Mittel-Preise. Anfang **7 Uhr.**

Carl Schultze-Theater. Direktion: **Tull & Schultze.** Anfang 7½ Uhr. Gastspiel der Wiener Operettengesellschaft des Direktors **Gabor Steiner.** Novität! **Frühlingsluft,** Operette in 3 Akten, von Josef Strauß. Hanni: Frl. **Mizzi Zwerenz.** Im 3. Akt: **Rosenhochzeit,** Ballett v. Louis Gundlach. Sonntag, Nachmittags 3½ Uhr: Bei sehr ermäßigten Preisen: **Die Fledermaus.** Adele: **Mizzi Zwerenz.**

Neues Operetten-Theater. Anfang 7½ Uhr. **Vorletztes Gastspiel Julius Spielmann. Der Vogelhändler.** Adam: **Julius Spielmann.**
Freitag: **Der Zigeunerbaron.**
Sonnabend: **Vorletztes Gastspiel Julius Spielmann. Benefiz für Herrn Kapellmeister Alex. Stefanides. Zum ersten Male in dieser Saison: Boccaccio.** Boccaccio: **Julius Spielmann.** Fiametta: **Marie Ottmann.**
Sonntag Nachmittag: Zu ermäßigten Preisen: **Eine Nacht in Venedig.** Abends 7½ Uhr: **Letztes Gastspiel Julius Spielmann. Boccaccio.**

Ernst Drucker-Theater. Anfang 8 Uhr. **Noch 3 Aufführungen.** Zum 96. Male: **Eine von der Straße,** modernes Sittenbild in 7 Abteilungen. Kindern Eintritt verboten. Zum Anf.: **Schuld u. Sühne,** Schausp.

Freitag, den 25. März:

Stadt-Theater. **Die Hochzeit des Figaro.** Große Preise. Anfang 7½ Uhr.

Thalia-Theater. Bei ermäßigten Preisen. **7. Vorstellung im Moser-Zyklus. Der Bibliothekar,** Schwank in 4 Akten. Anfang 7½ Uhr.

Altonaer Stadt-Theater. **König Heinrich,** in einem Vorspiel „Kind Heinrich“ und 4 Akten, von Ernst von Wildenbruch. Mittel-Preise. Anfang 7½ Uhr.

Deutsches Schauspielhaus.

Donnerstag, den 24. März 1904:
König Lear.
Ein Trauerspiel in fünf Aufzügen, v. Shakespeare.
Anfang 7 Uhr. — Ende nach 11 Uhr.

Freitag, Anfang 7 Uhr: **Wilhelm Tell.**
Sonnabend, Anfang 7 Uhr: **Maria Stuart.**
Sonntag: Nachmittags 2½ Uhr, zu ermäßigten Preisen: **Alt-Heidelberg.** — Abends 7 Uhr: **Wilhelm Tell.**
Voranzeige: Mittwoch, den 30. März. Zum ersten Male: **Rose Bernd,** Schauspiel in fünf Akten, von Gerhart Hauptmann.

Deutsches Schauspielhaus.

Die diesjähr. Abonnenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist zur Erneuerung ihrer Plätze am 31. cr. abläuft.
Abonnements-Anmeldungen für die Spielzeit 1904/05 werden werktäglich im Abonnementsbureau, Theater-Vestibül, Haupteingang Kirchenallee, Vormittags von 11—1 Uhr entgegengenommen. Abonnementsbedingungen und Personalverzeichnisse sind daselbst erhältlich.

HANSA-THEATER.
Noch 7 Tage:
La Motogirl
Salzer, Tortajada, Conchas, Angelos Porzellan-Imitationen, Ramsakoff's Ural-Kosaken
und das
März-Programm.
Anfang 8 Uhr. — Ende 10¼5 Uhr.
Vorverkauf bei **Käse** u. im Theaterbureau.

Henry Loebel's
Gemischter
Ausschank in den meisten Wirtschaften.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 71.

Donnerstag, den 24. März 1904.

Redaktion und Expedition: **Hamburg 1, Fehlandstraße 11.** — Verantwortlicher Redakteur: **Gustav Wabersky in Hamburg.**

Arbeiterbewegung.

Zu den Differenzen im Münchener Schuhmachergewerbe wird weiter gemeldet: Um Weiterungen hintanzuhalten, hat Gewerberichter Dr. Prenner von dem ihm nach dem Tarifvertrag zustehenden Rechte Gebrauch gemacht und für Montag Nachmittag nach dem Gewerbegerichtssaal eine Sitzung der Tarifkommission einberufen. Nach dreistündiger lebhafter Debatte einigte man sich dahin, daß der Lohntarif dahin erweitert wird, daß der Meister die Fournituren im bisherigen Umfang selbst zu stellen hat, daß Wartezeit nach Anmeldung bei dem Meister bezahlt wird und daß Kinder- und Salonschuhe und Kostümarbeit nach Stunden bezahlt werden. Weitere 21 Extra-Arbeiten wurden anstandslos zugebilligt. Die Ausständigen wurden verpflichtet, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Die Bautischler in Weißensee haben mit ihren Arbeitgebern eine Tarifgemeinschaft abgeschlossen. Dieselbe enthält die volle Anerkennung des von den Bautischlern vorgelegten Nettotarifes. Damit waren gleichzeitig die Differenzpunkte, die kürzlich zum Streik geführt hatten, für beide Teile erledigt, und ist die Arbeit von den Bautischlern am Montag wieder aufgenommen worden. Die Tarifgemeinschaft tritt mit dem 1. April d. J. in Kraft und gilt bis zum 1. Juli 1905.

Zum Bierkrieg in Crimmitschau, über den schon in gestriger Nummer im „Auswärtigen" berichtet wurde, sei noch folgendes mitgeteilt: Daß es sich bei dem Streit der Brauerorganisation mit dem Brauereibesitzer Mummert nur um Abwehr gegen einen auf die Zerstörung der Organisation gerichteten Plan handelt, wird haarscharf dadurch bewiesen, daß die Brauerei Mummert jetzt sämtliche organisierte Brauer auf die Straße geworfen hat. In den Brauereien mit Mälzereibetrieb werden nach Schluß der Mälzereikampagne Arbeiter überflüssig. Statt nun diejenigen zu entlassen, die zuletzt eingetreten sind, wurden zwei Arbeiter von der Entlassung betroffen, die bereits acht Jahre in dem Betriebe tätig waren. Beide waren organisiert, der eine sogar der örtliche Vertrauensmann. Die zuletzt Eingestellten waren aber nicht organisiert. Herr Mummert ging sogar so weit, einen Arbeiter, der 17 Jahre in dem Betriebe geschuftet hat, mit Entlassung zu bedrohen, wenn er der Organisation angehöre. Jetzt sind nun, wie gesagt, auch die übrigen Organisierten ohne Kündigung unter Auszahlung des vollen Lohnes sofort entlassen worden. Das ist derselbe verbohrte Unternehmerfanatismus, den wir auch bei den Textilbaronen beobachtet haben. — Uebrigens hat jetzt auch der Verlag des „Sächsischen Volksblattes" vom Amtsgericht Zwickau eine einstweilige Verfügung erhalten, welche sich mit Zweck und Inhalt mit der Verfügung deckt, die das Amtsgericht Crimmitschau in Sachen der Brauerei Mummert an die Mitglieder des Gewerkschaftskartells erlassen hat.

Die Lohnbewegung der Zimmerer in Elberfeld ist zu Gunsten der Gehülfen beendet. Es wurde ein Arbeitsvertrag vereinbart, der bis 1906 Gültigkeit haben soll.

„Immer frech und arbeitswillig". In Mannheim wurde ein „liberaler Arbeiterverein" gegründet, dessen 1. Vorsitzender sich mit seinen Streikbrecherdiensten in öffentlicher Versammlung rühmt und dessen Stamm notorische Arbeitswillige bilden. Wir gratulieren!

Darf sich die preußische Polizei alles erlauben? Im Saargebiet, und zwar in Sulzbach, beschlagnahmte die Polizei wiederum 20 000 für die Bergarbeiter bestimmte Flugblätter. Der Saarbrücker „Schleifstein" behauptet, das Flugblatt sei voll der empörendsten Schmähungen der Bergbehörden und ihrer Beamten. In Wirklichkeit ist es noch harmloser als das zuerst beschlagnahmte, denn alle die Stellen, von denen man angenommen hatte, sie könnten etwa die Beschlagnahme veranlaßt haben, sind im zweiten Flugblatt weggelassen oder geändert worden. Aber die Bergbehörde kann nicht die Wahrheit vertragen, und die Polizei hat dafür anscheinend Verständnis.

Den Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auf die Zeit vom 1. Juni 1902 bis 31. Dezember 1903 bringt die letzte Nummer des „Correspondenzblatt". In diesem Bericht heißt es unter anderem:

„. . . Trotz der in einzelnen Industriezweigen recht ungünstigen Konjunktur haben sich die gewerkschaftlichen Organisationen in ihrer Gesamtheit in überaus erfreulicher Weise entwickelt. Die Zahl der Mitglieder ist nicht nur bedeutend gestiegen, sondern die Organisationen sind im Innern ausgestaltet worden und haben besonders ihre Finanzkraft wesentlich gestärkt. Ende 1901 betrug die Mitgliederzahl nach der dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß vorgelegten Statistik 677 510. Im Jahre 1902 erhöhte sich die Zahl auf 733 206 und auch im Jahre 1903 ist eine bedeutende Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Soweit jetzt schon eine Uebersicht nach den Abrechnungen der Organisationen möglich, läßt sich eine Zunahme von mehr als 100 000 Mitgliedern in den Zentralverbänden im Jahre 1903 konstatieren. Wenn die Zunahme in den Verbänden, für die Abrechnungen noch nicht vorliegen, sich in gleicher Weise gestaltet, wie in den Organisationen, für die nähere Angaben schon gemacht sind, so wird die Mitgliederzunahme zirka 140 000 im Jahre 1903 betragen. Trotz ganz erheblicher Ausgaben, die einzelnen Organisationen dadurch entstanden sind, daß die Unternehmer Massenaussperrungen von Arbeitern, die Lohnforderungen stellten, vornahmen, hat sich auch der Vermögensstand der Organisationen verbessert. Ein Zeichen dafür, daß diese Taktik der Unternehmer, die darauf hinausgeht, die Finanzkraft der Gewerkschaften zu brechen, ihre Wirkung verfehlt hat. Die Organisationen sind heute ein Faktor im Wirtschaftsleben geworden. Eine Reichsbehörde, das Reichsstatistische Amt, hat mehrfach sich an die Generalkommission gewandt und um Mithülfe der Gewerkschaften bei statistischen Arbeiten ersucht. Neben einigen weiteren Anforderungen, die leichter erfüllt werden konnten, richtete das Amt das Ersuchen an die Generalkommission, die in den Gewerkschaften vorhandenen mit den Unternehmern vereinbarten Lohntarife zu sammeln und dem Amt zur Verfügung zu stellen. Es sollen diese Tarife systematisch zusammengestellt und dann, soweit erforderlich, durch das Amt im Wortlaut veröffentlicht werden. Auch hier sagten die Gewerkschaften zu, der Anforderung nachzukommen, und gelang es bis zum Januar 1904, dem Statistischen Amt insgesamt 923 Tarife zu übermitteln. Man mag, angesichts des sonstigen Verhaltens der Reichs- und Staatsbehörden gegenüber den Gewerkschaften, diesen Vorgängen keine allzugroße Bedeutung beilegen. Das eine ist jedoch sicher, daß, wenn die Hülfe der Gewerkschaften von Reichsbehörden in Anspruch genommen wird, man diesen Organisationen die rechtliche Anerkennung auf die Dauer nicht wird versagen können.

In Oberschlesien sind in den Einrichtungen zur Förderung der gewerkschaftlichen Agitation einige Aenderungen eingetreten. Nachdem von den Verbänden der Bergarbeiter und Maurer besoldete Verwaltungsbeamte für den oberschlesischen Industriebezirk angestellt worden sind, wurde energisch versucht, Versammlungslokale zu beschaffen. Es wurden Lokale in Beuthen und Kattowitz gemietet. In beiden Fällen erklärte die Behörde, daß die Lokale zu Versammlungszwecken nicht benutzt werden dürften. Daraufhin wurde beschlossen, das Sekretariat in das neugemietete Lokal in Beuthen zu verlegen. Der Vermieter des Lokals hatte jedenfalls darauf gerechnet, daß wir ihm die Miete für das Lokal zahlen würden, ohne es in Benutzung nehmen zu können. Als ihm erklärt wurde, daß der Arbeiterverkehr doch in das Lokal durch Verlegung des Sekretariats gezogen würde, hob er den Vertrag auf und händigte dem Vertreter der Generalkommission die vereinbarte Konventionalstrafe von M 300 ein. Ob diese Summe aus seinem Vermögen stammte, ist nicht erwiesen, aber nicht sehr wahrscheinlich. — In der gleichen Weise wurde nun bei dem Lokal in Kattowitz vorgegangen. Der Vermieter dieses Lokals hielt aber den Vertrag. Darauf wurde das Sekretariat nach Kattowitz verlegt, und es wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, das Lokal für die gemieteten Zwecke frei zu bekommen. In diesem Kampfe, in dem es nicht an heiteren Momenten fehlte, zeigte es sich deutlich, wie eigenartig die oberschlesischen Verwaltungsbehörden ihre Aufgabe auffassen. In Posen vollzog sich gleichfalls eine Aenderung in den Einrichtungen. Da die Bewegung sich dort soweit entwickelt hatte, um den lokalen Anforderungen aus eigener Kraft genügen zu können, wie auch aus einer Reihe anderer Gründe, verlegte die Generalkommission den Sitz der Agitationskommission von Posen nach Bromberg. Der Genosse Stößel wurde als besoldeter Beamter der Generalkommission angestellt und hat die Agitation in der Provinz Posen und dem südlichen Teile der Provinz Westpreußen zu betreiben. Die Agitationskommissionen in Danzig und Königsberg haben nur eine geringe Tätigkeit entwickeln können. Es fehlt hier an Kräften, die sich der Agitation in ausreichendem Maße widmen können. Die wenigen vorhandenen Kräfte sind völlig in Anspruch genommen. Eventuell wird auch für diesen Bezirk die Anstellung eines Beamten sich notwendig machen. In Elsaß-Lothringen ist die Zentralkommission bemüht, die gewerkschaftliche Organisation zu fördern. Die Erfolge sind aber noch geringe. Besonders ist es auch hier die reaktionäre Vereinsgesetzgebung und das Verhalten der Behörden, was den Erfolg beeinträchtigte. In gleicher Weise wird die Agitation in Saarabien durch behördlichen Einfluß behindert. Auch dieses industriell sich entwickelnde Gebiet muß der gewerkschaftlichen Organisation erschlossen werden und wird die Generalkommission unter Beihülfe der beteiligten Verbände in nächster Zeit ein Sekretariat in Saarbrücken errichten. Sodann ist auch das für das Sauerland mit dem Sitze in Iserlohn vorhandene Sekretariat von der Generalkommission in Verwaltung genommen. Dieses Sekretariat wurde bisher aus den Beiträgen der lokalen Organisationen erhalten. Infolge zweckmäßiger Agitation und der Aussperrung in Iserlohn sind diese Organisationen zu den Zentralverbänden übergetreten. Um das Sekretariat zu erhalten, verpflichteten sich der Deutsche Metallarbeiterverband und die Generalkommission, zunächst die erforderlichen Zuschüsse zu leisten, bis die Ausgaben aus den Extrabeiträgen, zu denen sich die beteiligten Arbeiter verpflichteten, gedeckt werden können. Dem Plan, für Rheinland-Westfalen mit dem Sitz in Elberfeld eine Agitationskommission einzusetzen, konnte die Generalkommission nicht zustimmen.

Die Statistik über Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften ist in der bisherigen Weise fortgeführt, desgleichen die Statistik über die Streiks. Diese hat es ermöglicht, einen genauen Vergleich mit der amtlichen Streikstatistik zu machen. Sowohl für 1901 als für 1902 ergab sich, daß die amtliche Statistik unvollkommen war. Es fehlten in beiden Statistiken über 300 Streiks, von denen die Gewerkschaften nachweisen konnten, daß sie stattgefunden hatten. Die Statistiken über die Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate sind unverändert fortgeführt. Auf Beschluß der Konferenz der Vorstände soll fortlaufend eine Statistik über die Lohnbewegungen aufgenommen werden. Diese Statistik wird das Wirken der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft deutlicher zeigen, als dies durch die Streikstatistik geschehen kann. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß die erste Aufnahme schon für das Jahr 1904 erfolgen kann.

Der vom letzten Gewerkschaftskongreß gefaßte Beschluß, in Berlin ein Zentral-Arbeitersekretariat zu errichten, wurde von der Generalkommission ausgeführt. Das Sekretariat ist am 1. Januar 1903 eröffnet und befindet sich in den von der Generalkommission gemieteten Räumen, so daß völlig dem Gedanken Rechnung getragen ist, daß das Sekretariat als eine Abteilung der Generalkommission zu gelten habe.

Die Auflage des „Correspondenzblatt" erhöhte sich von 10 900 im Mai 1902 auf 14 500 im Dezember 1903. Die italienische Zeitung L'Operaio Italiano erscheint in einer Auflage von 2000 Exemplaren im Winter und von 3400 im Sommer. Es ist wohl zu konstatieren, daß durch dieses Organ die Uebernahme von Streikarbeit durch die italienischen Arbeiter erheblich eingeschränkt ist und die Italiener für die gewerkschaftliche Organisation gewonnen sind. Ebenso günstig hat das polnische Gewerkschaftsblatt Oswiata in den Bezirken mit polnisch sprechender Bevölkerung gewirkt. Die Auflage des Blattes ist nicht groß, es erscheint nur in 2700 Exemplaren. Dem Bedürfnis der polnisch sprechenden Bergarbeiter, die den größten Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder, die nach Literatur in polnischer Sprache verlangen, stellen, wird dadurch Rechnung getragen, daß ein Teil der „Bergarbeiterzeitung" in polnischer Sprache erscheint. Dadurch ist die Zahl der Abnehmer des Blattes „Oswiata" verringert worden.

Die Generalkommission wurde vielfach herangezogen zu Verhandlungen, die bezweckten, Differenzen zwischen einzelnen Verbänden in der Hauptsache „Grenzstreitigkeiten" betreffend, auszugleichen. Teils veranlaßt sie, wenn solche Differenzen vorlagen, selbst eine Zusammenkunft der in Betracht kommenden Verbandsvorstände. Es gelang fast immer, die Differenzen beizulegen und eine Verständigung herbeizuführen. Des weiteren wurden von der Generalkommission in Gemeinschaft mit dem Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse" die Statuten für die Organisation zur Versicherung der in der Arbeiterschaft angestellten Beamten fertiggestellt. Diese Versicherungsorganisation fand bei den Gewerkschaften fast allgemeinen Anklang, und ist ihr der größte Teil der Gewerkschaftsbeamten beigetreten.

Die Abrechnung umfaßt die Zeit vom 1. April 1902 bis 31. Dezember 1903. Der Etat der Generalkommission hat im verflossenen Jahre nicht ganz die Höhe des Jahres vorher erreicht. Einnahmen und Ausgaben bleiben um zirka M 4000 zurück. Irgend welche Schlüsse auf die Finanzen und auf die Tätigkeit der Generalkommission lassen sich daraus nicht ziehen, denn die Ursachen können sehr verschieden sein. Bedenklich ist jedoch die Tatsache, daß die Einnahmen an Beiträgen der Gewerkschaften 1903 geringer sind als 1902, umsomehr, weil vom 1. Januar 1903 ab die erhöhten Beiträge in Anrechnung zu bringen sind. Die erhöhten Beiträge kommen zwar im verflossenen Jahre nicht voll zur Geltung, denn die meisten Gewerkschaften leisten ihren Beitrag erst nach Ablauf einer mehr oder weniger langen Frist, weil sie vor Fertigstellung ihrer Quartalsabrechnungen nicht berechnen können, welchen Beitrag sie an die Generalkommission zu zahlen haben. Ein Teil der erhöhten Beiträge ist jedoch im vergangenen Jahre mit zur Verrechnung gelangt, und trotzdem bleibt die Einnahme an Beiträgen um zirka M 3500 gegen das Jahr vorher zurück.

Einnahme und Ausgabe bilanzierten Ende 1902 mit M 129 004, Ende 1903 mit M 149 350. Für Streiks und Aussperrungen wurden außerdem M 11 720 eingenommen und ausgegeben.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 23. März.

Hamburg.

Die Wahlen der Arbeitnehmer-Beisitzer zum Gewerbegericht

finden für die **Wahlabteilungen III und V** am

Donnerstag, 24. März,

von 5 bis 9 Uhr Abends,

in den nachbenannten **Wahllokalen** statt:

Wahllokal I, Alstertor 2 (Marientaler Bierhalle).
„ II, Banksstraße 51 bei R. Hannemann.
„ III, Eckernförderstr. 42/43 bei F. Sierhagen.
„ IV, Eppendorferweg 160 bei E. Zacharias.
„ V, Schützenhof 4 bei F. Passon.

Jeder Wähler hat seine Stimme in dem Lokale abzugeben, wo er sich hat in die Liste eintragen lassen. Er kann nur an dem Tage wählen, wo seine Abteilung verzeichnet ist.

Zur **Wahlabteilung III** gehören: Maurer, Zimmerer, Glaser, Anstreicher, Gipser, Maler, Stukkateure, Dachdecker, Bauarbeiter (Abbruchsgeschäfte), Steinsetzer, Töpfer (Ofensetzer), Baggereiarbeiter usw.

Kandidaten des Gewerkschaftskartells sind:
Ewald Hildebrand, Baggerer, Billh. Röhrendamm 151,
Theodor Tonn, Maler, Hegestr. 46, Hs. 1,
Theodor Kloth, Bauarbeiter, Lokstedterweg 82, Hths.,
Hugo Gehbe, Maurer, Stresowstr. 92, Hs. 5,
Friedrich Arlom, Maurer, Lehmweg 4,
Arno Groß, Zimmerer, Eckernförderstr. 18, Hs. 5.

Zur **Wahlabteilung V** gehören: Hafenarbeiter, Getreidemesser, Kohlenmesser, Getreidearbeiter, Kohlenakkordschauerleute, Schauerleute, Speicherarbeiter, Kaiarbeiter usw., Maschinisten, (Dampfkraftvermieter), Handels-Transportarbeiter-Verband (Droschkenfuhrleute, Kutscher, Straßenbahner usw.), Kastenschutenschiffer usw.

Kandidaten des Gewerkschaftskartells sind:
Hinrich Schleef, Ewerführer, Kraienkamp 31,
Julius Heinecker, Speicherarbeiter, Speckstr. 56,
Carl Marquardt, Kohlenakkordschauermann, Altona, Friedrichsbaderstraße 30,
Heinrich Meulke, Kutscher, Süderstr. 95, Hs. 3,
Hans Paustian, Packer, Thüringerstr. 61,
Wilhelm Happ, Dampfkraftvermieter, Neumeyerstr. 7.

Zur Nachwahl im 14. Bezirk. Ein Blick auf die Wahlziffern vom 18. März d. J. zeigt, daß die bürgerlichen Parteien in den drei Jahren seit der letzten Wahl in dem Bezirk um keinen Schritt vorwärts gekommen sind. Auf die bürgerlichen Kandidaten entfielen im Jahre 1901 insgesamt 623 Stimmen, am 18. März 1904 ebenfalls genau 623 Stimmen. Dagegen sind die sozialdemokratischen Stimmen von 136 im Jahre 1901 auf 366 am 18. März 1904 gestiegen. Der gesamte Zuwachs an neuen Bürgern, 210, ist also der Sozialdemokratie zu gute gekommen, ebenso die stärkere Wahlbeteiligung, die im Verhältnis zu 1901 20 Wähler mehr an die Urne brachte, so daß sich der Gesamtzuwachs der sozialdemokratischen Stimmen auf 230 beläuft.

Eine Arbeitseinstellung mit vollem Erfolg unternahmen heute Morgen die bei der bekannten Möbelfirma Heimann beschäftigten Tischler und Maschinenarbeiter. Die Forderungen lauteten:
1. Der Minimallohn beträgt 50 ₰ pro Stunde.
2. Diejenigen, welche z. Zt. schon einen höheren Lohn als 48 ₰ pro Stunde haben, erhalten einen Aufschlag von 3 ₰ pro Stunde.
3. Bei Akkordarbeit gelangt der vereinbarte Lohn am Wochenschluß zur Auszahlung.
4. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstätte wird ein Aufschlag von 5 ₰ pro Stunde bezahlt.

Bei der Unterhandlung machte die Firma einige nichtssagende Zugeständnisse, worauf die Arbeit einmütig eingestellt wurde. Das hatte den Erfolg, daß die sämtlichen Forderungen anerkannt wurden. Nur unter Punkt 2 machte die Firma eine Einschränkung, indem der Aufschlag nicht auf 3 ₰ pro Stunde, sondern auf M. 1 pro Woche festgesetzt wurde. Die so geänderten Bedingungen wurden seitens der Arbeiter angenommen, worauf nach zweistündiger Unterbrechung die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Straßenverhältnisse in Eimsbüttel. Wie die „N. H. Z." mitteilt, ereignete sich vor zwei Jahren in Eimsbüttel ein interessanter Vorfall. Vom nordwestlichen Ende der Henriettenstraße führt ein schmaler Gang durch die Besitzungen von Schacht und Parey nach dem Heußweg. Bei starkem Schneefall wurde der Anlieger Parey aufgefordert, den Gang vom Schnee zu reinigen. Er lehnte dieses jedoch ab mit der Begründung, daß der Gang nicht zu seinem Grundstück gehöre. Als darauf dieselbe Aufforderung an den Anlieger Schacht gerichtet wurde, lehnte dieser ebenfalls ab mit den Worten: „De Gang is nich min!" Am nächsten Tage erschienen mehrere Staatsarbeiter, legten durch den Gang ein Gasrohr, stellten daselbst drei Gasglühlaternen auf, und von diesem Tage an gehört der Gang dem Staat. Die beiden Anlieger sollen ein recht verdutztes Gesicht gemacht haben, aber die Tatsache blieb bestehen und der Gang bleibt „Staatsgang". Um so mehr Befremden erregt es, daß die zwischen dem genannten Gang und der Emilienstraße belegene Strecke der Henriettenstraße, die längst an beiden Seiten bebaut ist, noch immer „Privatstraße" ist und weder beleuchtet noch gereinigt wird, wohingegen der übrige Teil der Henriettenstraße bis zum Schulweg „Staatsstraße" ist. Mehrfache Petitionen der Grundeigentümer an den Senat um staatsseitige Uebernahme der Straße sind bisher ohne Erfolg geblieben, und daher wird die staatsverlassene Gegend mit Recht „Am Ende der Welt genannt". Ob das immer so bleiben wird? — Die Straßenkreuzung Eichenstraße-Heußweg-Stellingerweg hatte bis jetzt ein schnurriges Aussehen, indem ein fast spitzwinkliges Dreieck eines Privatbesitzes mitten in die Straßenkreuzung hineinragt. Vor kurzem ist das Terrain in andere Hände übergegangen und ein auf demselben stehendes altes Gebäude abgebrochen worden. Der Staat hat nunmehr mit dem jetzigen Eigentümer ein Uebereinkommen geschlossen, nach welchem er gegen Austausch eines nördlich angrenzenden Gebietsteiles das verkehrsstörende Dreieck abtritt. Damit wird die bisherige Krümmung der Straße bei ihrem demnächstigen Ausbau beseitigt werden können.

Ueber die Radauszenen in der Versammlung des Evangelischen Bundes zur Vernichtung der Jesuiten lesen wir in den „Hamb. Nachr.": „Als einige fremde Elemente die Versammlung durch Zwischenrufe stören wollten, da wurde kurzer Prozeß mit den Störenfrieden gemacht, von fester Hand gepackt, wurden sie hinaus befördert." Herr Dr. Rode bemerkte in seiner Rede: „Wir sind auf die Einberufung der Protestversammlung hin, und wegen des Dringlichkeitsantrages hier verschiedene Postkarten und Briefe von katholischer Seite zugegangen, die zum Teil gegen die „lex Heinze" verstoßen würden. Unter anderem habe ich von einem hiesigen Doktor? (Name unleserlich) eine Postkarte vom 10. März (Postamt 19a) erhalten, in der es heißt: „In bezug auf Ihren Dringlichkeitsantrag über den § 2 des Jesuitengesetzes teile ich Ihnen mit, daß nicht eher Pardon gegeben wird, als bis der letzte Jesuit in seine Zelle zurückgekehrt ist." (Aus dem Hintergrund des Saales ertönen laute Bravorufe.) Die ganze Versammlung gerät in Erregung und springt unter lauten Pfuirufen von den Sitzen. Es entsteht ein großer Tumult, und man hört wie hinten im Saale einige Jesuitenfreunde unsanft aus dem Saale befördert werden. Die Glocke des Präsidenten (Oberamtsrichter Dr. Tesdorpf) ertönt, der die Versammelten dringend ersucht, ihre Plätze wieder einzunehmen. Redner ruft: „Es waren nur Evangelische eingeladen, nun spielen gar die Katholiken die Protestanten." (Bravo! Bravo!)

= **Zu den schlimmsten Blutsaugern,** die ihr Metier noch einträglicher machen als die berüchtigten „Landhaie", die Heuerbase, gehören die sich mit der Stellenvermittlung im Theatergewerbe befassenden Agenten. In welcher Provisionsschuldknechtschaft sich viele ausübende Künstler befinden, darüber hat wohl schon ab und zu die Presse berichtet, aber das unerhörte Ausbeutungssystem blüht nach wie vor, ohne daß die Künstler im stande wären, sich hiervon zu befreien. Einen tiefen Einblick in dieses unwürdige Verhältnis gewährt ein interessanter Prozeß, der in den letzten Tagen in Wien zum Austrag gekommen ist. Der Sachverhalt ist folgender: Durch Vermittlung eines Wiener Theateragenten erhielt vor vier Jahren ein bekannter Schauspieler ein Engagement am Deutschen Schauspielhause in Hamburg. Nachdem der Agent einen Brief an den Direktor Freiherrn von Berger geschrieben hatte, wurde ohne weiteres das Engagement perfekt und für diese aufreibende Tätigkeit bedang sich der Theateragent einen bedeutenden Prozentsatz der gezahlten Gage als Provision aus. Vier Jahre lang bezahlte der Künstler die Provision. In dem damals zum Abschluß gelangten Kontrakt befindet sich auch ein Passus, wonach bei jeder Verlängerung des Kontraktes, auch wenn hierbei der Agent garnicht mitwirkt, die gleiche Provision gezahlt werden solle. Wie man sieht, verstehen die Theateragenten ihr Geschäft aus dem ff. Als vor einigen Monaten der Schauspieler seinen Kontrakt mit Herrn v. Berger verlängerte, ohne daß der Agent irgend etwas dazu beitrug, verlangte der Agent auf Grund des erwähnten Passus „seine" Provision. Da der Schauspieler dieses unverschämte Ansinnen zurückwies, verklagte der Agent ihn beim Bezirksgericht in Wien auf Zahlung. Der beklagte Schauspieler ließ durch seinen Rechtsbeistand, Dr. Königsberg-Hamburg in der Klagebeantwortung folgendes geltend machen: Es sei wahr, daß er die betreffende Abmachung unterschrieben habe, ohne dabei etwas zu denken. Diese Abmachung verstoße aber gegen die guten Sitten und sei deshalb rechtsungültig. Wenn ein Agent für das Schreiben eines einzigen Briefes unter Umständen einen Schauspieler, falls er ständig seine Kontrakte verlängere, zeitlebens tributpflichtig machen könne, so verstoße dies doch sicher gegen die guten Sitten. Daher könne ein solcher Vertrag auf Rechtsverbindlichkeit keinen Anspruch machen. Das Gericht schloß sich diesen Erwägungen im wesentlichen an und erkannte auf kostenpflichtige Abweisung des Klageanspruchs. Dieser Entscheid ist von prinzipieller Bedeutung, denn wie wir hören, gedenken noch mehrere sich in gleicher Situation befindende Künstler den Klageweg zu beschreiten, um sich aus den Fangarmen des Vampirs zu befreien. Hoffentlich schließen sich auch deutsche Gerichte dem Urteil des Wiener Gerichts an.

Unglücksfälle. In der Mansteinstraße stürzte ein Maurergeselle aus der Volksdorferstraße von einem Neubau, erlitt schwere Verletzungen und wurde nach dem Eppendorfer Krankenhause geschafft. — Einem Ewerführer fiel beim Verladen von Säcken beim Fleet an der Brandstwiete ein Sack auf den Unterkörper. Der Mann erlitt schwere Verletzungen und fand im Hafenkrankenhause Aufnahme.

Die Leiche einer weiblichen Person wurde in der Bille bei Billwärder aufgefunden. Die Tote kann etwa drei Wochen im Wasser gelegen haben. Das Alter der Toten wird auf 50 Jahre geschätzt. Die Wäsche ist F. S. gezeichnet. Man brachte die Leiche ins Hafenkrankenhaus.

Durch einen Sturz in den Raum des Schnelldampfers „Fürst Bismarck" hat der Aufwäscher Heinrich Bamberg sich eine schwere Gehirnerschütterung zugezogen. Er fand Aufnahme im St. Georger Krankenhause.

Ein Rowdy wurde in der Person eines Bleicherknechts festgenommen, der in Ohlsdorf eine Frau nach voraufgegangenem Wortwechsel in eine Spiegelscheibe geworfen hatte, wobei sich die Frau verschiedene Schnittwunden zugezogen hatte. Sie fand in einem Krankenhause Aufnahme, der Rowdy jedoch ein Quartier in Nummer Sicher.

Viel auf dem Kerbholz scheint ein am Neuen Steinweg verhafteter Bettler zu haben. Er ist nach den angestellten Ermittlungen nicht nur aus Hamburg ausgewiesen, sondern wird von auswärts auch steckbrieflich verfolgt.

Aus dem Fenster gestürzt ist gestern Nachmittag das Dienstmädchen Dora Belt, Raboisen 90. Das Mädchen, das beim Fensterputzen den ihm zur Verfügung stehenden Sicherheitsgürtel nicht benutzte, erlitt erhebliche Verletzungen und wurde in das Krankenhaus St. Georg gebracht.

Verfolgt wurde des Diebstahls einer Diamantbrosche wegen ein Fensterputzer. Die Polizei ermittelte ihn in Köln, nahm ihn nebst seiner Braut in Haft und transportierte die beiden hierher. Die Brosche war in Bremen für M. 160 versetzt worden.

Feuermeldungen. Dienstag, Vormittags 11 Uhr, Steinstraße 80 Schornsteinbrand; Abends 9 Uhr Hammerlandstraße 134 eine Holzkiste; Abends 9½ Uhr Kampstraße 18 Balkenbrand; am Mittwoch Nachmittag 2½ Uhr Vierländerstraße 146 Schornsteinbrand.

Bill und Bob, die beiden Einbrecher,

oder:

Wie man auch Schauspieler werden kann.

Eine amerikanische Geschichte.

Von Neo Nemo.

(Nachdruck verboten.)

Bill und Bob waren zwei wirkliche, echte Einbrecher! Trotzdem ist der Leser nicht genötigt, ihnen jede Sympathie von vornherein zu versagen, denn sie waren nie bei Kasse. Worin dieser fatale Zustand seinen Grund fand, entzieht sich leider der Einsicht des Verfassers. Ebenso hat er nicht in Erfahrung bringen können, wodurch Bill und Bob auf diese abschüssige Bahn der ultraindividualistischen Weltanschauung gekommen sind.

Sicher aber ist, daß sie sich in der Nacht vom 18. zum 19. Februar des Jahres 1900 durch verschieden geformte Brecheisen und zerschlagene Fensterscheiben unbefugten Zutritt zu dem Palast-Theater einer großen Stadt im Südosten verschafft hatten.

Um 4 Uhr Morgens löste sich dank ihrer erfolgreichen Bemühungen die Hinterwand des direktorlichen Geldschranks und es starrten ihnen die Stahlkammern in gähnender Leere und Oedheit entgegen. Bill gab einen Fluch von sich, welcher der Zunge eines normalen Menschen und auch der Feder des Chronisten dieser wahrhaften Begebenheit unüberwindliche Schwierigkeiten bietet. Bill jedoch entwickelte dabei eine wahrhaft erschreckende Sprachgewandtheit, woraus unzweifelhaft hervorgeht, daß er ihn bei ähnlichen Gelegenheiten schon recht oft geübt hatte.

Bob aber griff ins unterste Fach und brachte ins Licht der Blendlaternen etwa 300 dramatische Manuskripte, die da unten der Prüfung und Aufführung seit langen Jahren harrten, denn fingerdicker Staub bedeckte sie, was bei einem Geldschrank allerhand besagen will. Bob nahm grimmige Rache an dem Theaterdirektor, der sich unterstand, trotz hervorragend guter Einnahmen eine leere Kasse zu haben. Mit einem teuflischen Zug auf den bartstoppelumrahmten Lippen schleppte er all' die vielen ungelesenen Dramen sehnsüchtig wartender Dichtersleute zum Schreibtisch des pflichtvergessenen Direktors, lagerte sie in bunter Reihe darauf und schrieb in den Staub des zu oberst liegenden die schweren injuriösen Wörter:

Betrüger!
Bummler!

Bill betrachtete das Tun seines Kollegen mit unverhohlenem Aerger, biß sich mehrmals auf die Lippen und wischte sich mit dem Aermel die Schweißtropfen von der Stirn. Dann knurrte er: „Wieder vier Stunden umsonst gearbeitet!"

„Gehen wir doch mal nach den Garderoben", schlug der optimistische Bob vor.

„Garderoben?!" meinte verächtlich der andere, „bei Schauspielern ist nie etwas zu holen."

„Aber bei den Schauspielerinnen."

Bill zog nur die Schultern in die Höhe. Dann gingen die beiden auf die Suche.

Nach einer halben Stunde trafen sie sich in dem größten der Ankleideräume in der Garderobe der Diva. Der naive Bob wies als einzigen Erfolg seines Beutezuges ein paar blitzende Ohrringe, die Bill, der Skeptiker, sofort als unecht erkannte und wütend in die Ecke schleuderte. Er selbst hatte nämlich gar nichts des Mitnehmens für wert erachtet und saß schon längere Zeit gänzlich beschäftigungslos und daher finster brütend auf dem zierlichen Rokokosofa.

Bob sah sich zu der Frage genötigt: „Hast Du hier schon alles durchsucht?"

Bill antwortete nicht. Hätte er nur noch drei Minuten länger über seinem ausdauernden Pech gebrütet, so wäre er höchst wahrscheinlich zu dem Entschluß gekommen, diesen armseligsten aller Musenställe in Brand zu stecken; aber ein Freudenschrei verhinderte noch das Unglück.

Bobs ausgezeichneter Spürsinn hatte unter dem Sofa etwas entdeckt, das zu den schönsten Hoffnungen berechtigte: ein sorgsam verschnürtes Paket von der Größe eines Handkoffers. Es wurde von ihm auf den Tisch gehoben und gab dabei einen sonderbaren Klirrklang von sich, auch das erhebliche Gewicht schien auf einen wertvollen Inhalt zu deuten. Unter Bobs flinken Händen fielen die ungewöhnlich zahlreichen Papierhüllen eine nach der anderen. Zuerst kam ein Brief zum Vorschein, den Bill sofort mit angespanntem Interesse überflog. Graf Galanterini erlaubte sich darin seiner „Teuersten, Angebeteten, dem Stern seines Lebens und des Palast-Theaters" ein Präsent anzukündigen, das bei allen anderen Vorzügen auch eine besondere Originalität zu beanspruchen wage. Nach der Lektüre des Briefes griff Bill mit starken Fäusten in das Bobsche Einhüllungswerk ein und nach weniger als sechs Atemzügen zeigte sich der Inhalt des geheimnisvollen Pakets: Ein Dutzend Flaschen Eau de Cologne, prima Qualität!

Bill sank zähneknirschend auf die Polster; er sah seine streng individualistische Weltanschauung in Trümmer gehen. Denn was nützt in Amerika die schönste Weltanschauung, wenn man damit keine Geschäfte machen kann!

Bob ging der Seelenschmerz seines lieben Kollegen tief zu Herzen. Traurig ließ er seine Blicke über die Batterie der wohlriechenden Flaschen gleiten. Seine Stirn furchte sich und ein hülfreicher Einfall brach sich hindurch.

„Bill!" rief er, entkorkte eine Flasche und prüfte ihren duftigen Inhalt mit einem langen Schluck, „Bill, das Zeug schmeckt gar nicht so übel. Trink, daß Du auf andere Gedanken kommst!"

Bill aber stieß den Versucher unwirsch von sich.

„Trink", mahnte Bob dringender und bekräftigte es durch einen neuen, längeren Schluck, „wenn die Damen das Zeug trinken können, wirst Du dich doch davor nicht fürchten!"

Das griff an Bills Ehre und er trank, und da der Tropfen wirklich nicht schlecht war, trank er gleich die ganze Flasche leer, was Bob veranlaßte, gleich zwei andere zu öffnen.

Die nun folgenden Vorgänge vermag der gewissenhafte Verfasser nicht zu schildern, denn die beiden einzigen Augenzeugen verloren ziemlich schnell ihr sonst so scharfes Beobachtungsvermögen. Sicher ist nur, daß Bill gegen 6 Uhr Morgens der individualistischen Weltanschauung endgültig den Abschied gab, mit einem Frisiermantel und einem Amazonenhelm geschmückt durchaus hinunter auf die Bühne wollte, um sich seinen lieben Mitmenschen als Lohengrin vorzustellen, von Bob aber mit aller Gewalt zurückgehalten wurde, was ein heftiges Schießgefecht mit gefüllten Pomadeschachteln und ähnlichen Toiletteartikeln einer Primadonna zur Folge hatte, wobei der letzte Rest der Originalität des gräflichen Geschenks vertilgt wurde.

Märchenhafte Stille lagerte über dem Gemach, als sich am 19. Februar 1900 die Sonne am Osten erhob. Als sie aber nach zwei Stunden freundlichen und friedlichen Scheinens endlich so hoch gestiegen war, daß sie durch ein kleines Theaterfenster auf ein zierliches Rokokosofa scheinen konnte, da soll sie nach der Aussage des Professors Kollerkopf, der in diesem Augenblicke auf der Sternwarte den Dienst versah, eine ganz entsetzte und entsetzliche Fratze geschnitten haben. Professor Trillerstift bestreitet es zwar, jedoch hat die darüber ausgebrochene Preßfehde noch nicht genügend Material beigebracht, die Aussagen des Professors Kollerkopf in Zweifel ziehen zu dürfen. —

Als der Theaterdirektor in sein Bureau trat, entfernte er zuerst mit ruhiger Gelassenheit Bobs naseweise Fingerspuren von dem staubigen Drama des ungelesenen Autors, ließ den demolierten Geldschrank nach der Fabrik und einen neuen nach dem Theater schaffen. Dort hinein kamen auch die Dramen. Aber er verschloß den Schrank nicht, um in Zukunft ähnlichen Zerstörungsversuchen vorzubeugen.

Dann setzte er sich, als sei nichts weiter vorgefallen, an seinen Schreibtisch und berechnete, daß ihm der andauernde Ungeschmack des Publikums einen horrenden Jahresüberschuß sicher stellte. Schon zum 51. Male wurde das liebliche Stück: „Die keusche Milla" gegeben, und noch immer stürmte man die Kasse mit wachsender Vehemenz. Und die Diva würde ihm schon treu bleiben, denn sie bezog eine fürstliche Gage und nicht nur die Rolle, sondern das ganze Stück waren ihr geradezu auf den wunderbaren Leib geschrieben. Andere Vorzüge sollte sie Gott sei dank nicht besitzen.

Schon eine Stunde vor Beginn der Vorstellung war das Theater gefüllt. Um den letzten Platz hatten nicht weniger als dreizehn Vorkämpfe stattgefunden.

Da aber geschah etwas derartig Aufregendes, daß der Direktor und der Regisseur sich beide zehn Minuten lang verzweiflungsvoll die Haare rauften, natürlich nicht gegenseitig.

Auf der Schwelle ihrer Garderobe war nämlich die gefeierte Diva von einer tiefen Ohnmacht befallen worden, die sie wortlos in die Arme ihrer Kammerfrau sinken ließ. Ohne Verzug mußte die zartnervige Dame in ihre Wohnung gebracht werden, wo sie erst durch die vereinten Anstrengungen der vier ersten medizinischen Autoritäten der Stadt endlich ins Bewußtsein zurückgerufen werden konnte. Herzaffektion, hervorgerufen durch plötzlichen Schreck, lautete die Diagnose, und eine sechsmonatliche Ruhepause in Nizza war das mindeste, was man zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit fordern mußte.

Mit schlotternden Knien und hörbarem Zähneklappern empfing der Direktor diese Hiobspost.

Auf die Schultern des Regisseurs gestützt, wankte er zum Guckloch im Vorhang und stierte ins Publikum hinein, dessen Stimmung sich in Erwartung der kommenden Genüsse von Sekunde zu Sekunde hob.

„Sie müssen die Vorstellung absagen", meinte der Regisseur.

„Unmöglich!" röchelte der Direktor, „sie schießen mich auf der Stelle nieder!"

„Aber es bleibt kein anderer Ausweg. In einer Viertelstunde muß die Vorstellung beginnen oder sie stürmen uns die Bühne. Um andere Requisiten herbeizuschaffen, brauche ich mindestens eine halbe Stunde. Und welches Stück sollten wir auch geben? Es fehlen ja doch die Kräfte dazu. Sie müssen das Geld zurückgeben und das Publikum nach Hause schicken. Und jede Kugel trifft ja nicht."

„O diese Kanaille!" zischte der Direktor, wobei unentschieden blieb, ob er damit das Publikum, das Geld, die Diva oder die fehlgehende Kugel gemeint hat.

Da kam eiligen Laufes ein Statist und flüsterte dem Direktor eine neue Schreckensbotschaft ins Ohr, denn dieser erbleichte trotz der Dunkelheit der Bühne. Dann aber schoß in seinen gesamten Habitus ein neuer Strom kräftigsten Lebens. Er hatte einen genialen Einfall, denn es soll unter den amerikanischen Theaterdirektoren Leute geben, die sich etwas einfallen lassen können. Auf dem alten Kontinent soll diese Art Menschen allerdings noch seltener sein.

(Schluß folgt.)

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Ein deutscher Volkshochschultag fand in Wien statt. Auf demselben erstatteten Vertreter aus österreichischen Universitätsstädten, sowie aus Freiburg i. B., Greifswald, Jena, Heidelberg, Leipzig und aus Zürich Berichte über die bisher mit volkstümlichen Universitätskursen erzielten Erfolge. Professor Penck-Wien gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen dem österreichischen und dem deutschen Verbande für Hochschulkurse immer innigere werden möchten. Professor Fuchs-Freiburg betonte, daß die reichsdeutschen Delegierten in Wien, das auf diesem Gebiete vorbildlich sei,

Diebstähle. Am Dresdener Ufer wurden drei leere Naphthafässer gestohlen; von einem Platze am Versmannkai sechs Tauben; mittels Bodeneinbruchs Bohnenstraße 1 Damengarderobenstücke und eine türkisch gemusterte Decke; einem Sandschiffer am Elbdeich eine Dogge im Werte von M. 200; von einem Rollwagen in der Amelungstraße ein Ballen echtes blaues Mützentuch von 33½ Meter Länge im Werte von M. 117.

Ueberradelt wurde gestern auf dem Großneumarkt ein dreijähriges Kind, das dabei Verletzungen am Ellbogen davontrug. Der Radler entkam leider durch die Flucht.

Eine Schauermann ertrunken? Am 17. d. M. ist am Kirchenpauerkai, in der Nähe des Schuppens 30, an den Pfählen treibend, eine Schürze und eine Blechkaffeeflasche gefunden worden. Man vermutet, daß ein Schauermann ertrunken ist, doch waren die bis jetzt angestellten Ermittlungen erfolglos. Alle, die hierüber nähere Angaben machen können, werden ersucht, im Stadthaus, Zimmer 30, Meldung zu machen.

Wandsbeck.

× **Auf der Straße vom Tode ereilt** wurde gestern früh die in der Josefstraße wohnende verwitwete Kochfrau Claussen; ein Schlaganfall setzte ihrem Leben ein Ende.

× **Durchgegangen** ist gestern in der Kampstraße das Pferd eines Kohlenhändlers mit dessen Lastwagen. An der Ecke der Bramfelder- und Volksdorferstraße scheute das Pferd vor einer Milchkarre, wodurch es plötzlich zum Stehen gebracht wurde. Hierbei wurde sowohl der Wagen wie das Pferd arg beschädigt.

× **Das Gehalt des Friedhofaufsehers** ist von M. 600 auf M. 700 p. a. erhöht worden.

× **Das Anzünden dürren Grases** betreiben augenblicklich vielfach spielende Knaben, z. B. auf den Feldwegen zwischen dem Gehölz und der Bahn hinter dem Krankenhause, auf der Barmbecker Feldmark und auch sonst an wenig belebten Orten. Abgesehen davon, daß unter Umständen leicht einmal größeres Unheil angerichtet werden könnte, geraten Bäume, Büsche, Knicks und Hecken in die Gefahr, beschädigt oder gar vernichtet zu werden. Eltern und Lehrer werden daher gut tun, die Kinder auf das Schädliche solchen Treibens aufmerksam zu machen.

× **Aus dem Schöffengerichte.** Sitzung am 23. März. Vor einiger Zeit fand in einer Sonntag Nacht in der Lübeckerstraße eine wüste Schlägerei statt, bei der, wie man zu sagen pflegt, die Hunde das Blut lecken konnten. Heute fand die Sache vor dem Gerichte, wie üblich, ihren Abschluß. Alkohol hat natürlich eine Hauptrolle gespielt. Der Koppelknecht R. geriet, anscheinend eines weiblichen Wesens wegen, mit Passanten in Differenzen, die zu Handgreiflichkeiten ausarteten, flüchtete, ward verfolgt und auf einem dunklen Hofe, offenbar mit scharfen Gegenständen fürchterlich zugerichtet. Seine Gegner hatten sich heute wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung zu verantworten und wurden zu sehr empfindlichen Freiheitsstrafen verurteilt. Es erhielten der Tischlergeselle Knaack vier, der Arbeiter Sieck und der Maurergeselle Hartmann je 2 Monate Gefängnis. — Drei junge Knechte haben in angeheitertem Zustande die Stallung eines Bramfelder Wirtes als Objekt ihrer Kraftproduktionen benutzt, wobei u. a. die Dachrinne in die Brüche ging. Sie müssen ihre Ungebührlichkeit mit je M. 6 Geldstrafe sühnen. — Ein Schuljunge ist von unwiderstehlicher Neigung zum Radeln besessen; er hat aber kein Rad. Nun besaß ein Freund ein solches Vehikel, das leider unvollkommen war, denn der Luftreifen fehlte. Schnell entschlossen löste der radelsüchtige Junge einen solchen Reifen von dem in einem Schuppen stehenden Rade eines Gärtners, und nun konnte das Strampeln losgehen. Heute bekam der Junge die Schattenseiten dieses eigenartigen Sports zu fühlen, denn er wurde wegen Diebstahls zu einem Verweise verurteilt. — Ein Steinsetzer aus Hinschenfelde wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er dem Maurermeister B. daselbst Schalbretter und Aufrichterstücke im Werte von etwa M. 15 gestohlen hat.

Hamburger Landgebiet.

k. **Bergedorf.** Die Frühjahrskontrollversammlungen für die in Bergedorf wohnhaften Mannschaften finden am Mittwoch, 6., und Mittwoch, 13. April, im Garten „Portici" statt. Am erstgenannten Tage um 12 Uhr Mittags haben sich zu stellen: Offiziers-Aspiranten der Reserve und Landwehr 1, sämtliche Reservisten und Wehrleute 1, der Garde, Büchsenmachergehülfen, Zahlmeister-Aspiranten, Kavallerie, Feld- und Fußartillerie, Pioniere, Maschinengewehr- und Verkehrs-Truppen, Train, Jäger, Militärbäcker, Oekonomiehandwerker, Sanitätspersonal, Arbeitssoldaten, sowie sämtliche Ersatz-Reservisten der Jahresklassen 1891—1904 und sämtliche Marine-Mannschaften (Reserve, Seewehr und Marine-Ersatz-Reserve). — Am zweitgenannten Tage (13. April), 10 Uhr Morgens, haben sich zu stellen die Mannschaften der Provinzial-Infanterie, Jahresklasse 1891—1903. Ferner um 3 Uhr Nachmittags desselben Tages die Ersatz-Reserve-Infanterie der Jahresklassen 1891—1904.

Harburg und Wilhelmsburg.

r. **Ein Feuer** kam gestern Nachmittag 1½ Uhr in dem mit Stroh bedeckten Hause Obergeorgswärder Nr. 46 auf unaufgeklärte Weise zum Ausbruch. Das Gebäude, in welchem zwei Familien wohnten, wurde total eingeäschert. Bei dem Brande war die Kirchdorfer Spritze tätig. Das Gebäude war versichert bei der Hannoverschen Landesbrandkasse.

r. **Unfälle.** Eine klaffende Wunde am Hinterkopf zog sich heute Morgen auf dem Wege zur Arbeit der Arbeiter Sch. zu, als er in der Veringstraße von Krämpfen befallen wurde und mit dem Hinterkopf aufs Straßenpflaster schlug. — Einen Bruch des rechten Armes erlitt gestern Nachmittag die Ehefrau E. an der Alten Schleuse, als sie infolge eines Fehltritts die Kellertreppe hinunterstürzte.

r. **Als vermißt gemeldet** ist die unverehelichte W. L. S. D. Kleeflügel, geboren zu Hamburg am 11. Juli 1878. Sie hat sich am Donnerstag, den 17. d. M., Abends, aus ihrer am Ernst-August-Deich 26 belegenen Wohnung entfernt und ist noch nicht wieder zurückgekehrt. Mitteilungen über den Verbleib der Vermißten nimmt Herr Bezirksvorsteher A. Gehrkens, Wilhelmsburg, Ernst-August-Deich, entgegen.

---

viele Anregungen empfangen hätten. Weiter wurden Berichte über den Stand der bisherigen Erfolge der volkstümlichen Universitätskurse in den einzelnen Universitätsstädten erstattet. Das letzte Referat des Kongresses hatte Professor Bernheim-Greifswald über „Universitätskurse für Volksschullehrer" übernommen. Sodann wurde auf Antrag des Prof. v. Waldeyer-Berlin beschlossen, den nächsten deutschen Volkshochschultag in Berlin abzuhalten. Nach einer Schlußansprache des Prof. Penck wurde der Kongreß geschlossen.

Notizen: Frank Wedekind hat nach einer Mitteilung aus München ein neues Schauspiel in fünf Akten geschrieben, das den Namen „Hidalla" führt. — Josef Weinberger hat nach Fuldas „Schlaraffenland" eine Operette geschrieben, die in Prag zur Aufführung gelangen soll. — Ebenfalls in Prag wird Richard Heubergers Operette „Das Baby" aufgeführt werden. — Anatole France hat ein neues Schauspiel „Le mannequin d'osier" („Die Gliederpuppe") geschrieben. — Eduard Brandes verfaßte ein Drama „Hart gegen Hart", das im Kopenhagener Dagmar-Theater lebhaften Erfolg hatte. — Das Berliner Theater des Westens erwarb das Oratorium des Abbé Perosi „Die Auferstehung des Lazarus" zur Aufführung. — Professor Karl Udel, der Schöpfer und Leiter des weltberühmten „Udelquartetts", ist auf einer Konzertreise plötzlich schwer an den Augen erkrankt und dann völlig erblindet. — Der derzeitige Besitzer des Landkomplexes, auf dem sich das Grab Heinrich von Kleists in der Nähe des Wannsee bei Berlin befindet, hat die Grabstätte mit einiger Umgebung „der deutschen Nation" zum Geschenk gemacht, d. h. er wird das Fleckchen Erde nicht an Bauspekulanten verkaufen. — Freiherrn von Schlichts Militärroman „Erstklassige Menschen" ist gestern in den Berliner Buchhandlungen beschlagnahmt worden. — Die Regierung von Queensland hat eine Belohnung von M. 100000 für den Erfinder eines sicheren Mittels zur völligen Ausrottung des zähen Unkrautes, das als Feigendistel (Opuntia) bekannt ist, ausgesetzt. Die Feigendistel ist eine Kaktusart, die in Queensland aus Amerika eingeführt ist. Es ist eine ziemlich hübsch aussehende Pflanze; aber die spitzen Haare, mit denen ihre Blätter bedeckt sind, stechen jeden, der so unvorsichtig ist, sie zu berühren.

Bremen.

Bremerhaven. Bei den am Dienstag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen 3. Klasse siegten, wie schon kurz berichtet, die sozialdemokratischen Kandidaten Haverkamp mit 477, Radke mit 470, Diekmann mit 466, Busch mit 467 und Drescher mit 469 Stimmen gegen die bürgerlichen Kandidaten, die es auf 398 bis 405 Stimmen brachten. Zersplittert waren 12, ungültig 5 Stimmen.

Schleswig-Holstein.

Itzehoe. 5. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis. Eine Agitationsversammlung fand am 19. März in Marne statt. Der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Paul Müller-Hamburg, sprach über die wirtschaftliche und politische Zukunft Deutschlands. Der Referent geißelte in zündenden Worten die Sünden der Regierung in der äußeren und inneren Politik und stellte den Standpunkt der Sozialdemokratie zu allen augenblicklich im Vordergrunde des Interesses stehenden Fragen fest. Der Erfolg der sehr gut besuchten Versammlung — auch die arbeitende Bevölkerung aus der Umgegend Marnes war zahlreich vertreten — war denn auch ein über die Erwartungen hinausgehender. Es meldete sich nach der Aufforderung des Referenten eine ganze Anzahl Genossen zum Eintritt in den Zentral-Wahlverein des 5. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises, so daß am 1. April eine Filiale desselben in Marne ins Leben gerufen wird. Eine am Schlusse der Versammlung vorgenommene Tellersammlung ergab die für die Marner Verhältnisse ansehnliche Summe von M. 11.

Schleswig. Lohnbewegung der Holzarbeiter. Im Hinblick auf die immer mehr sich verteuernde Lebenshaltung der Arbeiterschaft, unterbreiteten die hiesigen Tischlergesellen ihren Arbeitgebern folgende Forderungen: 1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit; 2. Abschaffung des Kost- und Logisverhältnisses beim Arbeitgeber; 3. Festsetzung eines Minimalstundenlohnes von 40 ₰; 4. Abschaffung der Akkordarbeit; 5. Ueberstunden dürfen nur im Notfalle gemacht werden und sind für die Zeit von 6 bis 9 Uhr Abends, einschließlich der Sonntagsarbeit, mit 5 ₰ Aufschlag pro Stunde, und von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens (Nachtarbeit) mit 10 ₰ Aufschlag zu entschädigen; ferner ist bei Nachtarbeit eine Stunde Ruhepause zu gewähren, welche mit bezahlt wird; 6. bei auswärtigen Arbeiten ist M. 1 pro Tag Zuschlag und freie Fahrt von und zur Arbeitsstätte zu gewähren; 7. am Tage vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten ist um 4 Uhr Nachmittags Feierabend, doch wird der Tag voll bezahlt. Dieser Vertrag sollte am 1. April 1904 in Kraft treten. Die Forderungen sind von den Arbeitgebern in einer Generalversammlung der Tischlerinnung geprüft worden und es enthält das den Gesellen zugegangene Antwortschreiben folgende Beurteilung der einzelnen Positionen: 1. Die zehnstündige Arbeitszeit ist bereits in sämtlichen Werkstätten, in denen Gehülfen arbeiten, eingeführt. 2. Es ist dem Gehülfen freigestellt, zu logieren, wo er will. Dieses Verhältnis muß eine freie Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen bleiben. 3. Jeder Geselle, welcher 40 ₰ verdient, wird diesen Stundenlohn auch von seinem Meister anstandslos erhalten. Im übrigen wird jeder nach seinen Leistungen bezahlt, um jüngeren Gesellen Gelegenheit zur weiteren Ausbildung zu geben. 4. Soweit uns bekannt, ist in sämtlichen Werkstätten die Akkordarbeit abgeschafft und werden Arbeiten in Akkord nur noch auf Wunsch einzelner Gesellen vergeben. 5. Ueberstunden werden nur in dringenden Fällen verlangt und auch dementsprechend bezahlt. 6. Wird bewilligt bei mindestens 2 Kilometer außerhalb der Stadtgrenze. 7. Dies muß im Ermessen eines jeden Meisters liegen und eine freie Vereinbarung zwischen Meistern und Gesellen bleiben. Nach diesem Schriftwechsel haben noch Unterhandlungen zwischen den beiden in Frage kommenden Körperschaften stattgefunden. Schließlich ging den Arbeitnehmern noch folgendes Schriftstück zu:

„In Erwiderung auf Ihr Schreiben vom 6. März 1904 teilen wir Ihnen mit, daß die Innung beschlossen, da sie Ihre Forderungen bereits beantwortet hat, nichts weiter in dieser Sache tun zu können. Da wir hier überhaupt keine größeren Werkstätten haben, glauben wir, Ihnen empfehlen zu können, Ihre Wünsche einzeln in den betreffenden Werkstätten vorzubringen, da Sie dann auf weitgehendste Berücksichtigung Ihrer Forderungen rechnen können.

Schleswig, den 13. März 1904.

Der Vorstand."

Mit diesem Antwortschreiben beschäftigte sich nun die letzte Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes. An den Verhandlungen nahm als Vertreter des Gauvorstandes der Genosse Kaad-Kiel teil. Nach gründlicher Prüfung der Sachlage wurde beschlossen, auf den Vorschlag der Meister einzugehen; die Gesellen werden ihre Wünsche den einzelnen Arbeitgebern unterbreiten. Diesen ist dann Gelegenheit geboten, zu beweisen, inwieweit die Arbeitnehmer auf die weitgehendste Berücksichtigung ihrer Forderungen rechnen könnten. Bisher haben tarifliche Vereinbarungen der Tischlerinnung mit ihren Gesellen noch nicht bestanden, daher ist die eigenartige Zurückhaltung der Arbeitgeber vor derartigen Verträgen einigermaßen zu erklären.

Hannover.

Lüneburg. Die sozialdemokratische Partei hat in einer am Montag stattgehabten Parteiversammlung für die am Donnerstag, 24. März, stattfindende Reichstags-Stichwahl zwischen Welfen und Nationalliberalen Stimmenthaltung beschlossen.

Auswärtiges.

Budde will es! Eine lebhafte politische Agitation entfaltet die Eisenbahnbehörde gegenwärtig dadurch, daß sie eine Rede, die Herr Budde am 12. Februar im Herrenhause gehalten hat, unter die Arbeiter verteilen läßt. Herr Budde, der sich in seinem Hauptberuf als Sozialistentöter und außerdem noch als Eisenbahnminister fühlt, hat an dem erwähnten Tage dem bekannten Fossilienkabinett dadurch einen Ohrenschmaus bereitet, daß er drohte, keinen tätigen Sozialdemokraten weder als Beamten noch als Arbeiter in der Staatseisenbahn-Verwaltung dulden zu wollen. Er verkündete an dieser Stätte die kuriose Mär von der Selbstverständlichkeit, daß ein Beamter, der seinen Treueid geleistet habe, kein Sozialdemokrat sein könne und ebenso, daß ein Arbeiter im Staatseisenbahn-Betriebe, der seinen Arbeitsvertrag unterschrieben habe, nicht tätiger Sozialdemokrat sein könne. „Dienstliche Treue" ist dies Flugblatt überschrieben. Es ist Sache der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten, vom Eisenbahnminister gelegentlich Rechenschaft darüber zu fordern, ob dies politische Agitationsmaterial auf Kosten der Steuerzahler oder auf Privatkosten des Herrn Budde bestritten wird. Doch das nebenher. Auf jeden Fall wird die zur Zeit übliche Scharfmacherei gegen den dritten Teil des deutschen Volkes die sozialdemokratischen Eisenbahner längst veranlaßt haben, ihre Taktik auf diese Scharfmacherei einzurichten. Will man Heuchler im Betriebe haben, gut, so soll man sie haben, und die sozialdemokratisch denkenden Eisenbahnarbeiter wären Esel, wenn sie ihre Gesinnung den höheren Beamten auf dem Präsentierteller darbringen und dadurch sich brotlos machen lassen würden. Daß die Verbreitung sozialdemokratischer Gesinnung wie überall im Proletariat, so auch unter den Eisenbahnarbeitern ihren Fortgang nimmt, dafür sorgt Herr Budde schon selbst. Aufreizend muß allein schon die Geschmacklosigkeit wirken, daß das Herrenhaus an sich in dem Flugblatt erwähnt und dadurch die parlamentarische Rechtlosigkeit, unter der das preußische Volk seufzt, auch den Eisenbahnarbeitern wieder in Erinnerung gebracht wird. Und im übrigen geht es hier wie sonst auch in dem üblichen Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Wer von ihr wirklich noch nichts gehört haben sollte, der muß sich, wenn er das Flugblatt liest, unwillkürlich sagen, daß eine Partei, die mit solchem Haß von oben her angegriffen wird, schon einer gelegentlichen Betrachtung wert ist. Und Herr Budde weiß doch: Wer dem Teufel, d. h. der Sozialdemokratie erst den kleinen Finger gereicht hat, der ist auch bald ganz in ihren Teufelskrallen gefangen. Mit Gemütsruhe und sicher des Erfolges sieht die Sozialdemokratie daher der weiteren staatserhaltenden Agitation unter den Eisenbahnarbeitern entgegen.

Des Opfers vorwurfsvoller Blick. Aus Philadelphia wird der „National-Zeitung" von Anfang März geschrieben: Durch das Gericht in Philadelphia wurde ein unheilbarer Geisteskranker dem städtischen Irrenhause überwiesen. Der Bedauernswerte ist ein Deutscher, ein früherer Lokomotivführer, und seine Geschichte dürfte zu den traurigsten ihrer Art gehören. Frey, so ist der Name des Mannes, hatte vor etwa sechs Jahren das Unglück, mit seiner Lokomotive einen Mann zu überfahren, der wenige Minuten nach dem Unfall starb. Der Ueberfahrene war ein guter Freund von Frey und hinterließ eine Frau mit sieben kleinen Kindern, die nun ihres Ernährers beraubt waren. Der Sterbende warf, ehe er die Augen für immer schloß, Frey noch einen langen vorwurfsvollen Blick zu, der den Lokomotivführer so erschütterte, daß er den Verstand verlor. Er mußte nach einer Heilanstalt gebracht werden, und als er nach längerer Zeit aus der Anstalt entlassen wurde, befiel ihn tiefe Melancholie. Vier Jahre lang litt er an Schlaflosigkeit, die seine Nerven zerrüttete und dazu beitrug, daß sich sein Geist immer mehr verdüsterte. Fortwährend sah er den Sterbenden vor sich, der ihn mit vorwurfsvollen Augen anblickte. Jetzt ist Frey unheilbar wahnsinnig, und es unterliegt keinem Zweifel, daß er seine Tage im Irrenhaus beschließen wird.

Scharfmacherschmerzen. Gegen 12 sozialdemokratische Wahlmänner des Kreises Teltow-Beeskow hatte der Staatsanwalt die Verfolgung wegen groben Unfugs beantragt. Vergeblich! Den Angeschuldigten ist dieser Tage folgender Beschluß zugegangen:

In der Strafsache

gegen

(folgen die Namen)

wird der Antrag der Königlichen Staatsanwaltschaft, das Hauptverfahren wegen groben Unfugs zu eröffnen, abgelehnt.

Nach den Vorermittlungen haben die Angeschuldigten bei der Abgeordnetenwahl vom 20. und 21. November 1903 als Wahlmänner in der Stichwahl ungültige Stimmen abgegeben, welche sich auf verstorbene oder sonst nicht wählbare Personen, wie z. B. Hinkeldey, Krauts, Sternberg, Prinz v. Arenberg usw., bezogen. Wenn sich auch hierdurch eine große Anzahl Wahlmänner mit Recht belästigt gefühlt haben, so kann doch nach der Auslegung, die der § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuches in der Rechtsprechung gefunden hat, und der sich auch das unterzeichnete Gericht anschließt, der Tatbestand des groben Unfugs in der Handlungsweise der Angeschuldigten nicht erblickt werden, weil das Publikum in seiner Allgemeinheit nicht unmittelbar belästigt und der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung nicht gestört oder gefährdet worden ist.

Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Rixdorf, den 17. März 1904.

Königliches Amtsgericht.

Die Scharfmacher der „Post" sind ob dieses Beschlusses vor Wut ganz aus dem Häuschen geraten.

Soldatenmißhandlungen. Vom Kriegsgericht der 27. Division in Ulm erhielt der 22 Jahre alte Unteroffizier Stolz von der 4. Kompanie des Pionierbataillons wegen Mißhandlung Untergebener unter Annahme eines minderschweren Falles 14 Tage Mittelarrest. Stolz versetzte am 2. März dem Pionier Grüne beim Exerzieren einen solchen Fußtritt gegen den linken Oberschenkel, daß der Mann mehrere Tage Schmerzen verspürte. Weil der Pionier sich krank meldete, kam die Mißhandlung zur Kenntnis des Kompagniechefs. — Der Leutnant Wilhelm Walther der 3. Kompagnie des 17. Infanterie-Regiments in Germersheim (Pfalz) versuchte den Rekruten die militärischen Griffe einzubleuen. Vor dem Kriegsgericht in Landau wurde eine große Anzahl Fälle nachgewiesen, in denen der Herr Leutnant die Rekruten mit Ohrfeigen, Stößen 2c. traktiert hat. Das Gericht erachtete 35 Tage Stubenarrest für den schlagfertigen Leutnant als ausreichende Sühne.

Von einem Prozeß gegen einen Chinakrieger, der dieser Tage vor der Strafkammer in Essen verhandelt werden sollte, war kürzlich in der Presse die Rede. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist nun plötzlich die auf den 23. März angesetzte Verhandlung aufgehoben worden ohne Angabe eines neuen Verhandlungstermins. Von dem Angeklagten waren eingehende Beweisanträge gestellt, wozu zwölf Zeugen, alles ehemalige Chinakrieger, geladen werden sollten. Der Strafverfolgung liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: In einer allgemeinen Arbeiterversammlung in Essen im Januar d. J. erhob der Referent, Lic. Mumm, gegen die Sozialdemokratie die üblichen Anklagen: Haß gegen christliche Grundsätze, Bekämpfung der Religion als Parteisache usw. Durch diese Kritik provoziert, nahm der Schreiner Fiedler das Wort und führte aus, daß das Christentum gar nicht schlimmer bekämpft und verleugnet werden könne, wie das oft seitens derer geschehe, die sich als Träger des Christentums aufspielen. Fiedler, der als Musketier die Expedition nach China mitgemacht hatte, wies den Diener Gottes dann hin auf die Art und Weise, wie im Namen des Christentums in China „Kultur" verbreitet worden ist. Nun nahm ein nationalliberaler Redner das Wort, der sich über den „Vorwärts" und andere sozialistische Blätter empörte wegen der Veröffentlichung von Hunnenbriefen. Dieser Herr forderte Fiedler auf, einmal zu erklären, ob er vielleicht die Hunnenbriefe für echt halte, oder ob er zugebe, sie seien erfunden. Fiedler gab dem Neugierigen die Antwort, er wisse aus eigener Kenntnis, daß in China nicht nur gemeine Soldaten, sondern auch Offiziere sich an Raub und Mord beteiligt hätten. Redner machte sodann eingehende Angaben über grobe Mißhandlung von Kulis, Erschießung eines Chinesen und Aneignung fremder Wertsachen. Durch diese Ausführungen sollen der Oberleutnant Mansfeld und der Leutnant v. Brüninghausen beleidigt worden sein.

Ein arges Versehen. Der Breslauer „Volkswacht" wird aus Schweidnitz, 20. März, berichtet: Vor einigen Tagen verstarb im Krankenhause Bethanien nach kurzem Krankenlager der 67 Jahre alte Arbeiter Rauer aus Croischwitz. Die nötigen Vorbereitungen zur Beerdigung besorgte der in Schweidnitz wohnende verheiratete Sohn des Verstorbenen. Nachdem dies geschehen war, erkundigten sich die Hinterbliebenen am Tage vor der Beerdigung bei der Oberin des Krankenhauses, ob alles erledigt sei. Diese antwortete, daß der Tote schon im Sarge liege und dieser auch schon gut verschlossen sei. Am Dienstag, 15. März, sollte nun die Beerdigung stattfinden. Der Landwehr-Kameraden-Verein von Nieder-Weistritz war erschienen und befestigte bereits den Helm auf dem Sarge. Auch der evangelische Arbeiterverein, sowie eine Anzahl anderer Leidtragender hatten sich eingefunden, um dem Verstorbenen das letzte Geleit zu geben. Die Hinterbliebenen äußerten, ehe die Bahre gehoben wurde, das Verlangen, den Verstorbenen noch einmal, zum letzten Male, zu sehen. Nach einigem Zögern wurde auch der Sag geöffnet und zum großen Erstaunen aller Hinterbliebenen war derselbe leer. Man wollte also den leeren Sarg hinaustragen. Die Leiche wurde nun gesucht und fand man dieselbe auch in einem anderen Raume. Aber was sah man da? Der Tote lag in seinem schmutzigen Hemd und ungewaschen auf einem Brett. Die Krankenschwestern sagten weiter nichts als, es wäre vergessen worden. Wir fragen uns, wie kann so etwas vergessen werden und was wäre mit der Leiche geschehen, wenn der leere Sarg beerdigt worden wäre?

Der vergessene Diplomat. Man schreibt der „Frkf. Ztg." aus Paris: Einer meiner Freunde erzählt mit Vorliebe, wie er einmal in München mit einem Bekannten zusammentraf, einem echten Jünger der Bohême, der dort die Malkunst zu betreiben vorgab. Dieser Künstler pumpte sich von ihm zwanzig Mark und verwendete sie dazu, dem Angepumpten Champagner vorzusetzen. Er ist noch heute fest davon überzeugt, die Regeln der Gastfreundschaft musterhaft befolgt und dem Fremden ein Sektsouper gegeben zu haben, obwohl er natürlich die zwanzig Mark nie zurückerstattete. An diese Historie erinnert lebhaft die Spende von fünfzig Rubeln, die der koreanische Gesandte in Petersburg nach einer Mitteilung des „Figaro" für die russische Flotte gezeichnet hat. Dieser Diplomat, der ein Reich repräsentiert, das vorläufig zu existieren aufgehört hat, ist nämlich eines der ersten Opfer des russisch-japanischen Krieges. Nach der Besetzung von Söul hatte sein Kaiser so viele näherliegende Dinge im Kopfe, daß er seinen Abgesandten vergaß. Wenigstens muß man das annehmen, da er ihm kein Gehalt mehr schickte. Die neuen Machthaber im Lande, die Japaner, hatten natürlich noch weniger Veranlassung, einen koreanischen Gesandten in Petersburg zu besolden, wo sie selbst keine Vertretung mehr besaßen. Was sollte nun der Aermste anfangen, wovon essen, trinken und wohnen, da er vermutlich nichts anderes gelernt hatte, als Korea zu vertreten? In seiner Not offenbarte er sich einem Kollegen. Die Diplomaten heißen nicht umsonst ein Korps; sie haben Korpsgeist. Man teilte daher dem Grafen Lamsdorff die prekäre Lage der vergessenen und dem Hunger entgegengehenden Exzellenz mit. Der Minister des Aeußern tat, was ihm zukommt, nämlich das Aeußerste. Er öffnete dem Koreaner die russische Staatskasse. Aus Dankbarkeit zeichnete darauf der Asiate fünfzig Rubel für den Erfolg der russischen Waffen. Ganz wie die Sekteinladung, die meinem Freunde in München zuteil wurde.

Eine italienische Familientragödie. Dem „Berl. Tageblatt" wird aus Rom berichtet: Vor dem Schwurgericht von Lucera hat der Prozeß gegen die drei Mädchen Caterina, Ester, Berenice de Francesco begonnen, die des Vatermordes überführt sind. Der Vater, ein alter Lebemann, hatte nach dem Tode der Mutter seine Maitresse Marianna Romano in seine Villa bei Bari genommen, und die Töchter waren der Willkür und Bevormundung dieser Person unterstellt. Das gespannte Verhältnis zwischen Töchtern und Vater nahm noch zu, als die älteste, Caterina, sich gegen des Alten Willen mit einem jungen Landwirt verlobte. Was in der einsamen Villa alles vorging, ist unbekannt; kurz, als eines Tages die Romano auf einen Tag in die Stadt ging, geschah das Unerhörte. Während der Vater seinen Nachmittagsschlaf hielt, schlich Caterina an das Sofa und gab auf den Schlummernden einige Revolverschüsse ab, die ihn sofort töteten. Dann trugen die drei Schwestern den Leichnam des Vaters in einen Schrank, wo sie ihn verbargen, und flohen nach Bari zu einer Tante. Die heimkehrende Maitresse entdeckte das Verbrechen, und die drei Mädchen, die im Hause der Tante festgenommen wurden, gestanden die Tat ohne jedes Zeichen von Reue ein. Caterina, die älteste, ist eine bestrickende junge Schönheit. Ihre Aussagen, die durchaus den Eindruck tragischer Wahrheit machen — lauten für den Toten vernichtend. Der einst reichbegüterte de Francesco hatte zuerst Haus und Hof, brachte aber ohne Rücksicht auf Frau und Kinder alles in liederlicher Gesellschaft durch und mußte schließlich mit den Seinen nach einer kleinen Villa vor der Stadt übersiedeln. Mutter und Töchter wurden fortwährend grausam mißhandelt, bis die Mutter vor Gram starb. Dann nahm der Vater seine Geliebte, eine Lehrerin, die bereits ein Kind von ihm hatte, zu sich, und das Haus ward den unglücklichen Wesen, die nicht einmal genug Nahrung erhielten, vollends zur Hölle. Mit Tränen gestand Caterina schließlich, daß der Vater sie unter Todesdrohungen und Schlägen vergewaltigt. An dem verhängnisvollen Tage — wo des Vaters Maitresse nach der Stadt gegangen — wollte der Elende das Verbrechen wiederholen, aber außer sich vor Verzweiflung griff das gequälte Mädchen zur Waffe und tötete das Scheusal, das sein Vater war. Allgemeine Bewegung bemächtigte sich des Publikums wie des Gerichtshofes bei dieser Schilderung. — Ester sagte in demselben Sinne aus, Berenice aber — die geistesschwach ist — fiel in epileptische Krämpfe und wußte sich auf nichts mehr zu erinnern. Auch die Aussagen des Bürgermeisters und anderer Augenzeugen stimmten überein, daß in der Villa de Francesco unerhörte Zustände herrschten und die Töchter unter dem gänzlich verkommenen Vater schwer zu leiden hatten. Natürlich ruft dieser Prozeß in ganz Italien das denkbar größte Aufsehen hervor und man erwartet das Urteil mit begreiflicher Spannung.

Aus dem Reichsgericht.

Schuldig und doch vom Reichsgericht freigesprochen! Der Besitzersohn Martin Tennigkeit aus Istrowischken war nach Leistung eines Meineides geflohen und von der Schweiz ausgeliefert worden. Vor dem Schwurgerichte Tilsit fand am 3. Dezember v. J. Verhandlung gegen ihn statt. Auf Veranlassung des Verteidigers wurde eine Hülfsfrage wegen fahrlässigen Falscheides gestellt, obwohl die Auslieferung nur wegen des Verbrechens des Meineides erfolgt war. Die Geschworenen verneinten die Frage nach Meineid und bejahten lediglich die nach fahrlässigem Falscheid. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß es dem Rechtsgefühle Hohn spräche, wenn ein wegen eines Verbrechens Ausgelieferter freigesprochen werden müsse, da er sich nur eines Vergehens schuldig gemacht habe. Es verurteilte den Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis, sprach aber zugleich aus, daß die Strafe nur dann vollstreckt werden könne, wenn der Angeklagte versäume, binnen drei Monaten das deutsche Reich wieder zu verlassen. — Gegen das Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt. Er meinte, der Angeklagte müsse wegen Meineides verurteilt werden. — Das Reichsgericht sprach aber heute den Angeklagten frei, da er wegen fahrlässigen Falscheides gar nicht abgeurteilt werden durfte und die Freisprechung von der Anklage des Meineides auf Grund eines korrekten Geschworenenspruches erfolgt ist.

Landgericht.

23. März.

Strafkammer II. Vorsitzender: Landrichter Dr. Lamprecht. Staatsanwalt: Dr. Soehle.

Zwei Wechselfälscher. Unter der Anklage der wiederholten Wechselfälschung und des vollendeten und versuchten Betruges stehen die Ingenieure Arthur Ludwig Herrmann Jessel und August Michael Manz; J. wird außerdem der Untreue beschuldigt. Letzterer ist in den letzten Jahren bei einigen Firmen beschäftigt gewesen, hat dann im vorigen Jahre ein eigenes technisches Bureau errichtet und einige Vertretungen von auswärtigen Firmen übernommen. Bald darauf trat er mit dem Mitangeklagten in Geschäftsverbindungen. Um „flüssig" zu werden, wurden gefälschte Wechsel begeben, die nach der Behauptung des J. der Angeklagte M. angefertigt haben soll, während dieser behauptet, dabei nur eine mehr passive Rolle gespielt zu haben. Durch diese Manipulationen ist auch ein hiesiges Geldinstitut mehrere tausend Mark losgeworden. Die beiden unternehmenden Angeklagten haben außer anderen Gründungen auch eine Zeitung, „Der verschwiegene Reporter", herausgegeben, der bereits nach zwei Nummern verstummte. Als den beiden der Boden in Hamburg zu heiß wurde, gingen sie nach London. J. kam im September 1903 nach Hamburg zurück und versuchte, noch einen Wechsel an den Mann zu bringen; als dies fehlschlug, stellte er sich freiwillig der Behörde. Kurz darauf kam auch M. nach Hamburg zurück und geriet ebenfalls in Haft. J. bekennt sich nur insofern für schuldig, als er die gefälschten Wechsel untergebracht haben will; wie in der Voruntersuchung, schiebt er auch heute die Hauptschuld auf den Mitangeklagten. Die Gesamthöhe der gefälschten Wechsel beträgt M. 8500. Dem J. wird noch ferner vorgehalten, einen von einem Geschäftsfreunde zum diskontieren erhaltenen Wechsel für sich verwertet zu haben. Die Anklage hält M. für den eigentlichen Fälscher, denn die Handschrift M.s hat eine große Aehnlichkeit mit den Schriftzügen auf den gefälschten Wechseln. M. gibt die Aehnlichkeit zu, die er als einen Zufall bezeichnet. In seinem Taschenbuch hat man aber Schriftübungen vorgefunden, deren Züge mit denen auf den gefälschten Wechseln genau übereinstimmen. Auch dies bezeichnet M. als reine Zufälligkeit. Die Schriftübungen will er aus Liebhaberei gemacht haben. Nach längerer Beweisaufnahme beantragt der Staatsanwalt gegen die Angeklagten je drei Jahre Gefängnis und Ehrverlust von gleicher Dauer, welchem Antrage das Gericht stattgibt. J. werden drei Monate, M. sechs Wochen der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht.

Aus den Schöffengerichten.

23. März.

Ein Grobian steht heute in der Person eines Heizers vor dem Gericht, um sich wegen schwerer Körperverletzung, begangen an einem Mädchen, zu verantworten. Als sich vor einigen Wochen in einer Gastwirtschaft ein junges Mädchen die Aufdringlichkeiten des Angeklagten verbat, warf dieser dem Mädchen eine scharfzackige Tabakdose an den Kopf, so daß die Getroffene eine erhebliche Verletzung oberhalb des einen Auges erlitt. Die große Roheit als straferschwerend in Betracht ziehend, diktiert ihm das Gericht eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten und 3 Tagen zu.

Einen üblen Ausgang nimmt für einen Pferdehändler S. eine Privatklage, die ein Geschäftskollege M. gegen ihn anhängig gemacht hat. Um M. in Mißkredit zu bringen, behauptete S., daß sein Konkurrent mit Frauen anbinde, um aus diesen Geld herauszuschlagen. Der Privatbeklagte erklärt, den Wahrheitsbeweis antreten zu wollen, doch wird bald der Gegenbeweis geführt, daß S. sich geirrt hat. Da das Schöffengericht V (Amtsrichter Dr. Goldschmidt) annimmt, daß nur der Konkurrenzneid und andere niedrige Motive den S. zu seinem unschönen Vorgehen veranlaßt haben, wird er zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.
(Deutscher Reichstelegraph.)

Cuxhaven, 23. März, Morgens.

Angekommen am 23. März. Kapt. Von
B. 5,— Treasury (D.) Jones Odessa
7,20 City of Dresden (D.) Owen Bristol
8,— Hemisphere (D.) — Odessa
9,30 Jessica (D.) Richter London

Ferner auf: gestern Nachmittags Gaffel-Scho. Orion, Tj. Christine, Berendina, Margaretha Melina; heute Morgen Tj. Anna, Ew. Therese. — Hemisphere ankert hier. — Ein engl. Dreim.-Schoner ankert beim 4. Feuerschiff. — 9 Uhr 45 Min.: Schleppzug und Dampfboot in Sicht.

In See gegangen am 23. März. Nach
B. 5,55 Jason (Schl.) Bremen
„ 1 Leichter do.
6,10 Hamburg (D.) Gothenburg
6,30 Otto (D.) —
6,55 Hellas (D.) Progreß
„ Modesta (D.) —
8,40 Helgoland (Schl.) Bremerhaven
„ 2 Kähne do.
8,45 Bremen (D.) Oporto

Ferner seewärts: Schlepper Orion, Ajax. — Abwärts gekommen: Schlepper Borkum.

Wind: NW., leicht. **Wetter:** bewölkt. — **Barometer:** 759. **Thermometer:** + 5,5° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:
23. März. Kapt. von
B. 5,55 Carl Kiehn (Schl.) Lindemann Holtenau
„ Beddel (Leichter) Fock do.
„ Bertha Kiehn (Leichter) Janssen do.
6,40 Lilly (F.-D.) Läu Skagen
7,25 Margaretha (d. Segler) Schröder Augustenburg
„ Seeadler (d. Segler) Dethmann Kiel
„ Seemöwe (d. Segler) Schmidt do.

Helgoland meldet: Wind: NNW., leicht. Wetter: bedeckt. — See: ruhig.

Cuxhaven, 23. März, Nachmittags.

Angekommen am 23. März. Kapt. Von
B. 10,30 Enak (Schl.) Fuhrmann Bremen
„ Nation (Leicht.) Niemann do.
10,55 Maceio (P.-D.) Ohlerich Rio Grande
N. 12, 5 Northdene (D.) Merriman Newcastle
1,— Olwen (engl. Scho.) — Port Ma[...]
1, 5 Tommi (Gaffel-Scho.) Jansen Plymouth
2,— Immanuel (Gaffel-Scho.) Hartmann Boston
2,50 Silvana (D.) Bruns Helgoland
„ Austad (norw. Scho.) Nissen Laguna
„ Seestern (d. Bk.) Hauth Junin
3,45 Arcturus (russ. Gaffel-Scho.) Straumer Fowey
„ Valparaiso (franz. Vierm.-Bk.) — —

Von hier auf: 10 Uhr 30 Min. Dampfer Hemisphere; 12 Uhr Postdampfer Maceio; 12 Uhr 30 Min. Schlepper Bertie mit Gaffel-Scho. Engelbert und zwei Fischerfahrzeugen. 3 Uhr 45 Min. Dampfer Seebär. — Ferner auf: 12 Uhr 30 Min. Schlepper Fairplay 6 mit den Fischerfahrzeugen H. F. 112, 8, 180, 132, 154, 6, 65, 144 und 178; 1 Uhr H. F. 9, 59, S. B. 14, 62. — Eingekommen: die Ewer Emmanuel, Zwei Geschwister und Carolus. — Austad wurde durch Cuxhaven bugsiert. — Nation, Seestern, letztere durch Simson, und Valparaiso durch Thor und Enak bugsiert, ankern hier. — 3 Uhr 50 Min.: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 22. März. Nach
N. 7,50 A. N. Hansen (D.) —
11,45 Standia (D.) —
23. März:
B. 5,— Stellestea (D.) —
9,40 Lindisfarne (D.) Newcastle
9,45 City of Malaga (D.) Bristol
10,10 Rhineland (D.) Liverpool
11,35 Segovia (P.-D.) Ostasien
12,— Woodhorn (D.) Blyth
N. 12,20 Schwarzburg (D.) —
1, 5 Tugboat (F.-D.) d. Nordsee
2,50 Elve (F.-D.) do.
3,45 St. Pauli (F.-D.) do.
„ Eilbeck (F.-D.) do.

Ferner seewärts: die Schlepper Borkum und Neptun. — Abwärts gekommen: Schlepper Goliath.

Wind: ONO., schwach. **Wetter:** bedeckt. — **Barometer:** 766,3. **Thermometer:** + 6,2° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:
23. März. Kapt. Von
B. 8,10 Anna (d. Segler) Wichers Odense
„ Hinrich Wilhelm (d. Segler) Höge Eckernförde
10,10 Gallia (D.) Petersen Warberg
11,10 Smart (Schl.) Aldag Kiel
„ Irma (Leichter) König do.
N. 12,35 Hertha (d. Segler) Meier Rekenis
1,40 Ernst (D.) Haye Stettin
1,45 Eider (D.) Kruse Kiel

Helgoland meldet: Wind: NO., schwach. Wetter: bedeckt. — See: leicht bewegt.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

Auguste Victoria, Sauermann, ist am 22. d. in Piree angekommen. — **Prinz Oskar,** Dugge, ist am 22. d. von Genua via Neapel nach New-York abgegangen. — **Barcelona,** Bohn, ist am 21. d. in New-York angekommen. — **Acilia,** Albers, ist am 22. d. in Neworleans angekommen. — **Markomannia,** Mütrich, ist am 22. d. von St. Thomas via Havre nach Hamburg abgegangen. — **Etruria,** Breckenfelder, von dem La Plata, ist am 22. d. Dover passiert. — **Dacia,** Rörden, ist am 22. d. in Buenos Aires angekommen. — **Hamburg,** Burmeister, nach Ostasien, ist am 22. d. in Shanghai angekommen. — **Sambia,** Läning, ist am 22. d. von Hongkong weitergegangen. — **Sithonia,** Hildebrandt, ist auf der Heimreise von Ostasien am 23. d. in Colombo angekommen. — **Artemisia,** Gronmeyer, ist auf der Ausreise nach Ostasien am 23. d. in Penang angekommen. — **Cordoba,** Bauer, ist rückkehrend am 22. d. von St. Vincent nach Hamburg weitergegangen. — **Tijuca,** Simonsen, ist rückkehrend am 22. d. von Vigo nach Boulogne sur mer weitergegangen. — **Denderah,** v. Riegen, ist ausgehend am 22. d. in Teneriffe eingetroffen. — **Lucie Woermann,** Iversen, ist auf der Heimreise am 22. d. von Dakar abgegangen. — **Rostock,** Trulsen, ist auf der Heimreise am 23. d. von Townsville weitergegangen. — **Essen,** Paulsen, ist auf der Heimreise am 23. d. von Dünkirchen weitergefahren. — **Amalfi,** Staack, ist heimkehrend am 20. d. in Catania angekommen. — **Genua,** Rehbock, ist ausgehend am 22. d. in Palermo angekommen. — **Licata,** Kröger, ist heimkehrend am 20. d. in Mazzarelli angekommen. — **Modena,** Friedrich, ist heimkehrend am 22. d. von Licata nach Catania abgegangen. — **Neapel,** Wendt, ist heimkehrend am 21. d. von Palermo nach Hamburg abgegangen. — **Palermo,** Asmus, ist heimkehrend, am 22. d., Nachmittags, St. Catherines Point passiert. — **Ragusa,** Jensen, ist heimkehrend am 20. d. in Messina angekommen. — **Spezia,** Schütz, ist ausgehend am 21. d. in Catania angekommen. — **Taormina,** Möller, ist heimkehrend am 22. d. in Valencia angekommen. — **Therapia,** Steen, nach Lissabon, ist am 22. d. Ouessant passiert. — **Stambul,** Frosch, ist am 22. d. in Alexandrien angekommen. — **Thasos,** Starke, ist am 22. d. in Samsun angekommen. — **Patmos,** Braren, hat am 22. d. die Heimreise von Odessa angetreten. — **Kythnos,** Schlösser, war am 21. d. in Larymna und setzte am selben Tage die Reise nach Smyrna fort. — **Kypros,** Freimann, war am 22. d. in Constanza und setzte am 23. d. die Reise nach der Donau fort. — **Athos,** Freyer, ist am 22. d. von Konstantinopel nach Odessa weitergegangen. — **Lipsos,** Kunzendorf, ist am 22. d. von Konstantinopel nach Samsun weitergegangen. — **Delos,** Agrell, ist am 22. d. von Malta nach Rotterdam weitergegangen. — **Pylos,** Menssen, ist am 22. d. in Braila angekommen. — **Skyros,** Keil, nach Antwerpen, ist am 22. d. Blissingen passiert. — **Tenedos,** Aubel, ist am 22. d. von Horta nach New-York weitergegangen. — **Sicilia,** Devantier, war am 22. d. in Coumi und setzte am selben Tage die Reise nach Konstantinopel fort. — **Morea,** Röfer, ist am 22. d. Ouessant passiert. — **Roma,** Komus, ist am 21. d. von Ancona abgegangen. — **Adelheid Menzell,** Schütt, ist am 22. d. von Port Ensenada nach Riga abgegangen. — **Elita Nossack,** Ahrens, ist am 22. d. in Havre angekommen. — **Patagonia,** ist auf der Rückkehr am 23. d. von Lissabon nach Havre abgegangen. — **Carl Woermann,** Oesterreich, ist auf der Heimreise am 22. d. in Teneriffe eingetroffen. — **Kurt Woermann,** Schellhorn, ist auf der Heimreise am 23. d. in Duala eingetroffen. — **Kanzler,** Tepe, ist auf der Heimreise am 23. d. von Port Said abgegangen. — **Präsident,** Fiedler, ist auf der Ausreise am 22. d. von Rotterdam weitergegangen. — **Meissen,** Mageritz, ist auf der Heimreise am 22. d. von Sydney weitergegangen. — **Kiel,** Bruhn, ist auf der Ausreise am 23. d. von Kapstadt weitergegangen. — **Kaiser Wilhelm II.,** Högemann, von New-York kommend, ist am 22. d. auf der Weser angekommen. — **Erlangen,** Raetz, von Brasilien kommend, ist am 22. d. in Antwerpen angekommen. — **Preussen,** Prehn, hat am 22. d. die Reise von Nagasaki nach Shanghai fortgesetzt. — **Oldenburg,** Troitzsch, nach Ostasien bestimmt, ist am 22. d. in Suez angekommen. — **Zieten,** Wilhelmi, von Australien kommend, ist am 22. d. auf der Weser angekommen. — **Kronprinz Wilhelm,** Richter, ist am 22. d. von New-York via Plymouth und Cherbourg nach der Weser abgegangen. — **Halle,** Malchow, von Brasilien kommend, ist am 22. d. in Antwerpen angekommen. — **Roland,** Randermann, hat am 22. d. die Reise von Villagarcia nach Kuba fortgesetzt. — **Großer Kurfürst,** Reimkasten, ist am 23. d. in Malta angekommen. — **Norderney,** v. d. Decken, nach dem La Plata bestimmt, ist am 22. d. Borkum Riff passiert. — **Prinzeß Alice,** Bolte, nach New-York bestimmt, ist am 22. d. Borkum Riff passiert. — **König Albert,** Polack, ist am 22. d. Vormittags in Port Mahan angekommen und hat am selben Tage Nachmittags die Reise nach Neapel fortgesetzt. — **Hamburg,** Burmeister, nach Ostasien bestimmt, ist am 22. d. in Shanghai angekommeo. — **Bayern,** Formes, hat am 22. d. die Reise von Southampton nach Gibraltar fortgesetzt.

Auktionen.

24. März.

9½ Uhr: Städt. Leihhaus, St. Pauli, Amandastr. 58, Pfänder (Lombard-Verw.).
10 „ Pastorenstr. 16, Pfänder (Gerichtsv.).
10 „ Rosenstr. 23, Wirtschafts-Inventar 2c. (J. Thiessen).
10 „ Paulsplatz 12, Manufaktur- u. Modewaren, Damenwäsche, Inv. 2c. (M. Frank).
10 „ St. Pauli, Jägerstraße, Mobilien, Hausstandssachen 2c. (Gerichtsv.).
10 „ Uhlenhorst, Bachstraße 81, part., Hausstand 2c. (Heinr. Glasow).
10½ „ Hohestr. 7.9, emaillierte Kochgeschirre, Petroleumöfen (C. Holste).